



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die Außenpolitik Frankreichs im Kosovo,  
Bruch der französischen Balkanpolitik?

Verfasser

Jan Sisko

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien im Dezember 2009

Studienkennzahl: A-300

Studienrichtung: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Walter Manoschek



*Die vorliegende Arbeit ist das Resultat einer intensiven Beschäftigung mit dem Thema, in dessen Verlauf ich die Möglichkeit hatte, mich mit zahlreichen Menschen auszutauschen, die ebenfalls Interesse an der Aufarbeitung der Zerfallskriege des ehemaligen Jugoslawien haben oder die indirekt oder direkt von diesen betroffen waren. Ich konnte selber an die Orte des Geschehens reisen und mehrere Jahre nach dem Krieg, Folgen rücksichtsloser Machtpolitik bezeugen. Eine Vielzahl meiner diesbezüglichen Erfahrungen verdanke ich zum einen meinem Betreuer, Prof. Manoschek und zum anderen Prof. Cullin von der Arbeitsstelle für Deutsch-Französische Beziehungen an der Diplomatischen Akademie Wien, der mir mit seinem Wissen zur Seite stand und mein Forschungsvorhaben tatkräftig unterstützte.*

*All jenen, die mich während des Prozesses der Entstehung dieser Arbeit begleitet haben möchte ich an dieser Stelle ebenfalls danken.*

*Ich schließe mit der Hoffnung, dass ein Studium, welches Kritikfähigkeit, das Verständnis für größere Zusammenhänge und die freie Entfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit fördert, so wie ich es erlebt habe, auch kommenden Generationen offen steht.*



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Einleitung</b> .....	7
<b>2. Die Spinnennetztheorie als Analyserahmen der französischen Außenpolitik am Balkan und im Kosovo</b> .....	8
<b>3. Die französische Balkanpolitik bis zum Einmarsch der KFOR in den Kosovo im Sommer 1999</b> .....	16
3.1. Serbien, das Piemont des Balkans im Bündnis mit Frankreich .....	16
3.2. Frankreich und der Zerfall Jugoslawiens .....	24
3.3. Kosovo-Krise, die Macht der Medien und die internationale Konfliktvermittlung .....	34
<b>4. Frankreich im Rahmen der internationalen Mission im Kosovo</b> .....	44
4.1. Kouchner, humanitäre Mission und UNMIK-Administration .....	45
4.2. Die Reaktion des französischen Staates auf die Krise .....	51
4.2.1. Die französische Botschaft im Kosovo .....	55
4.2.2. Staatliche Organisationen mit dem Ziel der Vernetzung der Akteure.....	62
4.2.3. Die Streitkräfte der französischen Republik im Kosovo .....	68
4.3. Nichtstaatliche französische Akteure und deren Auftreten im Kosovo .....	85
4.3.1. Das Engagement französischer NGOs im Kosovo .....	85
4.3.2. Französische Unternehmen im Kosovo .....	93
4.4. Die „ <i>Communauté française</i> “ im Kosovo .....	98
<b>5. Zusammenfassung/Ausblick</b> .....	100
Literaturverzeichnis.....	104
Interviews.....	113
Appendix A: Bilaterale Kontribution Frankreichs zum Wiederaufbau im Kosovo.....	114
Appendix B: Übersicht der Zeiträume und Widmungen der Hilfsgelder.....	115
Appendix C: Zustimmung zur Militäraktion im Kosovo nach Parteizugehörigkeit.....	116
Abstract.....	118
Lebenslauf.....	119



## 1. Einleitung

Überraschend loyal verhielt sich Frankreich gegenüber Deutschland und den USA, als die NATO 1999 ihre Luftkriegsoffensive gegen Restjugoslawien begann. Kurz zuvor gab sich die französische Außenpolitik eher zurückhaltend und suchte vergeblich nach einem Kompromiss im Sicherheitsrat, mit Einbeziehung von Russland und China. Der damalige Staatspräsident Jacques Chirac ging jedoch schon in der Krise in Bosnien-Herzegowina von der deklariert serbophilen und international umstrittenen Linie von Francois Mitterand ab. Frankreich galt also bis dahin als verhältnismäßig pro-serbisch im Vergleich zu seinen westlichen Bündnispartnern. Affären, wie jene um den französischen Offizier Bunel, der dem serbischen Militär geheime Pläne der NATO zur Verfügung stellte, ließen die Vermutung aufkommen, dass ein beträchtlicher Teil der französischen Eliten weiter am „historischen Bündnis“ mit Serbien festhielt. Die beiden Nationen sehen sich seit dem 1. Weltkrieg schließlich als „Waffenbrüder“ verbunden. Daher ist es auch nicht überraschend, dass Frankreich nach dem Einmarsch der internationalen Truppen jenen Teil des Kosovo verwaltete, in dem der höchste Anteil an serbischer Bevölkerung vorhanden war. Ein weiterer fundamentaler Schwenk erfolgte, als kurz nach der Angelobung der Regierung Sarkozy der Kosovo mit französischer Unterstützung seine Unabhängigkeit erklärte, eine Vorgehensweise die von der Administration von Chirac nicht zu erwarten gewesen wäre. Die französischen Zielsetzungen am Balkan haben sich also im Verlauf eines Jahrhunderts in eine völlig andere Richtung entwickelt. Diese politische Dimension der französischen Außenpolitik wird im Verlauf der Arbeit verfolgt und nachvollzogen. Geschichte spielt in einer Gesellschaft, in der die nationalen Mythen einen hohen Stellenwert besitzen, eine große Rolle, daher ist der Einfluss der historischen Ereignisse auf die aktuelle Lage zu berücksichtigen. Die Zeit von 1999-2001 wird trotz dieses sehr ganzheitlichen Ansatzes detaillierter in die Betrachtungen einbezogen. Zum einen ist die Phase nach dem Luftkrieg jene, in welcher die Truppen und anderen Akteure der intervenierenden Staaten im Kosovo, mit Gewalt, Chaos und materieller Armut konfrontiert, erst einmal eine Basis für die weitere Arbeit schaffen müssen, zum anderen ist der jetzige französische Außenminister Bernard Kouchner während dieses Zeitraumes mit der Position des SRSC (Special Representative of the Security Council) ausgestattet, was ihm weitreichende Befugnisse erteilt und ihn als Person zu einem wesentlichen Akteur in der Entwicklung der französischen Balkanpolitik macht.

Außenpolitik bedeutet also mehr als die diplomatische Position der Vertreter des Staates in internationalen Gremien. Es sind auch konkrete Handlungen, welche die Außenpolitik determinieren. Außenpolitische Theorien, wie die Spinnennetztheorie von John Burton, messen hierbei besonders dem zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Engagement eine höhere Bedeutung bei, als dies in den vergangenen Epochen der Fall war. Die Rollen der verschiedenen zivilen und militärischen staatlichen Akteure und der genannten nichtstaatlichen Akteure sowie der zahlreichen Vernetzungsinstitutionen wird, besonders was ihre Rolle im Kosovo nach der NATO-Intervention betrifft, analysiert. Es ist der Versuch ein ganzheitliches Bild des französischen Engagements im Kosovo und der Balkan-Region im Laufe der Zeit und unter Berücksichtigung der verschiedenen intervenierenden Akteure zu zeichnen.

## **2. Die Spinnennetztheorie als Analyserahmen der französischen Außenpolitik am Balkan und im Kosovo**

Wie in allen Teilgebieten der Politikwissenschaft, gibt es auch in der internationalen Politik eine Vielzahl von Ansätzen und Modellen, welche versuchen die vermeintliche Realität zu beschreiben, in Kategorien einzuteilen oder zumindest vereinfacht darzustellen. Dabei ist immer davon auszugehen, dass gewisse Aspekte ausführlicher betrachtet werden und andere dafür vernachlässigt werden oder sogar unberücksichtigt bleiben. Es ist also zu beachten, dass Arbeiten zur internationalen Politik, wie auch die hier vorliegende eine ist, immer nur einen Teil der Wirklichkeit beschreiben können und nur auf einem Teil der relevanten Informationen basieren, da nicht immer Zugang zu den entsprechenden Dokumenten besteht und nicht immer von allen Stellen Auskunft erteilt wird. Eine Problematik, die vor allem im Kosovo-Konflikt, welcher auch im Jahre 2009, zehn Jahre nach dem gewaltsamen Eingreifen der NATO und seiner anschließenden Besetzung durch eine internationale Truppe, weit von einer Lösung entfernt ist, hohe Relevanz besitzt, weil die Verbreitung oder Nicht-Verbreitung von Informationen im Interesse mancher Akteure liegen kann. Die Fähigkeit wissenschaftlicher Arbeiten, das internationale System und aktuelle Phänomene zu erklären, ist also begrenzt. Die generelle Schwierigkeit komplexe internationale Konstellationen in einen Analyserahmen zu stellen wird von mehreren Autoren aufgegriffen. Einige davon kommen im Lehrbuch für internationale Politik von Ulrich Albrecht zu Wort.

Der bekannte Theoretiker Ernst-Otto Czempiel ist einer davon:

*„Außenpolitik ist schwer messbar. Die Summe der politischen Aktionen, die mit diesem Begriff zusammengefasst werden, entzieht sich bisher einer durchgängigen analytischen Bestimmung“*

Stanley Hoffman sieht das ähnlich. Er meint, es gäbe viele Ansätze, aber keine Theorie, also dass eine allgemeine Theorie der internationalen Politik nicht existiere.

Schließlich meint Albrecht, es verhalte sich mit der Analyse der internationalen Politik wie bei den Versuchen von Alice im Wunderland mit der Königin der Herzen Krocket zu spielen. Die Schläger verbiegen sich, die Tore laufen durcheinander und auch der Ball selbst hat ein Eigenleben.<sup>1</sup> Es gibt also keine Regeln, und wenn es welche gibt, werden sie nicht eingehalten. Die realistische Schule gibt dieser Abwesenheit von Regeln einen Rahmen. Diese definiert das internationale System zwar als anarchistisch, definiert jedoch Staaten als geschlossene Blöcke, deren innere Verfasstheit wenig bis keine Auswirkungen auf die Außenpolitik haben, die in Konkurrenz zueinander stehen, nach Machtvergrößerung streben und deren Potential nach Größe, Wirtschaftskraft und militärischen Mitteln beurteilt wird. Da die Staaten ansonsten als gleichförmige Akteure, ohne strukturelle Anordnung existieren, wird gerne das Bild eines Billardtisches verwendet, an dem die Kugeln die Staaten repräsentieren. Die einzigen Akteure und Analyseeinheiten sind Nationalstaaten. Ein wesentlicher Punkt ist dabei, dass innere Angelegenheiten, die Beziehungen zwischen den Staaten nicht beeinträchtigen. David Dunn schreibt, dass dieses „staatszentristische“ Denken in der Disziplin der Internationalen Beziehungen bis in die 60er Jahre hinein ohne Alternativen blieb.<sup>2</sup>

John Burton kritisiert in seinem Buch „*World Society*“, dass das „billard-ball-model“ die Entwicklungen im internationalen System nicht mehr fassen kann. Er erwähnt Ideologien, neue Kommunikationsmittel und deren Nutzung, die internationale Anwendung industrieller Technologien sowie mächtigere ökonomische Akteure. Weiters geht er auf den erhöhten Bildungsgrad in vielen Staaten ein und die besseren Möglichkeiten der StaatsbürgerInnen gegen die Entscheidungen der eigenen Regierung aufzutreten und vor allem die Gewährleistung des Wohlfahrtsstaates zu verlangen. Dies macht es für die EntscheidungsträgerInnen schwieriger hohe Militärausgaben zu tätigen

---

<sup>1</sup> ALBRECHT, Ulrich: Internationale Politik, 1999, s. 22f

<sup>2</sup> DUNN, David: John Burton and the study of international relations: An assessment, in: The international journal for peace studies, spring 2001

oder einen Krieg zu beginnen.<sup>3</sup> Diese Faktoren werden bei einer ausschließlichen Analyse der Staaten selbst nicht beachtet. Die Bedeutung der Staatenwelttheorie ging im Zuge dieser Entwicklungen tatsächlich zurück, eine wirkliche Alternative in Form eines neuen Paradigmas, entwickelte sich laut Dunn innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen aber auch nicht. Teilweise wird berücksichtigt, dass außer Nationalstaaten auch andere Akteure Einfluss auf das Weltgeschehen nehmen. Genannt werden von Dunn wertorientierte Akteure, wie Greenpeace, identitätsorientierte Akteure, wie die IRA oder die ETA und wirtschaftliche Akteure, die schlicht als „Märkte“ bezeichnet werden. Eine engere Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren weltweit, die Entstehung des „Global Village“ setzte ein. In der Forschung widmete man sich nun einzelnen Aspekten der Thematik, wie der Untersuchung internationaler Organisationen oder der Analyse der Weltökonomie. Allgemein wurde aus einer eher auf Fakten basierenden Disziplin, ein Instrument, welches EntscheidungsträgerInnen in internationalen Angelegenheiten beraten konnte.<sup>4</sup>

Burton versuchte 1972 in „*World Society*“ auf die beschriebenen Änderungen einzugehen. Er entwirft anknüpfend an die festgestellten Unzulänglichkeiten des Staatenweltmodelles das Spinnennetzmodell. Er geht dabei von einem behaviouristischen Ansatz aus, da menschliche Verhaltensmuster in einer globalisierten Welt oder Weltgesellschaft, wie er es nennt, ein paralleles System zu dem der Staatenwelt bilden, welches sich mit diesem jedoch in gewissen Bereichen überschneidet. Als Beispiel verwendet er hauptsächlich die Darstellung der Welt auf Landkarten. Die politischen Karten, die einzig die staatlichen Grenzen zeigen hält er für verkürzt. Aussagekräftiger wäre es seiner Ansicht nach, andere Faktoren, wie die geologischen Gegebenheiten und natürliche Ressourcen, identitätsbezogene Merkmale, von Bevölkerungen, wie Religion oder Ethnie, Verhaltensweisen der Menschen, wie das Konsumverhalten, besonders aber die Nutzung von Kommunikations- und Transportwegen, in eine Analyse des internationalen Systems einzubeziehen.

Der letzte Punkt ist hervorzuheben, weil daraus konstruiert Burton das Spinnennetz zu seiner Theorie. Es geht ihm nämlich darum, jegliche Art von Kommunikation festzuhalten. Reisen, Telefonate, Briefverkehr. Da es natürlich analytisch schwierig bis unmöglich ist diese Daten überhaupt zu erfassen, werden diese Kommunikationsprozesse, ausgehend von der Systemtheorie Luhmanns, in

---

<sup>3</sup> BURTON, John: *World society*, Cambridge, London, 1972, s. 29f

<sup>4</sup> DUNN, 2001

Funktionssysteme geteilt, die über staatliche Grenzen hinweg agieren. Burton nennt in diesem Zusammenhang, internationale wirtschaftliche Kontakte, formeller und informeller Natur, die Verbreitung von Filmen und Musik, politische oder religiöse Organisationen oder studentische Austauschaktionen. Explizit weist Burton darauf hin, dass das Spinnennetzmodell zwar einen völlig anderen Denkansatz verfolgt, als das Staatenweltmodell, es aber dennoch möglich und sogar notwendig ist, beide gleichzeitig anzuwenden, da sie zwei Aspekte einer Problemstellung behandeln.<sup>5</sup>

Zweifellos sind die Vernetzungen seit 1972 noch einmal stärker angestiegen, das von Burton skizzierte Muster lässt sich jedoch weiterhin anwenden. Einige Anregungen zur Rolle der Überlegungen Burtons in der Gegenwart gibt Thorsten Bonacker. Er nähert sich dem Thema über die Betrachtung von Grenzen an und stellt dabei fest, dass die Bedeutung der Grenzen von Nationalstaaten rückläufig ist, dass aber gleichzeitig neue Grenzen im Entstehen begriffen sind. Er bezeichnet diese Vorgänge als „*deboarding*“ und „*reboarding*“. Drei unterschiedliche Arten von Grenzen werden definiert, die für diesen Prozess von Relevanz sind:

- „1.) **Funktionale Grenzen:** Grenzen zwischen bzw. von funktional differenzierten Teilsystemen. Hier geht es einerseits um die Abgrenzung unterschiedlicher Leistungsbereiche der Weltgesellschaft wie Recht, Politik, Wirtschaft, Religion, Wissenschaft oder Kunst. Andererseits kontrolliert jedes dieser Teilsysteme seine Grenze nach eigenen Kriterien (...)
- 2.) **Territoriale Grenzen:** Grenzen zwischen Räumen, vor allem zwischen Staaten und Regionen (...)
- 3.) **Symbolische Grenzen:** Grenzen, die kollektive Identitäten konstituieren und zwischen dem Eigenen und dem Fremden unterscheiden. Über das Ziehen symbolischer Grenzen entstehen Formen politischer, ethnischer oder religiöser Vergemeinschaftung.“<sup>6</sup>

Die historische Errungenschaft der Nationalstaaten ist laut Bonacker nun, dass es ihnen gelang alle drei Grenzen innerhalb ihrer Staatsgrenzen zu integrieren. Fraglich ist zwar wie in diesem Zusammenhang die Existenz ethnischer und religiöser Minderheiten sowie jene von Dissidenten zu sehen ist, die These Bonackers, dass die Schwäche der

<sup>5</sup> BURTON, 1972, s. 35ff

<sup>6</sup> BONACKER, Thorsten, Krieg und die Theorie der Weltgesellschaft. Zur makrosoziologischen Erklärung neuerer Ereignisse der empirischen Kriegsforschung, Baden-Baden, 2006, 81f

nationalstaatlichen Grenzen zu Gunsten neuer Grenzen entlang der von ihm beschriebenen Leitlinien führen, ist im Sinne außenpolitischer Analyse durchaus sinnvoll. Die neuen Grenzen können nun gänzlich innerhalb von Staaten, staatenübergreifend oder mehrere Staaten einschließend verlaufen. Regionalismus, wie die Abspaltung einer Provinz aus einem Gesamtstaat, ist also genauso gemeint wie der Zusammenschluss zu einer Verteidigungsgemeinschaft. Die symbolische Ebene der Neueingrenzung wird durch das Beispiel der „*Vergemeinschaftung*“ von MigrantInnengruppen illustriert. Ebenso können natürlich ideologische Gemeinschaften transnational auftreten und auch auf der symbolischen Ebene gibt es das Phänomen des Regionalismus. Speziellen Wert für diese Arbeit, haben die Änderungen auf der funktionalen Ebene. Die oben genannten Funktionssysteme sind nämlich mit einer „*Optionssteigerung*“ konfrontiert, weil sie nun in geringerem Maße durch staatliche Grenzen in ihrem Handeln und ihrer Vernetzungstätigkeit eingeschränkt sind. Leider gelten diese Entgrenzungstendenzen auch für Gewaltakteure. Ursache von Gewalt ist in diesem Zusammenhang besonders, dass das staatliche Gewaltmonopol auf der einen Seite in Frage gestellt wird, wobei die Gewalt an sich bereits in den meisten Fällen als Legitimität ausreicht und auf der anderen Seite das Gewaltverbot zwischen den Staaten keine Anwendung mehr findet, wobei Menschenrechte der symbolische Bezugspunkt für politische Legitimität sind.<sup>7</sup>

Ralf Rogowski sieht in dieser Möglichkeit der Funktionssysteme über die eigenen Grenzen hinaus zu wirken, eine höhere Relevanz dieser für die Entwicklung des internationalen Systems.<sup>8</sup> Staatliche Akteure werden in diesem Zusammenhang als ein eigenes Funktionssystem betrachtet, welches ebenfalls Handlungen nach außen setzt.

In der Auslegung der Spinnennetztheorie von Ulrich Druwe wird den Staaten eine exponierte Rolle im internationalen System zugedacht und eine Abgrenzung zu den gesellschaftlichen oder nichtstaatlichen Akteuren erfolgt. Internationale Institutionen werden als eigenständige Akteure anerkannt, wobei diese ebenfalls staatlicher oder nichtstaatlicher Natur sind. Die Spinnennetztheorie wird also im weitesten Sinne auf die staatlichen Akteure angewandt, wobei die Interaktionen und Einflüsse der gesellschaftlichen Akteure und der internationalen Institutionen berücksichtigt werden.<sup>9</sup> Andernfalls würde sie sich vom „*Billardkugelmodell*“ nicht sehr unterscheiden. Sie

---

<sup>7</sup> BONACKER, 2006, s. 83ff

<sup>8</sup> ROGOWSKI, Ralf: Aufbruch in das Weltrecht. Thesen zu Recht und Politik in Luhmanns Weltgesellschaft, 2004

<sup>9</sup> DRUWE/HAHLBORN/SINGER: Internationale Politik, ars una, Neuried, 1995, s. 68ff

grenzt jedoch damit die zu analysierenden Akteure so ein, dass sie als Analysemethode für die französische Außenpolitik im Kosovo in Frage kommt.

Der Staat, von dem die außenpolitische Aktion im Falle dieser Arbeit ausgeht, ist Frankreich. In der Kosovo-Frage ist Frankreich auf zwei Ebenen in verschiedenen Akteurskonstellationen außenpolitisch aktiv, wobei jede der zwei Ebenen wiederum zwei Dimensionen besitzt. Die Trennlinien verlaufen jeweils entlang der Grenze zwischen staatlichem und nichtstaatlichem Bereich und zwischen innerem Entscheidungsprozess über die Außenpolitik und die vom Land ausgehenden Handlungen nach außen, in diesem Fall in Bezug auf den Kosovo.

Die vorliegende Arbeit wird sich jedoch fast ausschließlich den außenpolitischen Handlungen widmen und den Entscheidungsprozess fast gänzlich ausklammern.

#### *Nichtstaatliche Ebene:*

Das breite Feld des innenpolitischen Diskurses über die Kosovo-Frage, also der Einfluss innenpolitischer Akteure auf die Politik der Regierung sowie die Position von Parteien, Verbänden, Medien, Wirtschaftsunternehmen und Intellektuellen und deren Einfluss auf die staatliche Außenpolitik, betreffen dieses Feld, sollen aber weitgehend ausgeblendet werden, jedoch werden besonders die Mediatisierung und die öffentliche Meinung aufgrund ihrer teils wesentlichen Rollen berücksichtigt

Außenpolitisches Handeln dieser Akteure im Rahmen internationaler nichtstaatlicher Dachverbände oder internationaler Wirtschafts- und Kulturkontakte soll jedoch mitberücksichtigt werden, sofern es politisch relevant ist. Im Rahmen dieser Arbeit betrifft dieser Teil hauptsächlich die Intervention von Unternehmen und NGOs aus Frankreich im Kosovo.

#### *Zwischenstaatliche und institutionelle Ebene der Außenpolitik (staatliche Ebene)*

Die formelle außenpolitische Positionierung der staatlichen Organe sowie das Verhalten zur Kosovo-Frage in verschiedenen multilateralen Institutionen und in bilateralen Kontakten und die Durchführung konkreter Aktionen und Maßnahmen stellen die eine Seite dieser Ebene dar, wohingegen die andere wiederum das Vermitteln dieser Positionen nach innen darstellt. Der Schwerpunkt liegt wiederum auf erstgenannten Aspekten.

Die Handlungsfelder hängen untereinander zusammen, manche Akteure sind aufgrund ihrer Rolle natürlich in mehreren aktiv. Außenminister und Staatspräsident übernehmen

Hauptrollen in der Außenpolitik, gestalten jedoch auch den innenpolitischen Diskurs wesentlich mit.

Um nun die Rolle Frankreichs im Kosovo zu analysieren muss jedoch eine weitere Einschränkung vorgenommen werden. Da nicht alle im Spinnennetz-Modell präsentierten Akteure in die Arbeit einbezogen werden können, wird der Fokus auf der außenpolitischen Aktion der französischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure im Sinne des Spinnennetzes liegen. Es ist wesentlich zu erwähnen, dass der außenpolitische Bereich sich zusätzlich in den multilateralen und den bilateralen Bereich gliedert. Internationale Organisationen werden in diesem Zusammenhang nicht in ihrer Form als aktive Akteure behandelt, die ihre Interessen in Bezug auf die Politik im Kosovo und am Balkan durchsetzen, sondern als Faktoren einbezogen, welche die staatlichen und nichtstaatlichen französischen außenpolitischen Akteure bei der Verfolgung ihrer Interessen berücksichtigen müssen und die sie ihrerseits zu ihren Zwecken zu benützen versuchen.

Die Analyse konzentriert sich jedoch generell auf die wesentlich besser dokumentierte staatliche Außenpolitik. Nichtstaatliche Akteure werden nur einbezogen, wenn sie für die politische Diskussion über die Rolle Frankreichs im Kosovo relevant sind oder Aktivitäten setzen, die als außenpolitische Aktionen zu werten sind, also grenzüberschreitend agieren und damit die Entwicklungen im Kosovo beeinflussen. Der Fokus liegt also auf der außenpolitischen Aktion der staatlichen Akteure und deren Interessenslage, unter Einbeziehung des globalen Kontexts und den Instrumenten, die sie dabei anwenden.

Methodisch wurde dabei auf mehreren Ebenen gearbeitet. So wurden zur generellen Aufarbeitung der Geschichte hauptsächlich universitäre Bibliotheken und die Nationalbibliothek durchforstet sowie auch französische Online-Dokumentationsarchive genutzt. Besonders für die Aufarbeitung der Zeit vor dem 2. Weltkrieg wurde auf Quellen zurückgegriffen, welche die Motive und Handlungen Frankreichs in der jeweiligen Zeit betrachteten. Erwähnenswert ist der französische Historiker Pierre Béhar, ein Spezialist für den Balkanraum. Ein Interview und sein Buch „Vestiges d’Empires“ waren für das Zustandekommen dieses Kapitels wesentlich sowie auch eine Diplomarbeit von Barbara Kern, welche die Darstellung Serbiens in der französischen Literatur beschreibt.

In den Jahren ab 1990 werden Berichte aus Tageszeitungen, aber auch Werke zur Außenpolitikforschung selbst für die Klärung der Forschungsfrage interessant.

Die Leitfadeninterviews, die im Kosovo durchgeführt wurden, bringen teils Aufschluss über die französischen Motive in dieser Zeit, und ein ausführlicher parlamentarischer Bericht befasst sich mit den Ereignissen von Srebrenica im Krieg um Bosnien-Herzegowina.

Für die Analyse der Außenpolitik im Vorfeld des Kosovo-Krieges 1999 sind ebenfalls die Interviews, jedoch viel stärker bereits bestehende Primärquellen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die in den meisten Fällen im Internet gefunden wurden sowie Ansprachen von verantwortlichen Politikern Grundlage.

Die zentrale Forschungsfrage jedoch soll den Einfluss der außenpolitischen Akteure ausmachen, die nicht die offiziellen außenpolitischen Organe des französischen Staates darstellen, also NGOs, Medien und Unternehmen sowie die Rollen der verschiedenen staatlichen Institutionen, die Außenpolitik betreiben, also Militär und Außenministerium herausfiltern.

Basis dieser Analyse sind wiederum parlamentarische Berichte, die von der Arbeit der verschiedenen Akteure und der Entwicklung des französischen Engagements handeln.

Die Präsentation der relevanten Organisationen im Internet wird gemeinsam mit Presseaussendungen und weiteren verfügbaren Quellen im Internet zur Behandlung dieser Frage herangezogen.

Ergänzt werden diese Angaben durch die bereits erwähnten Leitfadeninterviews, welche im Kosovo im Rahmen einer Forschungsreise der Diplomatischen Akademie Wien durchgeführt wurden. Befragt wurden VertreterInnen des ICO (International Civilian Office), der KFOR, der französischen Botschaft im Kosovo und der LDA (Local Democracy Agency), einer französischen NGO, die vom Europarat unterstützt wird.

In der französischen Botschaft wurden Gespräche mit Pascale Delpêche, der Leiterin der Abteilung für kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Rodolphe Richard, dem stellvertretenden Botschafter oder der „*numero 2*“, wie es formal heißt, geführt.

Guillaume De Plinval von der KFOR ist politischer Berater des Verteidigungsministeriums Frankreichs. Christophe Pradier kam mit der KFOR in den Kosovo und arbeitet nun in der ICO. Es handelt sich dabei um eine Institution der „*International Steering Group for Kosovo*“, einer Gruppe von 25 Staaten, die den Kosovo anerkannt haben.

Elise Drouet arbeitet in der LDA, die in Gjilan, einer kleinen Stadt in der amerikanischen Zone, ihren Sitz hat. Die LDAs arbeiten bevorzugt auf lokaler Ebene. Die LDA im Kosovo ist auf die Arbeit mit Jugendlichen spezialisiert und hat den Anspruch einen engeren Kontakt mit der Bevölkerung zu suchen als die meisten internationalen Institutionen im Land.

Michel Cullin leitet an der Diplomatischen Akademie in Wien das Zentrum für Deutsch-Französische Zusammenarbeit, ist in seiner Funktion für den Balkan zuständig und in einem Kooperationsprojekt mit der UBT (University for Business and Technology), einer Universität im Kosovo engagiert.

### **3. Die französische Balkanpolitik bis zum Einmarsch der KFOR in den Kosovo im Sommer 1999**

#### **3.1. Serbien, das Piemont des Balkans im Bündnis mit Frankreich**

Die Quasi-Staatlichkeit des Kosovo nahm 2008 ihren Anfang. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung wurde jedoch auch ein Jahr nach ihrer Ausrufung von weniger als der Hälfte der UN-Mitglieder anerkannt, dennoch stehen die politisch und wirtschaftlich mächtigsten Länder mit der Ausnahme Russlands hinter dem neuen Staat. Folglich war der Kosovo in seiner bisherigen Geschichte immer in andere, größere staatliche Gebilde eingegliedert. Innerhalb der letzten hundert Jahre war das hauptsächlich das serbische Staatsgebilde. Die Geschichtsschreibung hält diese Koexistenz als äußerst konfliktreiche fest. Verantwortung und Schuldigkeit werden jeweils von Vertretern der einen Seite der anderen Seite zugeschoben.

Von Seiten Frankreichs bestand für den Kosovo bis in die späten 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ein äußerst geringes Interesse. Im Gegensatz dazu wurde Serbien, speziell im Vorfeld des ersten Weltkrieges, hohes Interesse seitens der französischen Außenpolitik entgegengebracht. Frankreich befand sich am Ende des 19. Jahrhunderts in einer prekären Situation. Nach dem verlorenen deutsch-französischen Krieg, mit dem die Abtretung des Elsass an Deutschland verbunden war, lag die Grenze nunmehr 300 km von Paris entfernt. Ohne große geographische Hindernisse stand der Weg durch das Marne-Tal und die Champagne offen. Die Eindämmung der deutschen Expansion

wurde also zur höchsten Priorität der französischen Außenpolitik, welcher alle anderen Ziele untergeordnet wurden.

Die Machtverhältnisse in Europa waren dafür jedoch nicht sehr hilfreich. Frankreich stand nach dem verlorenen Krieg ziemlich isoliert da und war fürs Erste mit der übermächtigen Gefahr an seiner Ostgrenze alleine gelassen. England hatte de facto einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, solange dieses seine Marine nicht zu stark aufrüstete. Russland sah sich zu diesem Zeitpunkt dem kaiserlichen Deutschen Reich und Österreich-Ungarn bei weitem näher als dem demokratischen Frankreich, so der französische Balkanspezialist Pierre Béhar.<sup>10</sup>

Das System Bismarcks, des damaligen deutschen Reichskanzlers, funktionierte also. Eine Wende fand nach der Machtübernahme Kaiser Wilhelms im Zuge der Balkankriege statt.

Die zum größeren Teil südslawischen Völker des Balkans lieferten sich mit dem osmanischen Reich eine Reihe von Kriegen und anderen Auseinandersetzungen, aus denen einige neue Staaten hervorgingen, die meist unter österreichisch-ungarischem oder russischem Einfluss standen. Beide versuchten in das entstandene Machtvakuum einzudringen, wobei die Donaumonarchie unter dem Einfluss des Deutschen Reiches stand.

Serbien erhält erst mit dem Berliner Kongress 1878 seine Unabhängigkeit und existiert als kleines Königreich vorerst in Abhängigkeit von Österreich-Ungarn, an welches es durch einen Freundschaftsvertrag, der im Jahre 1881 geschlossen wurde, gebunden ist. Besonders die ökonomische Abhängigkeit vom übermächtigen nördlichen Nachbarn ist hervorzuheben.

Intrigen und Thronfolgermorde führten 1903 zu einem Ende der Österreich-freundlichen Herrschaft des serbischen Königshauses Obrenovic und verhalfen der pro-russisch orientierten Dynastie der Karadjordjevics zum Aufstieg. Serbien konnte also ab 1903 wie zuvor Bulgarien als russischer Außenposten am Balkan betrachtet werden. Im Allgemeinen fand jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Abwendung Bulgariens von Russland hin zum Deutschen Reich statt. Serbien hingegen knüpfte immer engere Bände mit Frankreich, welches ähnliche Interessen zu verfolgen schien. Besonders wirtschaftlich und militärisch, was die Technologie und die Hilfe bei der Ausrüstung einer modernen Armee betrifft, konnte Frankreich Serbien bessere Anreize bieten als Russland. Es ging Frankreich bei dieser Annäherung jedoch keinesfalls darum,

---

<sup>10</sup> Interview mit Pierre Béhar am 12.02.2008 in Wien

Russland vom Balkan zu verdrängen. Im Gegenteil, die russische Präsenz am Balkan kam Frankreich sehr gelegen, einen weiterhin treuen Verbündeten des Deutschen Reiches, nämlich Österreich-Ungarn unter Druck zu setzen. Wie bereits erwähnt, das Ziel der französischen Außenpolitik nach 1871 war es Deutschland zu schaden, wenn auch nur indirekt über seinen Verbündeten. Frankreich unterstützte aus diesem Kalkül heraus in Wort und Tat die russischen Interessen am Balkan und drehte somit den Spieß um. Nun war Deutschland bis auf wenige Verbündete isoliert.<sup>11</sup>

Der Balkankrieg 1912 beraubte die Osmanen endgültig ihrer europäischen Besitzungen, wenn man von Thrakien absieht. Serbien konnte im Zuge dieses Konfliktes sein Territorium erheblich vergrößern. Der damals bereits mehrheitlich muslimisch besiedelte Kosovo wurde eingegliedert. Mehrere Autoren beschreiben laut Pierre Béhar, dass bereits damals Grausamkeiten und Unterdrückung Instrumente der serbischen Herrscher waren um der Zivilbevölkerung zu begegnen. Frankreich hatte für eine derartige Problematik zu diesem Zeitpunkt kein Interesse übrig. Serbien hatte seine volle Unterstützung in seiner Rolle als Hegemon am Balkan. Dies äußerte sich besonders im anschließenden Krieg gegen Bulgarien im Jahre 1913, welcher bereits als Stellvertreterkrieg Frankreichs gegen Deutschland bezeichnet werden kann.<sup>12</sup> Wenig später kam es dann auch zum tatsächlichen Krieg der beiden Mächte mit hinlänglich bekanntem Auslöser und Ausgang. Erwähnenswert ist, dass Frankreich in letzter Konsequenz auch wegen Russland und nicht wegen Serbien in den 1. Weltkrieg einstieg, was Barbara Kern im Zuge ihrer Diplomarbeit über die französisch-serbischen Beziehungen herausfand.<sup>13</sup> Festzuhalten ist, dass Frankreich in dieser, wie in anderen Fragen, nie bereit war, einen Krieg für serbische Interessen anzufangen. Die politische Einflussnahme Frankreichs in Serbien war sehr stark mit einem wirtschaftlichen Engagement gekoppelt. In dieser Hinsicht war Frankreich immer wieder mit Versuchen der Einflussnahme seitens deutschen Kapitals konfrontiert.<sup>14</sup> De facto konnte es jedoch Serbien in eine erdrückende Abhängigkeit zwingen, sodass dieses vielfach teure französische Produkte der Konkurrenz vorziehen musste. Beteiligt waren hauptsächlich Unternehmen der Rüstung und der Infrastruktur. Frankreich konnte sich wirtschaftlich in Serbien durchsetzen und auch seinen politischen Einfluss manifestieren. Eine eigene

---

<sup>11</sup> Interview mit Pierre Béhar am 12.02.2008 in Wien

<sup>12</sup> Interview mit Pierre Béhar am 12.02.2008 in Wien

<sup>13</sup> KERN, Barbara: Frankreichs Beziehungen zu Serbien, Wien, 1999, S 64ff.

<sup>14</sup> REUTER Peter W.: Die Balkanpolitik des französischen Imperialismus 1911-1914, Campus, Frankfurt 1979, S 318ff

außenpolitische Rolle im Sinne der Spinnennetztheorie kam den engagierten Unternehmen jedoch nicht zu. Sie agierten im Rahmen von Verträgen, die auf zwischenstaatlicher Ebene vereinbart wurden.

Eine Tradition wirtschaftlichen und politischen Engagements Frankreichs in Serbien besteht also. Viel präsenter jedoch ist die ideologische Begleitung, die den bis heute bekannten Mythos der französisch-serbischen Freundschaft und Waffenbrüderschaft begründet. Die bereits erwähnte Arbeit von Kern widmet sich dieser Thematik recht ausführlich. Das ideelle Konzept, welches die französisch-serbisch-russische Zusammenarbeit am Balkan diskursiv begründete, fand sein Fundament hauptsächlich im Panslawismus, einer Bewegung zur Befreiung und Einigung aller Slawen. Dieser war in Frankreich selbst übrigens bereits kurz nach dem deutsch-französischen Krieg salonfähig geworden, da man sich eine Rettung vor dem gefürchteten Deutschland aus dem Osten erwartete.

Die „jugoslawische“ (*südslawische*) Idee, welche sich auf die slawischen Völker der Balkanhalbinsel beschränkte, wurde von französischer Seite besonders propagiert und mit dem Mythos der französisch-serbischen Freundschaft verbunden. Kern machte Quellen ausfindig, welche die Beziehungen der beiden Staaten bereits im Mittelalter beginnen lassen.

Bezug genommen wird dabei auf die Kreuzzüge und das Reich von Dusan im 14. Jahrhundert, welches eine Referenz für den späteren serbischen Nationalismus wurde. Angeblich fand bereits damals eine französisch-serbische Annäherung statt. Der Führungsanspruch Belgrads im Balkanraum wird ebenfalls dokumentiert. Bereits 1870 berichtete der französische Konsul im damals noch türkischen Belgrad an den französischen Außenminister, dass Serbien seiner Ansicht nach das Piemont der Südslawen sei und dass es sich diese Rolle selbst aneignen würde.<sup>15</sup> Das Piemont war ja bekanntlich die Region, von welcher aus die Einigung Italiens erfolgreich betrieben wurde. Weiters wird ein Werk Loiseaus aus dem Jahre 1898 zitiert, in welchem dieser den Widerstand der Serben gegen die Türken hervorhebt und ihren Willen beschreibt eine eigene Nation zu bilden, die den gesamten südslawischen Bereich umfasst. Loiseau widmet sich auch den Auszug vieler Serben aus dem Kosovo während der Herrschaft der Türken, welchen er als patriotischen Akt wertet.<sup>16</sup> Diese Transferierung mittelalterlicher Reiche und Konstellationen in das Zeitalter des Nationalismus, ist ein

---

<sup>15</sup> KERN, 1999, s. 35ff

<sup>16</sup> KERN, 1999, s. 35ff

gelungenes Beispiel für die Instrumentalisierung von Geschichte. Das Konzept des Nationalismus ist für das Mittelalter noch gar nicht zutreffend, die klaren Ziele, die Frankreich mit solchen historischen Vergleichen legitimieren will, zeigen sich bei näherer Betrachtung der Umstände am Ende des 19. Jahrhunderts. Die Interessen hinter diesen Darstellungen haben einen durchaus politischen Hintergrund. Der Anspruch Serbiens auf die „südslawischen“ Gebiete der Habsburgermonarchie wurde so durch Frankreich gedeckt, mit dem Ziel Österreich-Ungarn zurückzudrängen. Ethnisch waren diese Gebiete keineswegs homogen. Das Wichtigste in diesem Zusammenhang war jedoch der starke serbische Bevölkerungsanteil in der Donaumonarchie und die Verwendung der de facto gleichen Sprache in Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina. Rund um die Idee des Piemonts des Balkans entstanden nun verschiedenste Theorien eines großserbischen bzw. südslawischen Reiches, welches dem Balkan Stabilität und Frieden bringen sollte und nebenbei die französischen Interessen in der Region absichert. Barbara Kern zitiert in diesem Zusammenhang besonders Denis, welcher diese Idee vor allem innerhalb Frankreichs verbreitete, wobei er die Realitäten vor Ort nicht immer zu hundert Prozent berücksichtigte.<sup>17</sup> Derselbe wurde auch bekannt durch eine ziemlich rassistisch orientierte anti-albanische Propaganda, welche die zivilisierten Serben den barbarischen Albanern gegenüberstellte.

Zusammenfassend kann man für diese Zeit vor dem 1. Weltkrieg also die Schaffung eines serbophilen Bewusstseins in der französischen Bevölkerung und unter vielen Intellektuellen sowie formelle Solidaritätskundgebungen an Serbien konstatieren. Konkret wurde aber eine, in den meisten Fällen zum Nachteil Serbiens ausgefallene, „Wirtschaftskooperation“ installiert und die sicherheits- und geopolitischen Interessen des befreundeten Staates wurden hintangestellt. Im ersten Weltkrieg konnte ganz Serbien früh von seinen Kriegsgegnern besetzt werden. Die serbischen Truppen mussten unter herben Verlusten nach Korfu fliehen, von wo sie sich in Saloniki den französisch-britischen Expeditionskorps anschlossen. Ein Web-Portal der französischen Regierung zur Erinnerung an den 1. Weltkrieg schreibt von immerhin 300 000 Franzosen die am Balkan eingesetzt waren. Die französisch-serbische Waffenbrüderschaft wird mehrmals erwähnt, die Truppen saßen jedoch die meiste Zeit in Saloniki fest, wenn man von der Einnahme Monastirs (heute Bitola) in Mazedonien

---

<sup>17</sup> KERN, 1999, s. 81ff

1916 und der Schlussoffensive von 1918 absieht.<sup>18</sup> Die französisch-serbische Zusammenarbeit an der Balkanfront wird auch von Malte Olschewski erwähnt, der die serbische Rolle im 1. Weltkrieg unter Einsatz von viel Pathos nacherzählt. Die albanische Bevölkerung des Kosovo hätte ihm nach die Invasoren unterstützt und sich an Repressionen gegen serbische Zivilisten und Armee beteiligt.<sup>19</sup> In der Zeit vor und während des ersten Weltkrieges wurde also die durchaus folgenreiche Tradition begründet, dass Serben sich eher an Frankreich und Russland orientieren und Kroaten, Slowenen und Albaner sich eher an Deutschland und Österreich halten. Nach dem Krieg war der Weg offen einen südslawischen Staat unter der Führung Belgrads zu kreieren. Der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) wurde aus der Taufe gehoben. In seinem Buch „Vestiges d’empires“ beschrieb Béhar es als einen Fehler die Habsburgermonarchie aufzulösen, da diese neuen kleinen Staaten allesamt keine andere Alternative hatten, als in die Hände des Deutschen Reiches und schließlich der Sowjetunion zu fallen und der Vielvölkerstaat als Stabilitätsfaktor in Mitteleuropa fehlte. Die aus katholisch-habsburgerischem Erbe stammenden Kroaten und Slowenen sowie die muslimischen Albaner wurden eher als Kriegsgegner angesehen, da sie ja in den Armeen der Mittelmächte gekämpft hatten. So wurden sie mehr oder minder als Kriegsentschädigung an einen vornehmlich serbisch kontrollierten Staat angegliedert.<sup>20</sup> Unter den anderen siegreichen Balkanstaaten Rumänien und Griechenland sowie der Tschechoslowakei war der serbisch dominierte SHS-Staat der Hauptpfeiler der französischen Sicherheitsarchitektur der Zwischenkriegszeit, welcher darin bestand Deutschland einzukreisen und einen „Sicherheitsgurt“ um die bolschewistische Sowjetunion zu legen.<sup>21</sup> Dies hatte wiederum zur Folge, dass die inneren Probleme des südslawischen Konstruktes keine Rolle bei dessen Qualifikation als Partner Frankreichs spielten. Ethnische Konflikte, besonders zwischen Kroaten und Serben erschütterten die Stabilität des Staates immer wieder massiv. Schließlich entschloss man sich in Belgrad 1929 für einfache Lösungen und schaffte die Demokratie ab, um den serbischen Thronfolger an die Spitze eines diktatorischen jugoslawischen Königreichs zu stellen. Die französische Republik unterstützte den Staat weiterhin.<sup>22</sup> Am Vorabend des 2.

---

<sup>18</sup> Chemins de memoire: „Le front d’orient“,

<http://www.cheminsdememoire.gouv.fr/page/affichepage.php?idLang=&idPage=12546>, 6.4.2009

<sup>19</sup> OLSCHIEWSKI, Malte: Von den Karawanken bis zum Kosovo, 2000, s. 352f

<sup>20</sup> BÉHAR, Pierre: Vestiges d’empires, 1999, 139ff

<sup>21</sup> VATEVA, Sonja: Sur les aspects militaires de la politique français dans les Balkans pendant les années trentes du XXe siècle, 1996, s. 36ff

<sup>22</sup> Interview mit Pierre Béhar am 12.02.2008 in Wien

Weltkrieges jedoch hatte sich Frankreich zu einer sekundären Macht zurückentwickelt, wie es eine türkische Zeitung treffend beschrieb. In den meisten Staaten des Balkans konnte Hitler-Deutschland entscheidenden Einfluss gewinnen.<sup>23</sup> So lehnte sich auch Jugoslawien ab 1934 außenpolitisch stark an das Deutsche Reich an und unterzeichnete im März 1941 in Wien den Beitritt zu den Achsenmächten. Demonstrationen gegen diese Entscheidung in Jugoslawien waren die Folge. Schließlich übernahm das Militär die Macht und revidierte den Beitritt zu dem von Deutschland angeführten Bündnis. Militärische Kooperationen hatte es vor dem Beitritt keine gegeben, und es ist zu erwähnen, dass Frankreich seine Sicherheitspolitik am Balkan vornehmlich über die Armeen der betroffenen Länder abgewickelt hatte, sodass davon auszugehen ist, dass ein beträchtlicher Teil des Kriegsmaterials der jugoslawischen Armee aus Frankreich stammte. Der Staatsstreich selbst fand mit britischer Unterstützung statt.<sup>24</sup> Frankreich selber war zu diesem Zeitpunkt bereits in eine deutsch besetzte Zone im Norden und einen deutsch beeinflussten Marionettenstaat im Süden geteilt. Jugoslawien stand nun gemeinsam mit Griechenland dem Deutschen Reich und seinen europäischen Verbündeten gegenüber. Die Armee Jugoslawiens wurde jedenfalls innerhalb kurzer Zeit besiegt und Belgrad wurde im Zuge von verheerenden Luftangriffen, mit hohen Verlusten seitens der Zivilbevölkerung, schweren Zerstörungen ausgesetzt. Dieser mörderische Angriff wurde von serbischer Seite häufig mit den Angriffen der NATO verglichen, welche ja ebenfalls aus der Luft erfolgten, um eine Gleichsetzung der Angreifer, also NATO und Hitler-Deutschland, in den Köpfen der Rezipienten zu erzielen. Ein faschistisches Großkroatien, auch unter dem Namen „Ustascha-Staat“ bekannt, wurde geschaffen. Es wurde Mitglied des so genannten Dreimächtepaktes und zum Vertreter deutscher Interessen am Balkan. Serbien selber wurde auf die Grenzen von 1912 zurückgestutzt und unter deutsche Militärverwaltung gestellt. Die königstreuen serbischen Tschetniks kollaborierten trotzdem zeitweise mit den deutschen Besatzern und der Widerstand der kommunistischen Tito-Partisanen hatte keine national orientierte Ausrichtung. Kroaten waren also auch an dieser Form des Widerstandes beteiligt. Tito selber war einer von ihnen. Im Kosovo herrschten während des 2. Weltkrieges ähnlich chaotische Verhältnisse. Die Besatzer waren als Feinde der Serben zwar fürs Erste willkommen, jedoch entstanden auf dem albanisch besiedelten Gebiet unterschiedliche Gruppen, die teilweise für und teilweise gegen die deutschen und

<sup>23</sup> VATEVA, 1996, s. 44f

<sup>24</sup> Deutsches Historisches Museum: „Balkanfeldzug“, <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/balkan/index.html>, 30.11.2009

italienischen Besatzer arbeiteten. Ein gemeinsamer albanisch-serbischer Widerstand fand nicht statt. Bekanntheit erlangte die nach dem albanischen Nationalhelden benannte SS-Division Skanderberg, die auf der Seite der Deutschen in das Kriegsgeschehen am Balkan involviert war. Es gab also sowohl Widerstand als auch Kollaboration von allen beteiligten ethnischen Seiten. Frankreich hatte aufgrund seiner frühen Niederlage im 2. Weltkrieg keine militärische Rolle wie im 1. Weltkrieg. Die Geschichtsschreibung im später neu entstandenen Frankreich de Gaulles notiert jedoch nach dem traditionellen Standpunkt, dass die Kroaten im 2. Weltkrieg mit dem Feinde verbündete Täter und die Serben wie natürlich auch die Franzosen, Widerstandskämpfer und Opfer waren. Eine etwas vereinfachte Sichtweise, die durch die Fakten relativiert werden muss. Diese historische Einschätzung führte dazu, dass Frankreich unter Mitterrand, für den Geschichte eine wichtige Rolle spielte, große Probleme damit hatte Partei gegen Serbien zu ergreifen.

Der Rückgriff auf die wesentlichsten Informationen über das französische Engagement im ex-jugoslawischen Raum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lässt in Bezug auf die verwendete Theorie nur wenige Rückschlüsse zu. Der dominante Akteur, der vor allem auch die Entscheidungen in der Ausrichtung der Außenpolitik getroffen hatte, war der französische Nationalstaat. Andere Analyseeinheiten sind nicht als tatsächlich entscheidende Faktoren erkennbar, sie üben aber Funktionen aus, die für die Außenpolitik von Bedeutung sind. Genannt wurde im Text bereits die Wirtschaft, die als Instrument zur Schaffung von Abhängigkeiten eingesetzt wurde, erwähnenswert ist jedoch auch die Propaganda, die von französischen Schriftstellern verbreitet wird, die damit eine legitimierende Funktion für die Außenpolitik, sowohl nach innen, jedoch auch nach außen hin ausübt. Es ist festzuhalten, dass ein nationalistisches Konzept dazu herangezogen wird. Damit wird der Rahmen des Spinnennetzmodells jedoch auch schon sehr weit gedehnt. Dieses stellt ja schließlich im Kern nur fest, inwieweit eine Organisationseinheit außenpolitische Aktivitäten setzt oder auf die Außenpolitik seines Staates Einfluss ausübt. Die Verwendung von ideellen Konzepten ist als Mittel der Außenpolitik jedoch wesentlich, sie kann auf einer etwas abstrakteren Ebene als ein Faden im Spinnennetz gesehen werden, der als Bindeglied in Form von Legitimierung zwischen zwei oder mehreren Organisationseinheiten steht.

### 3.2. Frankreich und der Zerfall Jugoslawiens

Nachdem Europa in der Zeit des „Kalten Krieges“ eine sicherheitspolitisch sehr statische Phase durchlaufen hatte, änderte sich die außenpolitische Situation Frankreichs und auch anderer Staaten mit dem Fall des Eisernen Vorhanges schlagartig. In diese Phase des Umbruchs der europäischen Sicherheitsarchitektur fiel der Jugoslawienkrieg, welcher als solcher selbst als Teil dieser Veränderung zu sehen ist. Er stellte somit eine der großen außenpolitischen Herausforderungen dar, mit denen Frankreich im ausgehenden 20. Jahrhundert konfrontiert war. Veränderungen zu der Zeit vor 1945 im Sinne der Spinnennetztheorie lagen besonders darin, dass internationale Institutionen auf den Plan traten und in die außenpolitische Strategie der verschiedenen nationalstaatlichen Akteure eingebaut wurden. Ein neuer Faktor war auch die öffentliche Meinung, die, obwohl in der Außenpolitik in den meisten Staaten und besonders in Frankreich ein markantes Demokratiedefizit vorlag, von den Entscheidungsträgern zumindest berücksichtigt werden musste. Die französische Außenpolitik nahm wie dieses Kapitel zeigen wird, wesentlichen Einfluss auf das internationale Krisenmanagement während der Zerfallskriege. Sowohl die Ziele als auch die Mittel der Außenpolitik waren dabei einem Entwicklungsprozess ausgesetzt.

Der Ausgangssituation, in der sich Frankreich zur Zeit der Wende befand, widmeten Maull, Meimeth und Neßhöver einen gemeinsam herausgegebenen Sammelband.

Die erste Amtszeit des sozialistischen Präsidenten Francois Mitterrand war geprägt von einem starken Widerspruch französischer außenpolitischer Ambitionen und den realen Gegebenheiten auf dem Globus. Der so genannte „rosa Gaullismus“ von Mitterrand hielt an den grundsätzlichen Prinzipien des Staatsgründers General de Gaulles fest. Frankreich definierte sich als eigenständiges, souveränes Land, das einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus als Vorbildmodell lebt, mit starken Sendungs- und offenen Hegemonialbestrebungen. Generell verfügte Frankreich bei weitem nicht über die Ressourcen diese Ansprüche durchzusetzen, eine Erhöhung des außenpolitischen Gewichtes war nur durch die europäische Integration realistisch, diese wiederum schränkte seine Unabhängigkeit ein. Die Integration mit Deutschland und anderen europäischen Staaten wurde zwar vorangetrieben, eine deutliche Distanz zur NATO wurde jedoch im Sinne der eigenen Doktrin aufrechterhalten. Die Erhaltung einer respektablen Armee im Zeitalter des Wettrüstens war teuer. Der Umbruch von 1989 bedingte nun neben den Zerfallskriegen in Ex-Jugoslawien noch einige weitere

Konsequenzen, die generellen Einfluss auf die französische Außenpolitik ausübten. Hervorzuheben ist die Einigung Deutschlands. Das Gleichgewicht der Partner war damit einer Änderung unterzogen. Zusätzlich musste die französische Armee den neuen Anforderungen angepasst werden.<sup>25</sup> Die neue Position Deutschlands spielte eine wesentliche Rolle bei der Festlegung der französischen Politik bei Kriegsausbruch. Hierzu liefert Koslowski nähere Informationen, der über die NATO im Konflikt um Bosnien-Herzegowina schreibt. Die Teilung Deutschlands und die Integration des westlichen Teils waren ja primär dazu gedacht, die Macht des östlichen Nachbarn und ehemaligen Erzfeindes einzudämmen. Deutschland war durch das Ende des Kalten Krieges nicht nur größer geworden, es lag nun, im Gegensatz zu Frankreich, auch in einer zentralen Position des weit nach Osten gewachsenen „demokratischen“ Europas. Die Antwort Frankreichs auf diese Entwicklungen war eine verstärkte Integration Deutschlands, welche sich zum einen in den Maastricht-Verträgen zur Gründung der Europäischen Union 1992 und zum anderen über die militärische Integration mit Deutschland innerhalb der NATO äußerte.<sup>26</sup> In dieser Hinsicht ist also ein erstes Abrücken vom traditionell gaullistischen Prinzip der Eigenständigkeit festzustellen. Das Verhältnis zum geeinten Deutschland war also ein Hintergrund der französischen Jugoslawienpolitik im Zuge des Zerfalls des Vielvölkerstaates. Ein genereller Gesichtspunkt ist auch der Wille, eine führende Position in einer noch zu entwickelnden gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur einzunehmen.

Im Sommer 1991 erklärten die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit vom jugoslawischen Zentralstaat. Die serbisch-dominierten Teile Kroatiens bildeten sofort eigene Verwaltungseinheiten, die Volksarmee schritt ein. Slowenien konnte seine Unabhängigkeit sehr rasch behaupten, in Kroatien gab es schwere Kämpfe, Vertreibungen und Opfer unter der Zivilbevölkerung. Im Gegensatz zu Deutschland war Frankreich mit Flüchtlingsströmen von geringerem Ausmaß konfrontiert. Ein Grund, der häufig für die stärkere Initiative Deutschlands angegeben wird. Das Engagement Frankreichs hingegen war dadurch motiviert, sich an die Spitze einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft zu setzen und so seiner angestrebten Funktion als Großmacht unter den neuen Umständen näher zu kommen. Die Initiativen Frankreichs, welches eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens von gewissen Auflagen abhängig machen und eine Friedenstruppe, geführt von der WEU in das

---

<sup>25</sup> MAULL/MEIMETH/NESSHÖVER: Die verhinderte Großmacht, 1997, s. 9ff

<sup>26</sup> KOSLOWSKI, Gerd: Die NATO und der Krieg in Bosnien-Herzegowina, 1995, s. 75ff

Krisengebiet schicken wollte, fanden zu wenig Unterstützung um sich durchzusetzen.<sup>27</sup> Die Initiative lag in dieser Phase eindeutig bei Deutschland, welches so rasch wie möglich anerkennen wollte, was im krassen Gegensatz zu den Interessen anderer westeuropäische Staaten stand, die eine Beispielwirkung für die Minderheiten des eigenen Landes befürchteten und eine Politik der Erhaltung des Mächtegleichgewichtes in Europa betrieben. Deutschland selbst war nach den Besuchen Mitterands in Bonn im September und November 1991 kurz in seinen Ambitionen gebremst.<sup>28</sup> Offenbar wurde hier ein starker Druck auf Kohl ausgeübt. Schließlich erkannten die damaligen EG-Staaten Slowenien und Kroatien im Dezember an, was sehr spontan passierte und dem eigentlichen von der Gemeinschaft ausgearbeiteten Plan erst im Februar 1992 und unter gewissen Voraussetzungen anzuerkennen, zuvor kam.<sup>29</sup> In Frankreich wurden im Zuge der innenpolitischen Diskussion während dieses Prozesses längst vergessen geglaubte Ressentiments gegen Deutschland öffentlich thematisiert. Die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands wurde zum Teil als direkte Verlängerung der Balkanpolitik des 3. Reiches beschrieben. Durch den Zerfall des großen jugoslawischen Blocks in kleinere Staaten wurde ein größerer Einfluss Deutschlands in dieser Region erwartet. Eine Demonstration wie stark die unbedingte Erhaltung der Nachkriegsordnung und die vor dem 1. Weltkrieg geschaffenen und während beider Weltkriege erhaltenen Bündnisbekundungen im französischen Denken verankert blieben.

Die Konsequenzen dieser Anerkennungspolitik, nämlich die Unabhängigkeitserklärung von Bosnien und Herzegowina und deren internationale Absegnung im April 1992, trugen erwartungsgemäß nicht zur Entspannung des Konfliktes bei. In der ethnisch noch weitaus inhomogeneren Teilrepublik wurde in einem von unglaublicher Brutalität gekennzeichneten Kampf entschieden, ob in einer bestimmten Region Papstportraits oder Ikonen, Kirchen oder Moscheen, lateinische oder kyrillische Schrift das Alltagsleben prägen sollten. Religion und Geschichte wurden allerseits eingesetzt, um die Menschen gegeneinander aufzuhetzen und in Identitäten zu drängen, die häufig nicht Priorität für die Betroffenen waren. Die vielerorts gut integrierte Zivilgesellschaft brachte zum Ausdruck, dass der Krieg eigentlich nicht erwünscht war. Die Machthaber der drei Fraktionen, Kroaten, Serben und bosnische Muslime, legten ihre Pläne jedoch

---

<sup>27</sup> KOSLOWSKI, 1995, s. 87

<sup>28</sup> MÜLLER, Carsten: Die Rolle der Bundesregierung bei der Anerkennung Jugoslawiens und anderer Teilstaaten, <http://www.exil-club.de/groups/jugoslawien/cm.htm>, 03.11.2008

<sup>29</sup> KOSLOWSKI, 1995, s. 81ff

prinzipiell ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung an. Die Gefängnisse wurden geöffnet. Verurteilte Verbrecher wurden nun zu bewaffneten Milizen, Unrecht wurde zu Recht erklärt. Die am Kampf beteiligten Parteien versuchten ihre Interessen mit rücksichtsloser Gewalt durchzusetzen und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel dementsprechend einzusetzen. Da sich die bosnischen Serben große Teile der Armeebestände der jugoslawischen Volksarmee aneignen konnten, hatten diese im hohen Maße die Mittel um Zerstörung und Vernichtung anzurichten. Der Konfliktverlauf zeigte jedoch, dass sich dieses Verhältnis auch umdrehen konnte. Die Staaten Westeuropas traten dieser Problematik unkoordiniert und hilflos gegenüber. Die französische Politik wird von Patrice Canivez in einem seiner Artikel scharf kritisiert. Zu wenig Entschlossenheit und eine absolut pro-serbische Haltung, welche die Realitäten am Balkan negiert, wirft er der französischen Exekutive vor. Serbien führe den Krieg nicht um die serbischen Minderheiten außerhalb Serbiens zu schützen, sondern um ein „Großserbien“ zu schaffen und sein Staatsgebiet zu vergrößern. Frankreich übernehme nur die serbische Propaganda und würde daraus folgend eine neutrale Position einnehmen, anstatt Serbien eindeutig als Aggressor zu verurteilen, was letzterem zugute kommt, da seine überlegene Position durch die ausbleibende Einmischung von außen gewahrt bleibt.<sup>30</sup>

Die staatliche französische Außenpolitik wurde quasi vom Präsidenten verkörpert, da dieser verfassungsgemäß weitreichende diplomatische sowie auch militärische Befugnisse hatte.

Ronald Hatto verfasste ein ausführliches Werk über die französisch-amerikanischen Beziehungen während des Krieges in Ex-Jugoslawien und befand, dass Mitterrand auch tatsächlich einen hohen Einfluss auf die französische Jugoslawienpolitik hatte.

Dieser blieb bei seiner historisch bedingten Linie, was durch aussagekräftige Zitate wie *N'ajoutons pas la guerre à la guerre* [fügen wir dem Krieg nicht den Krieg hinzu] und *Moi vivant, jamais, et vous m'avez bien entendu, jamais la France fera la guerre à la Serbie* [Solange ich lebe wird Frankreich nie und Sie haben mich richtig verstanden, nie gegen Serbien Krieg führen] öffentlich bekräftigt wurde.<sup>31</sup>

Wie jedoch agierten die anderen Akteure? Mitterrands Ansichten waren innerhalb Frankreichs durchaus umstritten. Ein Beispiel ist der Besuch Mitterrands in Sarajevo

---

<sup>30</sup> CANIVEZ, Patrice: Widersprüche und Defizite der französischen Jugoslawienpolitik, in: MAULL/MEIMETH/NESSHÖVER: Die verhinderte Großmacht, 1997, S. 178f

<sup>31</sup> HATTO, Roland, Les relations franco-américaines à l'épreuve de la guerre en ex-Yougoslavie, 2006, S. 78ff

1992. Ein diplomatischer Fauxpas, da dieser nicht mit den übrigen Mächten abgesprochen war. Er wollte damit jedoch nicht den Amerikanern die Show stehlen, um die Führung im Krisenmanagement zu übernehmen, die Motivation kam vielmehr aus der Innenpolitik. Die starke Rolle als Entscheidungsträger, die der Präsident hatte, projizierte auch den öffentlichen Druck, der durch die Berichte über die Lage in Bosnien ausgelöst wurde, auf seine Person. Er ließ sich deshalb auch nicht von Außenminister Dumas, sondern von Humanitätsminister Kouchner begleiten. Der Besuch sollte also eher demonstrieren, dass Frankreich nicht zuschaut, wenn Unrecht geschieht und jene Bewegungen, die ein stärkeres militärisches Engagement forderten, beruhigen.<sup>32</sup> Die konkrete Politik hingegen blieb gleich. Daran änderte auch die Stimmungslage in der Bevölkerung vorläufig nichts. 61% der Befragten 1992 und 70% 1993 sprachen sich für eine militärische Intervention aus. Das Engagement der eigenen Regierung wurde insgesamt als unzureichend empfunden, um dem Konflikt erfolgreich entgegenzutreten. Mitterrand argumentierte vor allem, dass Frankreich alleine zu wenig ausrichten kann, ging aber von dieser Position auch nicht ab, als die USA vorschlugen, bosnisch-serbische Stellungen zu bombardieren und das Embargo gegen die Muslime aufzuheben, was innerhalb Frankreichs eine öffentliche Diskussion auslöste.<sup>33</sup>

Die Akteure der Innenpolitik und die „öffentliche Meinung“ gaben der Regierung Mitterrand also keine Legitimation, was diesen zwar zu Zugeständnissen zwang, aber im Kern keine direkte Änderung bewirkte. Das bisher eher neutrale französische Engagement wurde mit der Ermöglichung humanitärer Hilfe und der Eindämmung des Konfliktes begründet.<sup>34</sup>

Nach außen hin waren aufgrund der Auffassungsunterschiede mit Deutschland gemeinsame Aktionen der EG unglaublich, was auch in Belgrad registriert wurde. Der Plan sich an die Spitze einer europäischen Lösung zu stellen wurde also vorerst aufgegeben, um einer Einbindung der Vereinten Nationen Platz zu machen. Ein geschickter Zug, wie Koslowski meint, da sich Frankreich als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates einfach über die deutschen Interessen hinwegsetzen konnte und gleichzeitig eigenmächtige Aktionen der NATO unmöglich waren.<sup>35</sup> Damals war davon auszugehen, dass ein Militäreinsatz der NATO an ein Mandat des Sicherheitsrates

---

<sup>32</sup> HATTO, 2006, s. 108ff

<sup>33</sup> LA BALME, Natalie: *Partir en guerre - Décideurs et politiques face à l'opinion publique*, 2002, s. 58f

<sup>34</sup> ANDRÉ/LAMY: *Rapport d'information Nr 3413 sur les événements de Srebrenica*, 2001, s. 120f

<sup>35</sup> KOSLOWSKI, 1995, s. 88f

gebunden ist. Allerdings mussten die gegensätzlichen Interessen der USA und Russlands berücksichtigt werden, was, vorausgesetzt eine gemeinsame Position wird gefunden, dieser wiederum mehr Gewicht verlieh. Über die UNO konnten bereits im Februar 1992 internationale Friedenstruppen nach Kroatien entsandt werden. Ab Juni wurde der Einsatz auf Bosnien-Herzegowina ausgeweitet. Die „UNPROFOR“ (UN-protection force) sollte humanitäre Hilfe ermöglichen und hatte die Aufgabe etwaige Waffenstillstandsabkommen und das Flugverbot über Bosnien und Herzegowina zu überwachen.<sup>36</sup> Der UNPROFOR-Einsatz war das Flaggschiff Frankreichs in diesem Konflikt. Dadurch, dass es das stärkste Kontingent unterhielt, konnte es sich maßgeblichen Gestaltungsspielraum in der weiteren Konfliktvermittlung sichern und bis Jänner 1994 auch den Oberkommandierenden stellen. Einzig Großbritannien war als zweite europäische Macht relativ prominent vertreten. Ein gemeinsam ausgearbeiteter Friedensplan, der Vance-Owen-Plan, scheiterte 1993 am alleinigen Widerstand der bosnischen Serben, nachdem bereits alle Beteiligten, inklusive Serbien, zugestimmt hatten. In weiterer Folge richtete die UNO, von der Initiative Frankreichs ausgehend, an mehreren Orten in Bosnien so genannte „Schutzzonen“ ein. Ausgangspunkt war eine Aktion von General Philippe Morillon, dem es gelang in die Enklave Srebrenica zu kommen und den Eingeschlossenen den Schutz der UNO zuzusichern. Die französische Strategie setzte sich gegen den amerikanischen „Lift-and-strike“-Vorschlag durch, der eine Aufhebung des Waffenembargos gegen die bosnischen Muslime und Luftschläge gegen die bosnischen Serben vorsah. Krieg, vornehmlich aus der Luft geführt, hätte die UNO-Soldaten am Boden gefährdet und den Einfluss auf das weitere Geschehen viel stärker den Amerikanern überlassen. Ein Bericht zu den Ereignissen in Srebrenica im Auftrag der französischen Nationalversammlung kritisiert die Vorgehensweise Morillons als schweren Fehler, da er der eingekesselten Zivilbevölkerung falsche Hoffnungen machte.<sup>37</sup> Entsprechende Maßnahmen zur erfolgreichen Umsetzung des Versprechens blieben nämlich aus.

---

<sup>36</sup> Department of public information, united nations: United Nations Protection Force, 1996

<sup>37</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 17ff

Die Kommission schloss aus den Umständen unter denen die Initiative der Schaffung von Schutzzonen entstanden ist:

*«(...) il faut proposer quelque chose, puisqu'on ne peut pas se contenter de s'opposer aux initiatives américaines, (...)»<sup>38</sup>*

[wir müssen etwas vorschlagen, da wir uns nicht damit begnügen können uns gegen die Initiativen der Amerikaner zu stellen]

Weiters erklärt sie in Bezug auf die Aufgaben, welche die UNO in diesen Schutzzonen übernehmen sollte, dass es sowohl in Paris als auch in den anderen Hauptstädten klar war, dass die notwendigen Mittel nicht aufzutreiben waren und dass aus diesem Grund in Srebrenica auch nur 600 Soldaten stationiert wurden. Diese aus den Niederlanden stammenden Blauhelme verhinderten ebenso wenig wie die Armee der bosnischen Muslime den Einmarsch der bosnischen Serben unter Mladic im Juni 1995. Die serbischen Milizen schienen so viele Männer wie möglich ermorden zu wollen. Ein Ereignis, welches als Massaker von Srebrenica in die Geschichte einging. Der Bericht zeigt in seinem Versuch einer Rekonstruktion der Ereignisse, dass weder die Soldaten vor Ort noch die Verantwortlichen in der Kommandantur der Streitkräfte gewillt waren, die serbische Übernahme der Stadt zu verhindern, obwohl eine entschlossene Vorgangsweise sowohl durch die stationierten Bodentruppen als auch durch die Luftstreitkräfte die Katastrophe verhindern hätte können.<sup>39</sup> Alain Juppé, Außenminister von März 1993 bis Mai 1995 half den Autoren mit dem Schlussstatement zu ihren Ausführungen über die Schutzzonen:

*«Si Srebrenica était une zone de sécurité, ce qui hélas n'a pas évité le massacre, c'est parce que nous l'avions voulu»<sup>40</sup>*

[Wenn Srebrenica eine Schutzzone war, was leider das Massaker nicht verhindert hat, ist das deshalb so, weil wir es gewollt hatten]

In jedem Fall eine bemerkenswerte Aussage, fragt sich nur, auf wen Juppé hier das „wir“ bezieht. Im Text wird es schon gerne in Bezug auf Frankreich verwendet, der

---

<sup>38</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 123

<sup>39</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 40ff

<sup>40</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 123

Kontext seines Zitates lässt jedoch auch den Schluss zu, dass er es auf alle Staaten die an der internationalen Vermittlung des Konfliktes beteiligt waren, erweitert.

Frankreich war auch unter einem anderen Aspekt in die Entwicklung der Ereignisse eingebunden, da ein Franzose, General Janvier, für die Anordnung der Luftangriffe zuständig war, was erst zwei Tage nach der Anforderung durch den lokalen Kommandanten in Form eines vereinzelt Luftangriff geschah.<sup>41</sup>

Die Kritik an der französischen Politik im Falle Srebrenica bezieht sich einerseits auf die strikte Priorität die Belagerung der bosnischen Hauptstadt Sarajevo aufzuheben, andererseits auf die Informationsstrukturen des Krisenmanagements. Es dauerte ewig bis die Informationen über die Vorgänge in Srebrenica die französischen Behörden erreicht hatten, also die offiziellen Kommandostrukturen hinaufgewandert waren. Die Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten war schlecht.<sup>42</sup>

Mutmaßungen über eventuelle Absprachen zwischen Franzosen und Serben existierten ebenfalls. Eine Abmachung von Mladic und Janvier bei einem ihrer Zusammentreffen am 4. Juni 1995, welches die sofortige Freilassung der französischen Geiseln und die Einstellung der Luftangriffe der NATO gegen bosnisch serbische Stellungen und das Gebiet der Republika Srpska im Gegenzug beinhaltete, wird trotz der Feststellung, dass Mladic ein solches Angebot gemacht hat, von den Autoren des parlamentarischen Berichtes als höchst unwahrscheinlich eingestuft. Die französischen Geiseln waren teils vor, teils nach besagtem Treffen freigelassen worden. Zum relevanten Zeitpunkt, am 9. Juli, befanden sich gar keine französischen Soldaten in serbischer Gefangenschaft. Janviers Vorgesetzte dementierten jegliche Initiative in diese Richtung. Die generell ablehnende Haltung Frankreichs gegenüber dem Einsatz der Luftwaffe wird ebenfalls als möglicher Grund genannt, obwohl davor sehr wohl Einsätze der Luftstreitkräfte stattgefunden hatten, die allerdings die erwünschten Ziele nicht erreichten.<sup>43</sup> General Janvier stand nach dem Fall der Enklave Srebrenica zu seiner Entscheidung keine Luftangriffe angeordnet zu haben, da die UN-Mission den Charakter einer Friedens- und keiner Kriegsmision hatte. Im Elysee griff zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits eine andere Politik Platz.<sup>44</sup> Seit Mai 1995 war die neue Regierung unter der Präsidentschaft des so genannten Neo-Gaullisten Jacques Chirac im Amt. Der Wechsel an der Spitze des französischen Staates schien tief greifende Auswirkungen auf dessen Politik

---

<sup>41</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 130f

<sup>42</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 125ff

<sup>43</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 132ff

<sup>44</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 140f

gegenüber den Entwicklungen in Jugoslawien zu haben. Galt die Politik Mitterrands als sehr voreingenommen und tendenziös pro-serbisch, so wurde von Chirac eher das Gegenteil behauptet.

In seiner Rede an die Nation am 14. Juli 1995 sind die Folgen Srebrenicas und die neue Position Frankreichs eindeutig erkennbar:

*«Alors, j'ai proposé, face à une certaine impuissance - je dirais un peu congénitale de l'ONU, je n'attaque personne là ! (...) de reprendre l'enclave de Srebrenica»<sup>45</sup>*

[Also schlug ich vor, konfrontiert mit einer gewissen Machtlosigkeit – die der UNO ein wenig angeboren ist, wobei ich hierbei niemanden beschuldige! die Enklave Srebrenica zurückzuerobern]

Zum einen kommt damit klar zum Ausdruck, dass der französische Präsident die UNO nicht als geeignetes Mittel sieht, um eine Lösung herbeizuführen, zum anderen demonstriert er die Entschlossenheit Frankreichs militärisch gegen die bosnischen Serben vorzugehen. In Abstimmung mit seinen „Partnern“ natürlich, wie er ebenfalls noch erwähnt. Eine Aktion zur Eroberung Srebrenicas fand dennoch nicht statt. Die Gründe für diesen fundamentalen Wandel sind vielschichtig. Der französische Autor und Balkanspezialist Pierre Béhar analysierte, dass Mitterrand einfach einer älteren Generation angehörte, für den die Erhaltung der Friedensordnung von Versailles nach dem ersten Weltkrieg mit Jugoslawien als Block, der den deutschen Einfluss begrenzen sollte, als Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Europa galt. Béhar selbst vertritt die Ansicht, dass die Politik Chiracs zur Beendigung des Konfliktes beigetragen hatte, da er seinen Soldaten erlaubte, ihre Waffen zu gebrauchen.<sup>46</sup>

Christophe Pradier hingegen sah Mitterrand in dieser Hinsicht auch in seiner Rolle als Sozialist und als Vertreter des „3. Weges“ zwischen Kommunismus, sowjetischer Prägung und Kapitalismus amerikanischer Prägung, den sowohl Frankreich als auch Jugoslawien für sich beanspruchten.<sup>47</sup> Diese Einschätzung trifft jedoch wenn, dann nur auf die Phase des Konflikts zu, als es um die Anerkennung von Slowenien und Kroatien ging. Die Sowjetunion zerfiel kurz nach dem Ausbruch des Krieges und auch Frankreich musste sich einen neuen Weg suchen, wofür es noch ein beträchtliches Quantum Zeit in Anspruch nahm.

<sup>45</sup> Point de presse de M. Jacques Chirac à l'occasion de la fête national, Paris, 14 juillet 1995

<sup>46</sup> Interview mit Pierre Béhar in Wien am 12.02.2008

<sup>47</sup> Interview mit Christophe Pradier, 16.05.2008, in Pristina

Guillaume de Plinval hatte ein durchaus praktischeres Argument parat. Frei übersetzt meinte er auf die Frage, ob die traditionelle französisch-serbische Freundschaft einen Einfluss auf die französische Außenpolitik in der Region hatte, dass die Freundschaft und die Tradition mit Serbien einem ziemlich egal sind, wenn deren Granaten auf die eigenen Stellungen hereinprasseln.<sup>48</sup> Mit dieser Erklärung liegt er jener der Abgeordneten des Assemblée Nationale am nächsten. Diese sehen ebenfalls eine weniger ideell motivierte Entscheidung, sondern vielmehr eine Reaktion auf die Geiselnahmen durch die serbische Seite und das generell aggressive und respektlose Verhalten gegenüber der UNO. Diese neue Ausrichtung wurde mit dem Aufbau einer „schnellen Eingreiftruppe“, welche für das Kriegsgebiet vorgesehen war, bekräftigt.<sup>49</sup> Verbunden war dieser Politikwechsel natürlich mit der Einsicht, dass die UN alleine keine Beendigung der Krise bewirken konnten, was zu einer Hinwendung zur NATO und damit zu den USA führte. Frankreichs Ziel war es, sich wieder stärker in die militärischen Strukturen der NATO zu integrieren und einen europäischen Pfeiler innerhalb der Organisation aufzubauen, welcher auch ohne die Amerikaner Handlungsfähigkeit besitzen sollte und damit die eigentlichen Aufgaben der WEU übernehme. Zu diesem Zwecke wurde von der Regierung Balladur eine Stabilitätskonferenz einberufen um eine gemeinsame Strategie in Bezug auf die Konfliktregionen, aber auch auf die ehemaligen Satelliten der Sowjetunion zu entwickeln. Es galt dabei im Besonderen zu verhindern, dass Deutschland sich zu stark nach Osten orientiert und die westeuropäische Integration vernachlässigt.<sup>50</sup> Die NATO griff nun also massiv auf der Seite der US-unterstützten Föderation, der Allianz aus Kroaten und Muslimen in Bosnien ein. Ein Angebot an Frankreich, über ein derartiges Bündnis die Schirmherrschaft zu übernehmen, wurde noch 1994 von Mitterrand abgelehnt.<sup>51</sup> Die Serben waren der gegnerischen Übermacht nun nicht mehr gewachsen. Zu leiden hatten darunter besonders die Zivilisten und Zivilistinnen. Im November 1995 einigte man sich in Dayton auf einen Waffenstillstand, unterzeichnet wurde dieser feierlich in Paris.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Interview mit Guillaume de Plinval, 18.05.2008, in Film City (KFOR-Hauptquartier)

<sup>49</sup> ANDRÉ/LAMY, 2001, s. 124

<sup>50</sup> KOSLOWSKI, 1995, s. 98ff

<sup>51</sup> HATTO, 2006, s. 78ff

<sup>52</sup> JÄGER/MATTENSCHLAGER/MEDER: Dokumentation der Datenbasis der „Bosnien-Studie“ im „Journalism in the new world order“ Projekt, s. 8f,  
[http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/1999/331/pdf/331\\_1.pdf](http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/1999/331/pdf/331_1.pdf), 30.11.2009

Es ist offensichtlich, dass die beiden Mächte, Frankreich und USA, durch die Auswahl der Orte des Friedensabkommens ihren symbolischen Anspruch auf das Zustandekommen desselben manifestieren wollen. Die Geschichte wird wohl das amerikanische Engagement als die entscheidende Komponente anerkennen.

Insgesamt hat Frankreich nach der Analyse von Koslowski dennoch strategisch sehr effektiv gehandelt. Es sei gelungen sich durch das stärkste militärische und humanitäre Engagement als führende Macht der europäischen Sicherheitsarchitektur zu profilieren und Deutschland weiterhin an sich zu binden. Die multilateralen Institutionen, welche Frankreich für geeignet hielt, wurden zur gemeinsamen Konfliktlösung herangezogen und den Anforderungen der Umstände wurde bei der Auswahl Rechnung getragen. Koslowski hält jedoch fest, dass die bilateralen Initiativen Frankreichs keine nennenswerten Erfolge brachten und dass Frankreich ohne die Einbeziehung der europäischen und transatlantischen Partner nur sehr eingeschränkt handlungsfähig war.<sup>53</sup> Frankreich versuchte also in den ersten drei Jahren des Konfliktes sowohl mit bilateralen, hauptsächlich jedoch mit multilateralen Methoden eine exponierte Funktion innerhalb der internationalen Vermittlung einzunehmen. Die UNO zeigte sich weniger als eigenständig agierende Organisation, sondern vielmehr als ausführendes Organ der dominanten Nationalstaaten, die darin vertreten waren, mit kaum wahrnehmbaren Erfolgen. Das humanitäre Engagement, das sie ermöglichte, brachte den Staatschefs eine innenpolitische Entlastung. Humanität war nun auf dem Weg der „Nationalität“, wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts gesehen wurde, als kriegslegitimierendes Konzept den Rang abzulaufen.

### **3.3. Kosovo-Krise, die Macht der Medien und die internationale Konfliktvermittlung**

Der Konflikt im Kosovo hat eine Jahrhunderte lange Geschichte, welche von den Konfliktparteien albanischer und serbischer Nationalität gerne zur Legitimation der eigenen Position verwendet wird und dadurch auch häufig Verzerrungen ausgesetzt ist. Verschiedene Autoren haben sich dem Thema bereits gewidmet. Ein österreichischer Standpunkt ist Petritsch<sup>54</sup>, ein französischer ist Jean-Arnaud Derens.<sup>55</sup> Ein Weiterer,

---

<sup>53</sup> KOSLOWSKI, 1995, s. 106ff

<sup>54</sup> PETRITSCH, Wolfgang: Kosovo/Kosova, der lange Weg zum Frieden, Wieser, Klagenfurt, 2005

<sup>55</sup> DERENS, Jean Arnaud/GESLIN, Laurent: Comprendre les Balkans, Editions Non Lieu, Paris, 2007

Pierre Béhar widmet sich den Spuren, die die großen Balkanreiche hinterlassen haben, die Albaner stehen dabei in der Tradition des Osmanischen Reiches, die Serben in jener Russlands.<sup>56</sup> Einige Blitzlichter, wie die gewaltsame Annexion des Kosovo durch Serbien 1912, die Teilnahme albanischer Freiwilliger in der SS-Division Skanderberg während des 2. Weltkrieges und schließlich die umstrittene Aufhebung der Autonomie des Kosovo durch die Regierung Milosevics, zeigen die konfliktreiche Geschichte von muslimischen Albanern und orthodoxen Serben. Im Gegensatz zu Bosnien, lebten die ethnischen Gruppen tatsächlich in Parallelgesellschaften. Widerstand gegen die Politik Milosevics formierte sich zunächst gewaltlos um die Leitfigur Ibrahim Rugova. Ab Mitte der 90er trat die UCK erfolgreich als gewaltbereite Alternative auf. Die Guerilla lieferten sich zahlreiche Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, die vorerst im so genannten Drenica Massaker im Frühjahr 1998 gipfelten, bei dem in etwa 20 Menschen ums Leben gekommen sein dürften. Wie in den meisten derartigen Fällen gab Serbien an, nur Terroristen zu bekämpfen und die albanische Seite meinte, ausschließlich zivile Opfer beklagen zu müssen. Der Startpunkt einer „Internationalisierung“ des Konfliktes war jedenfalls gesetzt.

Die staatliche Außenpolitik Frankreichs war in der Phase bis zu Kriegsbeginn 1999 von einer gewissen Inkohärenz geprägt. Die anderen laut Spinnennetztheorie relevanten Akteure innerhalb Frankreichs, also zivilgesellschaftliche Akteure, Unternehmen und politische Parteien nehmen mit Ausnahme der Medien in den meisten bekannten Analysen keine nennenswerte Rolle ein. Obwohl der Fokus der Arbeit, wie bereits im 1. Kapitel beschrieben, darauf liegt, die Handlungen der französischen Akteure nach außen zu betrachten, wird dennoch kurz auf die Rolle der „öffentlichen Meinung“ eingegangen, da diese oft Anlass für die Handlungen der staatlichen Außenpolitik bietet, wie das Beispiel der Reise Mitterrands nach Sarajevo im Kapitel über den Bosnienkrieg bereits zeigte. Nun aber folgt eine Skizzierung der Positionen der französischen Regierung. Direkt nach dem „Drenica-Massaker“ im Februar 1998 vertrat Frankreich im Gegensatz zu den USA und Deutschland eine moderatere Haltung gegenüber Serbien.<sup>57</sup> Im April jedoch entschied man sich den „westlichen Block“ der Kontaktgruppe zu unterstützen, sodass nur noch Russland Sanktionen gegen Belgrad verweigerte. Frankreich blieb bis Juli auf dieser Linie und entschied sich dann eine gemeinsame Verhandlungsinitiative mit Deutschland zu starten, die jedoch von den

<sup>56</sup> BÉHAR, Pierre: Vestiges d’empires, Editions Desjonquères, 1999, Paris

<sup>57</sup> FRIEDRICH, Roland: Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2005, S.37

USA unterwandert wurde. Eine koordinierte europäische Position kristallisierte sich im weiteren Verlauf des Konflikts nicht heraus. Im Oktober wuchs der amerikanische Druck und Deutschland sprach sich für, Frankreich gegen ein Ultimatum an Belgrad aus. Frankreich bestand auf die Einbindung Russlands.<sup>58</sup> Dennoch stimmte Frankreich offensichtlich, so wie alle anderen NATO-Mitglieder, für die *activation order*, also den Angriffsbefehl gegen Serbien. Der NATO-Rat stimmt in solchen Fragen mit dem Einstimmigkeitsprinzip ab.<sup>59</sup> Zum offenen Krieg kam es vorerst dennoch nicht, Serbien stimmte der Stationierung von 2000 unbewaffneten OSZE-Beobachtern im Kosovo zu. Frankreich übernahm im Zuge dessen das Kommando über die *extraction force* in Mazedonien. Die *extraction force* war eine internationale Eingreiftruppe, die in Mazedonien, an der Grenze zum Kosovo stationiert wurde. In einer gefährlichen Lage sollten die Soldaten die unbewaffneten OSZE-Verifikateure aus dem Kosovo evakuieren. Zusätzlich sollte mit der Stationierung fremder Truppen an der Grenze zu serbischem Territorium eine drohende Wirkung gegenüber der Belgrader Regierung erzielt werden. Überraschenderweise bewirkte Frankreich, dass die Soldaten formell nur mit Zustimmung von Belgrad intervenieren durften. Deutschland deklarierte daraufhin, dass es nicht vorhabe dieser Regelung nachzukommen. Die Verifikationsmission der OSZE lief jedoch nie im geplanten Ausmaß an. Die Bereitstellung von Ressourcen, Personal und Material ging schleppend voran und die Chance in einer entscheidenden Phase des Konfliktes internationale Präsenz zu zeigen, wurde nicht genutzt. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Mission standen im Verdacht der Spionage, der für einige unter ihnen vermutlich gerechtfertigt war. Der Leiter der Mission, William Walker, hatte alles andere als einen guten Draht zur Regierung in Belgrad. Der politische Wille die OSZE-Mission erfolgreich werden zu lassen scheint bei den beteiligten Mächten, also auch bei Frankreich, nicht vorhanden gewesen zu sein.

Das so genannte „Massaker von Racak“, bei dem es immer noch umstritten ist, ob es sich um eine Inszenierung handelt, führte zur Konferenz von Rambouillet, die jedoch abgebrochen wurde, was Luftangriffe gegen Restjugoslawien zur Folge hatte. Rouleau, ein Journalist, der in der „Monde Diplomatique“ darüber schrieb, kritisierte den

---

<sup>58</sup> STAHL, Bernhard: Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen, Nomos, Baden-Baden, 2006, S. 195

<sup>59</sup> «Politique du consensus et prise de decisions commun», <http://www.nato.int/docu/manuel/2001/hb0702f.htm>, 10.11.2007

Rückzug der Mission und den Krieg. Er zitierte einen französischen Mitarbeiter der OSZE, der vor dem Abzug der Beobachter die Lage als ruhig betrachtete.<sup>60</sup>

Sein deutscher Kollege Heinz Loquai, der ebenfalls an der Mission teilnahm, schätzte die Lage ähnlich ein. Er wird in „Kriegslügen“, einem kritischen Buch von Jürgen Elsässer, zitiert.<sup>61</sup>

Loquai beschrieb jedoch auch selbst seine Erfahrungen als deutscher General innerhalb der OSZE-Mission im Kosovo und kritisierte die Entscheidung der deutschen Regierung sich am Krieg zu beteiligen scharf.<sup>62</sup>

Die Rambouillet Verhandlungen unter französisch-britischem Vorsitz ließen keine eindeutige französische Linie erkennen. Die Unterstützung Deutschlands wurde durch ein gewisses Misstrauen zur neuen Rot-Grünen Regierung getrübt, auf eine Einbindung Russlands und ein UN-Mandat wurde lange Zeit bestanden, dann wurde das grüne Licht für Luftangriffe im Einklang mit den Amerikanern überraschend schnell erteilt.<sup>63</sup>

Rouleau kritisierte auch in diesem Zusammenhang das französische Vorgehen. Das „militärtechnische Übereinkommen“, das der serbischen Delegation im Zuge der Verhandlungen vorgelegt wurde war de facto unannehmbar, da es eine Besetzung ganz Serbiens durch die NATO vorsah. Der Wille eine friedliche Lösung einer kriegerischen vorzuziehen, war daher nicht zu erkennen. Genauere Informationen über das Verhalten der französischen Delegation im Entscheidungsprozess sind leider nicht vorhanden. Kritisiert wird jedoch, dass die Entscheidung ohne Einbezug des Parlaments getroffen wurde und der Öffentlichkeit wesentliche Dokumente, wie der OSZE Abschlussbericht sowie das militärtechnische Übereinkommen, vorenthalten wurden.<sup>64</sup> Das Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien wurde schließlich 78 Tage lang bombardiert, ein weitaus längerer Zeitraum als sich das die Strategen der NATO vorgestellt hatten. Frankreich stellte, allerdings weit hinter den USA, die meisten Ressourcen der übrigen beteiligten Länder zur Verfügung. Serbien stimmte schließlich dem Rückzug seiner Truppen aus dem Kosovo und der Stationierung einer internationalen Friedenstruppe samt ziviler Verwaltung zu. Ein Unentschieden, wie Rouleau betont, die NATO wollte ja schließlich ganz Jugoslawien.<sup>65</sup>

---

<sup>60</sup> ROULEAU, Eric: French diplomacy adrift in Kosovo, *le monde diplomatique*, december 1999

<sup>61</sup> ELSÄSSER, Jürgen: *Kriegslügen*, Kai Homilius, Berlin, 2004, S. 99f

<sup>62</sup> LOQUAI, Heinz: *Weichenstellungen für einen Krieg*, Nomos, 2003, Baden-Baden

<sup>63</sup> STAHL, 2006, S 200

<sup>64</sup> ROULEAU, 1999

<sup>65</sup> ROULEAU, 1999

In einem seiner Artikel kritisierte Nicolas Pelissier die Operationen am Balkan, da diese den serbischen Streitkräften kaum Schaden zufügten, jedoch beträchtliche Verluste unter der Zivilbevölkerung und vielfach die Zerstörung fundamentaler Infrastruktur nach sich zogen. Ethnische Säuberungen gegen die albanische Bevölkerung fanden erst nach dem Beginn der Bombenangriffe in hoher Intensität statt. Nach deren Ende waren Serben sowie Roma von Vertreibungen aus dem Kosovo betroffen.<sup>66</sup> Der Journalist Régis Debray kritisierte nach einer Balkan-Reise im Mai 1999 ebenfalls die offenkundige Bombardierung ziviler Ziele, deren Folgen er selbst bezeugen konnte: Tote, zerstörte Wohnhäuser, Schulen und Fabriken. Er ging davon aus, dass die Militäraktion strategische und nicht humanitäre Ziele verfolgte.<sup>67</sup>

Rouleau sieht im Gegensatz zu den anderen Autoren und Interviewpartnern den markanten Schwenk in der französischen Außenpolitik am Balkan an dieser Stelle vollzogen:

*„The guidelines laid down by President François Mitterrand at the onset of the Yugoslav crisis, which were subsequently followed by President Jacques Chirac and all French governments of the left or right, were clear enough: to "avoid adding war to war" in a region where inter-ethnic conflict forbids taking sides; to involve Russia as an inevitable party to any action in the Balkans, where its moderating influence is vital; to act with the explicit consent of the UN Security Council so as to counter Nato's tendency to invade all areas of decision-making at the expense of the European Union”.*<sup>68</sup>

Diese Grundsätze hatten mit den Militäreinsätzen ohne UN-Mandat ausgedient. Rouleau ist auch einer der wenigen Autoren, die die strategische Situation als wesentlich bezeichnen und auf reiche Vorkommen an Magnesium, Nickel, Zink und Blei in der Region hinweisen.

Insgesamt hat Frankreich durchaus wesentlich an dem Prozess, der zum Krieg gegen Jugoslawien führte, mitgewirkt. Durch seine Mitgliedschaft und sein Gewicht in allen internationalen Institutionen, die involviert waren hatte es stetig Einfluss auf die Position der „internationalen Gemeinschaft“. Unter diesen Institutionen sind EU,

---

<sup>66</sup> PELISSIER, Nicolas: L'information en guerre: Les médias français et le conflit du Kosovo in: *Annuaire Français des Relations Internationales* I, 1 (2000) s. 206-225

<sup>67</sup> DEBRAY, Régis: *Lettre d'un voyageur au président de la république*, 1999

<sup>68</sup> ROULEAU, 1999

NATO, Kontaktgruppe, UNO und OSZE. Ansonsten traf diese Eigenschaft nur auf Großbritannien zu. Dieses war allerdings in der Mehrheit der strittigen Fragen auf der Seite der USA. Frankreich versuchte häufig eine Gegenposition zu formulieren und damit andere Staaten um sich zu scharen. Sein Ziel war es ja weiterhin die Spitze einer europäischen Verteidigungsarchitektur zu sein. Teilweise wurde die institutionelle multilaterale Doktrin jedoch auch unterwandert, wie zum Beispiel der „Überraschungsbesuch“ von USA, Frankreich und Großbritannien in Belgrad während der Verhandlungen von Rambouillet, der weder mit dem deutschen Außenminister Fischer noch mit dem EU-Beauftragten Petritsch abgesprochen war, zeigte. Schließlich überrascht es, dass Frankreich nach dem offiziellen Scheitern der Verhandlungen ohne zu zögern auf die Linie der USA einschwenkte und diese bei ihrer Luftkriegs-Kampagne am stärksten unterstützte. Ohne zu wissen wie die Kontakte zwischen Paris und Belgrad im informellen Bereich aussahen, hatte auch diese Strategie einen entscheidenden Nachteil. Die mäßigende Wirkung, die Frankreich zweifelsfrei immer wieder auf die US-amerikanischen Vorstöße ausübte, könnten in Belgrad durchaus berechnete Hoffnungen geweckt haben, dass Frankreich in letzter Sekunde die Luftangriffe verhindern könnte. Chirac beteuerte öffentlich, dass nur die Beteiligung am Krieg für Frankreich die Möglichkeit eröffnet den Konfliktverlauf mitzugestalten. Rouleau meinte, Versuche von französischer Seite zu erkennen, die Amerikaner davon zu überzeugen keine zivilen Ziele anzugreifen, was in Ausnahmefällen sogar gelungen sein soll.<sup>69</sup> Dennoch scheint es nahe liegender, dass das französische Interesse viel stärker in der Mitgestaltung der Nachkriegsordnung stand. Für die weitere Betrachtung der Gründe für den Kriegseintritt Frankreichs ist es jedoch wesentlich festzuhalten, dass ein außenpolitischer Druck existierte und Einfluss auf die Entscheidungen der französischen Strategen nahm.

Das Militär, welches ja als staatlicher außenpolitischer Akteur über eigene Struktur verfügt, ist in die diplomatischen Entscheidungen wohl kaum eingebunden. Zumindest sollte es in demokratischen Strukturen so sein. Involviert wurde es erst als die OSZE-Mission anließ. Das einzige auffällige Element, das es über das Militär in dieser Phase zu berichten gibt, ist die Affäre um den französischen Geheimdienstoffizier Bunel. Der NATO-Offizier hatte, nach eigenen Angaben, aus humanitären Motiven vor der Militärintervention geheime militärische Unterlagen an Serbien weitergegeben und

---

<sup>69</sup> ROULEAU, 1999

wurde dafür von einem französischen Militärgericht zu 2 Jahren Haft verurteilt. Er bestritt eine „pro-serbische“ Motivation und unterstützte die Sichtweise Rouleaus, dass die NATO den Krieg von langer Hand geplant habe und für Alternativen grundsätzlich kein Interesse gezeigt hätte.<sup>70</sup>

Er gibt jedoch im Interview mit Jean Chichizola vom „Figaro“ an, die Unterlagen auf Befehl von oben hin weitergegeben zu haben.<sup>71</sup> Francis Dubois und Frank Stuart beschreiben in einem Artikel auf der World Socialist Web-site, dass sie davon ausgehen, dass Bunel im Auftrag serbophiler Kreise gehandelt hat.<sup>72</sup> Genauere Informationen darüber, wer diese Kreise sein sollen existieren zwar nicht, es ist jedoch festzustellen, dass Mutmaßungen in diese Richtung existieren.

Die nichtstaatlichen Akteure haben im Gegensatz dazu am ehesten die Möglichkeit über die Bildung einer „Öffentlichen Meinung“ Einfluss auf die Politik der Regierung zu nehmen, da diese stets darauf bedacht ist, dass ihre Politik von der öffentlichen Meinung als positiv wahrgenommen wird und darauf hofft, dass dies bei den nächsten Wahlen auch berücksichtigt wird. Natalie La Balme widmet dem Thema Krieg und öffentliche Meinung ein ausführliches Werk. Sie konstatiert ein gestiegenes Interesse an Außenpolitik und dabei besonders an militärischen Interventionen im Ausland sowie eine stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema in Frankreich nach 1989. Mobilisation findet jedoch kaum statt und bei Wahlen spielt Außenpolitik eine untergeordnete Rolle bei der Entscheidungsfindung, was unter anderem durch den gescheiterten Versuch der Liste „L'Europe commence à Sarajevo“ bei den EU-Parlamentswahlen 1994 die Aufmerksamkeit auf das Thema Jugoslawienkrieg zu lenken, belegt ist.<sup>73</sup> Da also Mobilisierungen zu Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Formen von Aktivismus auf der Straße in außenpolitischen Fragen geringere Bedeutung haben, steigt die Relevanz von Medien. Diese werden von der Regierung laut La Balme als Info-Kanäle in beide Richtungen genutzt um (Des)Informationen zu verbreiten und Stimmungen durch Umfragen aufzunehmen.<sup>74</sup> Die grundsätzliche Frage, ob nun die Politik von den Medien oder die Medien von der Politik stärker abhängig ist,

---

<sup>70</sup> STANGL, Angelika: Der Kosovokrieg im Spiegel der französischen und serbischen Presse, S. 19

<sup>71</sup> CHICHIZOLA, Jean: Pierre-Henri Bunel, l'espion français dans les Balkans, Le Figaro, 14.10.2007

<sup>72</sup> DUBOIS/STUART: Französischer Offizier wegen Kollaboration mit Milosevic-Regierung angeklagt, world socialist web site, 2001

<sup>73</sup> LA BALME, Natalie: Partir en guerre - Décideurs et politiques face à l'opinion publique, autrement frontières, Paris, 2002, s. 36f

<sup>74</sup> LA BALME, 2002, s. 44f

wird nicht behandelt. Mediale Berichterstattung kann jedoch durchaus eine Eigendynamik entwickeln und Informationen müssen nicht unbedingt immer im Sinne der Regierungen aufbereitet sein. Für den Verlauf der Geschehnisse entscheidend ist natürlich die Berichterstattung in den Monaten vor und während den Luftangriffen. Pelissier fällt diesbezüglich ein ernüchterndes Urteil:

*„(...) les grands médias français ont, dans leur majorité, monopolisé l'attention du public par un discours dominant, probablement peu différent de celui claironné par la communication institutionnelle de l'OTAN.“<sup>75</sup>*

[Die großen französischen Medien haben in ihrer Mehrheit die öffentliche Aufmerksamkeit auf einen dominanten Diskurs vereinigt, welcher wahrscheinlich nicht viel anders ist als das, was die Sprecher der NATO hinausposaunen]

Ausgenommen von dieser Feststellung werden dennoch eine ganze Reihe von Printmedien, darunter auch die „Monde Diplomatique“. Pelissier bemerkt weiters, dass der Grad der Mediatisierung eines Krieges im Kosovo-Konflikt zweifellos seinen Höhepunkt erreicht hat und dass auch Demokratien bewusst Desinformation einsetzen um den Kriegsverlauf in ihrem Sinne zu beeinflussen. Besonders hervorgehoben werden die sprachlichen Kreationen und Interpretationen des Geschehens, die dieser Politik entspringen. Er nennt als erste Beispiele die Deklaration des Krieges zu einem humanitären Krieg und die Festschreibung, dass Humanität über jeglichem internationalen Recht steht und dass die intervenierenden Staaten als eine Art Weltpolizei dargestellt werden, die in der „Vorstadt Europas“ eingreift.<sup>76</sup> Dazu ist zu sagen, dass die Außenbezirke vieler französischer Städte zu Problemzonen geworden sind, weil diese vielfach als Ghetto für Generationen von Migranten und Migrantinnen konzipiert wurden. Die bevorzugte Integrationsmaßnahme des früheren Innenministers Sarkozy war, die Polizei medienwirksam intervenieren zu lassen, was die Situation zwar verschärfte, jedoch eines der Motive vieler französischer Wähler und Wählerinnen darstellte, ihm bei den Präsidentschaftswahlen 2007 das Vertrauen auszusprechen. Weiters wird vom sauberen Krieg gesprochen, der mit einem chirurgischen Eingriff verglichen wird und daher kaum Todesopfer fordert, vom „demokratischen Krieg“ und von der „ethischen Säuberung“, die den ethnischen Säuberungen ein Ende bereiten soll.

---

<sup>75</sup> PELISSIER, 2000

<sup>76</sup> PELISSIER, 2000

Diese wird auch historisch begründet, indem Milosevic mit Hitler verglichen wird und davon eine moralische Verpflichtung abgeleitet wird diesen zu bekämpfen. Frankreich versucht ebenso wie Deutschland, unrühmliche Aspekte seiner Geschichte nachträglich zu korrigieren.

*«les enfants de Pétain et de la honte projettent sur l'écran yougoslave les années trente et quarante : il faut bombarder Pristina et Belgrade parce que les Alliés n'ont pas bombardé Auschwitz»<sup>77</sup>*

[Die Kinder Pétains und der Schande projizieren die dreißiger und vierziger Jahre auf die jugoslawische Bildfläche: Pristina und Belgrad müssen bombardiert werden, weil die Alliierten Auschwitz nicht bombardiert haben]

Zu lesen im „Nouvel Observateur“, einem durchaus anerkannten französischen Printmedium. Was also damals falsch gemacht wurde, soll nun richtig gemacht werden. In Serbien sah man das naturgemäß anders. Im Vordergrund stand die Erinnerung an das intensive deutsche Bombardement von Belgrad 1941. Dieser Sichtweise nach wurden die Fehler eher wiederholt als gutgemacht.

Von den Massenmedien wurden kritische Meinungen über die Kriegsführung erst nach dem Ende der Bombardierungen publiziert. Davor wurde das Bild der serbischen Täter und der albanischen Opfer weitgehend unkritisch verbreitet. Kritik, wie ein Brief von Régis Debray an den Staatspräsidenten, wurde gar mit wüsten persönlichen Angriffen beantwortet.<sup>78</sup>

Pelissier versucht Gründe für die einseitige Berichterstattung der französischen Medien zu benennen und findet sie einerseits in der Globalisierung der Informationen, die dominierende, weltweite Opinion-Leaders hervorbringt und die durch die Entstehung von globalen Medienkonzernen eine Machtkonzentration bewirkt. Andererseits ortet er einen starken Druck auf Journalisten und Journalistinnen möglichst schnell, möglichst interessante Informationen zu bringen. Dadurch verringert sich natürlich der Spielraum für eine kritische Reflexion. Die Themen rund um den Kosovo-Konflikt seien so komplex, dass eine „vulgarisation“ stattfände um einfachere Muster, die auch einfacher zu bearbeiten sind, zu schaffen und die Inhalte danach auszurichten. So wird das einmal eingespielte Muster der serbischen Täter und der albanischen Opfer immer

---

<sup>77</sup> PELISSIER, 2000

<sup>78</sup> DEBRAY, Régis: Une machine de guerre, Le Monde diplomatique, juni 1999

weitergesponnen und die Aufmerksamkeit gegenüber Meldungen, die andere Sachverhalte darstellen, sinkt.<sup>79</sup>

Den tatsächlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung lassen Umfragen aus dem Werk von La Balme erahnen. Allgemein gesehen hielten die Franzosen und Französinnen verschiedenste Gründe für gerechtfertigt um die Streitkräfte im Ausland einzusetzen. Von 93% befürwortet wurde die „Hilfe einer bedrängten Bevölkerung“. Einer der wesentlichen Beweggründe für diese Haltung wird darin gesehen, dass die Bevölkerung Frankreichs ihr Land gerne in einer aktiven Rolle bei der Erhaltung und Herstellung des Weltfriedens sah.<sup>80</sup>

Die folgerichtige Zustimmung zur Intervention im Kosovo wurde schließlich von allen befragten Kategorien unterschiedlichen Alters und Berufsstandes geteilt. 64% hätten sogar eine Bodenoffensive im Kosovo gut geheißen. Tendenziell befürworteten Sympathisanten und Sympathisantinnen von PS, UDF und RPR (heute UMP), also von Großparteien sozialistischer und konservativer Prägung und Liberalen die Interventionen besonders stark, wohingegen nationale und kommunistische Wähler gespalten sind. Ein kommunistischer Abgeordneter begründet diese Inkoherenz damit, dass das klassische Muster des Interventionismus vs Antimilitarismus nicht mehr uneingeschränkt Gültigkeit hat, da nun nicht mehr Krieg sondern „Humanität“ gemacht würde. Details über die Umfrage zur Abhängigkeit der Zustimmung zur Intervention in ex-Jugoslawien vom Zugehörigkeitsgefühl zu einer Partei sind im Anhang als Appendix B angefügt.<sup>81</sup>

Die Übernahme der medial verbreiteten Meinung durch die Bevölkerung ist offenkundig, doch war es nun der öffentliche Druck, der die Regierung dazu veranlasst hat zum Angriff zu blasen oder konnte diese den öffentlichen Konsens hinter sich vereinigen und dadurch ungestört Krieg führen?

Besonders der Umstand, dass wesentliche Informationen über die Kriegsführung und die Kriegsgründe nicht mit der Öffentlichkeit geteilt wurden, lässt darauf schließen, dass die zweite Variante stimmt. Die Medien hätten durchaus das Potential gehabt durch eine kritische Berichterstattung die Entscheidungen der Regierenden in Frage zu stellen. Dieser Anspruch wurde nicht gestellt. Es gelang den Medien mit einer emotionalisierten Berichterstattung, wissentlich oder unwissentlich der Bevölkerung den Krieg

---

<sup>79</sup> PELISSIER, 2000

<sup>80</sup> LA BALME, 2002, s. 38

<sup>81</sup> LA BALME, 2002, s. 42f

schmackhaft zu machen, für den sich mit hoher Wahrscheinlichkeit wenige Personen aus geostrategischen Überlegungen heraus entschieden haben.

#### **4. Frankreich im Rahmen der internationalen Mission im Kosovo**

Dieses Kapitel versucht einen Überblick über die verschiedenen französischen Akteure zu geben, die nach den militärischen Operationen der NATO im Kosovo intervenierten. Dadurch soll vor allem das Verhältnis der staatlichen zu den nichtstaatlichen Akteuren verdeutlicht werden. Bereits an dieser Stelle soll erwähnt sein, dass die zahlreichen Verzahnungen und Abhängigkeiten, die zwischen den einzelnen Akteursgruppen bestehen, dazu führen, dass manche Belange, die mehrere Gruppen betreffen oder Informationen über das Verhältnis der Gruppen zueinander enthalten, in mehreren Kapiteln angesprochen werden oder auch nur in einem Kapitel behandelt werden, da eine klare Trennung in diesen Fällen nicht möglich ist. Es soll also nicht verwundern, wenn plötzlich NGOs im Kapitel über das Militär auftauchen oder das Außenministerium eine zentrale Rolle im Kapitel über die NGOs einnimmt.

Insgesamt ist anzumerken, dass die Informationen über die Aktivitäten von französischen Einrichtungen, Organisationen und Institutionen mit Sicherheit nur teilweise als vollständig bezeichnet werden können. Einerseits liegen viele Ereignisse bereits so lange zurück, dass Informationen darüber, wenn sie nicht bereits durch andere Autoren aufgearbeitet wurden, nur mehr schwer zugänglich sind, was eine umfassende Analyse verhindert. Andererseits existiert auch ein quasi gegenteiliger Effekt. Da die Kosovo-Frage ja immer noch nicht gelöst ist und Frankreich weiterhin innerhalb der internationalen Mission im Kosovo agiert, unterliegen gewisse Fragen einer Dynamik, die verhindert, dass ausreichende Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, da gewisse Strategien, um zu funktionieren, voraussetzen, dass sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt der Öffentlichkeit nicht bekannt sind und in manchen Fällen auch darüber hinaus nur durch Mutmaßungen zu erahnen sind.

Ein eigener Teil befasst sich mit der Person Bernard Kouchner. Die Rolle des derzeitigen französischen Außenministers ist eine zentrale, sowohl aus theoretischer als auch aus praktischer Sicht. Er machte das Konzept der humanitären Intervention salonfähig und war einer der ersten Vertreter Frankreichs, der sich des Kosovo-Konfliktes annahm und der als SRSG (special representative of the secretary general) von 1999-2001 auch auf die Aktivitäten anderer Akteure Einfluss nehmen konnte.

Daraufhin sind die verschiedenen Initiativen der staatlichen Strukturen Frankreichs und abschließend die Rolle von NGOs und Unternehmen Thema.

#### **4.1. Kouchner, humanitäre Mission und UNMIK-Administration**

Bernard Kouchner nimmt in der Entwicklung der französischen Politik im Kosovo ohne Zweifel eine wesentliche Rolle ein. Einerseits als Ideologe, der als Mitbegründer des Konzeptes der Humanitären Intervention gilt und andererseits durch sein humanitäres und schließlich politisches Engagement bei „Medicins sans Frontiers“, „Medicins du Monde“, als Minister für humanitäre Angelegenheiten, als SRSC im Kosovo, als französischer Außenminister und als Mensch der mit den Medien umzugehen weiß. Eine Erfassung seiner Position im Rahmen der Spinnennetztheorie ist schwierig. Zum einen ist diese prinzipiell für die Analyse von Organisationen und nicht von Einzelpersonen konzipiert und zum anderen wechselte er innerhalb dieses Geflechtes verschiedener Institutionen mehrere Male die Rolle. Sein Einfluss auf die Geschehnisse im Kosovo wird im Folgenden anhand seiner verschiedenen Tätigkeiten skizziert. Der Werdegang von Bernard Kouchner steht in enger Verbundenheit mit der Verschmelzung von staatlichen Interessen und humanitärem Engagement. Das zugehörige Konzept, welches unter dem Namen „Humanitäre Intervention“ bekannt ist, wurde von ihm gemeinsam mit Mario Bettati erstmals anlässlich einer Konferenz 1988 vorgestellt, das Muster dahinter existierte jedoch schon länger. Diana Johnstone, welche einen kritischen Artikel über Kouchner verfasste, fand Charakteristika dieses Konzeptes bereits während des Biafra-Krieges in den Sechzigern.<sup>82</sup> Das Auftreten humanitärer NGOs und die Mediatisierung des Konfliktes mit dem Fokus auf seine humanitären Tragödien waren dabei neu. Die Konfliktparteien wurden also nun aus humanitärer Sicht, bzw. unter Zuhilfenahme von humanitären Argumenten in gut und böse geteilt. Wie ein kommunistischer Abgeordneter zur französischen Nationalversammlung im Kapitel über die Medien bereits festgestellt hatte, sollte aus Krieg Humanität werden. Ein äußerst effektives Muster entstand:

*„The Biafra tragedy set a pattern. One or more Western powers back a minority secession. The existing regime cracks down brutally on the rebels, all the more in that it suspects the Western backers of trying to exploit the rebellion in order to rip off territory or resources for their own*

<sup>82</sup> JOHNSTONE, Diana: Bernard Kouchner: Media Doc of “Humanitarian Intervention”, 2007, <http://www.counterpunch.org/johnstone06042007.html>, 01. 07. 2008

*purposes. Humanitarian workers sound the alarm and photographers send heart-rending images of human suffering to Western media. Western humanitarians describe the tragedy as "genocide" and call for military intervention. Whether or not intervention ensues, the populations involved continue to be victims of mutual hatred, which is intensified by the media dramatization.*"<sup>83</sup>

Ein Muster, welches mit der Politik der westlichen Staaten im Jugoslawienkrieg verglichen wird und durchaus eine der vielen Seiten des Konfliktes widerspiegelt.

Kouchner war als Gründungsmitglied der humanitären NGO „Médicins sans Frontiers“ (MsF), die im Biafra-Krieg im Einsatz war, von Beginn an dieser Entwicklung beteiligt. Nach Streitigkeiten verließ er die NGO, um gleich darauf „Médicins du Monde“ (MdM) ins Leben zu rufen. Diese startete 1993 eine Millionenschwere Kampagne um den Franzosen und Französischen über serbische Konzentrationslager in Bosnien zu berichten. Einige Jahre später stellt Kouchner in seinem Buch „Les guerriers de la Paix“ richtig, dass es sich um Desinformation gehandelt habe.<sup>84</sup> Ein weiterer Unsicherheitsfaktor humanitärer Hilfe wird von Jean-Michel Berard, der Kouchner ebenfalls kritisch gegenüber steht, aufgezeigt. Ein guter Teil dieser versichert seiner Ansicht nach nämlich in den Kanälen der örtlichen Mafia.<sup>85</sup> Jean-Arnaud Derens bestätigt die vitalisierende Wirkung von humanitärer Hilfe für kriminelle Strukturen. Die kroatische Republik von Bosnien-Herzegowina, welche er als Quasi Mafia Staat tituliert, habe seine wirtschaftlichen Grundlagen fast ausschließlich aus humanitärer Hilfe bezogen.<sup>86</sup> Da dieses Gebilde auch am Krieg teilnahm, ist es nicht abwegig zu behaupten, dass humanitäre Hilfe auch zur Unterstützung von Kriegsparteien verwendet wird.

Jedenfalls hat das Konzept der „Humanitären Intervention“ zur Legitimierung des NATO-Angriffs auf Jugoslawien in Frankreich und in vielen anderen Ländern gedient. Eine weitere Statistik von Natalie La Balme zeigt, dass die Zustimmung zu den Militärschlägen in Frankreich innerhalb weniger Wochen von 46% (Ende März '99) auf 70% (17. April '99) anstieg.<sup>87</sup>

Ein langes Zitat aus ihrem Buch soll die Rollen von Humanität und Mediatisierung zusammenfassen:

---

<sup>83</sup> JOHNSTONE, 2007

<sup>84</sup> JOHNSTONE, 2007

<sup>85</sup> BERARD, Jean-Michel: Bernard Kouchner: La frimeur de la charité, Balkans Infos (B.I.)

<sup>86</sup> DERENS, Jean Arnaud/GESLIN, Laurent: Comprendre les Balkans – Histoires, sociétés, perspectives, Editions Non Lieu, Paris, 2007, s. 302

<sup>87</sup> LA BALME, 2002, s. 39f

*«Ce phénomène de structuration rapide de l'opinion est sans doute largement imputable au traitement médiatique du drame des réfugiés kosovars, et cette forte adhésion est surtout la conséquence d'une réaction morale et humanitaire. Les enquêtes d'opinion ne sont pas seules à illustrer l'émotion humanitaire: les témoignages de solidarité qui se disent par des dons des Françaises et par l'affluence des propositions d'accueil de réfugiés en sont aussi une expression majeure et concrète. L'action humanitaire a donc, en tant que telle, une valeur légitimante vis-à-vis de l'intervention extérieure.»<sup>88</sup>*

[Dieses Phänomen der schnellen Strukturierung der öffentlichen Meinung ist weitgehend der medialen Behandlung des kosovarischen Flüchtlingsdramas anzurechnen, und diese starke Anteilnahme ist vor allem die Folge einer moralischen und humanitären Reaktion. Nicht nur die Umfragen erläutern die humanitäre Emotion: Die Solidaritätsbekundungen, die sich über die Spenden der Franzosen und Französinen äußern sowie die hohe Bereitschaft den Flüchtlingen Quartiere bereit zu stellen sind auch ein wichtiger und konkreter Ausdruck davon.

Die humanitäre Aktion hat also, als solche, einen legitimierenden Wert in Hinsicht auf Militäreinsätze im Ausland.]

Es war also kein Wunder, dass Bernard Kouchner nach dem Einmarsch der KFOR das Amt als „Special Representative of the Secretary General“ (SRSG) übernehmen konnte und somit als erster an der Spitze der „United Nations Mission in Kosovo“ (UNMIK) stand. Mit der „UNMIK“ wurde ein neuartiges Konzept zum Wiederaufbau eines Landes umgesetzt, welches in der „Kosovo-Bilanz“ von Kramer und Dzihic Erwähnung findet. Die verschiedenen internationalen Institutionen, die im Kosovo engagiert sind, sind mit fixen Aufgabenbereichen im selben institutionellen System organisiert.

Die Position des SRSG ist, den Worten Kramers und Dzihics zu Folge, mit der eines Alleinherrschers zu vergleichen. Innerhalb der UNMIK-Struktur verfügt er über weitgehende Befugnisse. Die Entscheidungen der kosovarischen Institutionen kann er aufheben, wenn er argumentieren kann, dass diese gegen die UN-Sicherheitsresolution 1244 verstoßen. Einflussnahme hat er nur vom UN-Hauptquartier und den Großmächten

---

<sup>88</sup> LA BALME, 2002, s. 40

zu erwarten. Der SRSG war bisher ausnahmslos männlich und europäisch und sein Stellvertreter immer US-amerikanisch.<sup>89</sup>

Als SRSG verpflichtete sich Kouchner formal die UNO im Kosovo zu repräsentieren und die Interessen der multilateralen Organisation zu vertreten. Natürlich vertrat er symbolisch als Franzose auch das Land seiner Herkunft. Er ist somit in dieser Funktion als Teil der staatlichen französischen Außenpolitik in multilateralen Organisationen zu sehen. Als solcher, kann er auf Erfolge, wie auch auf Misserfolge verweisen.

Es ist ihm mit Sicherheit gelungen, Frankreich unter der albanischen Bevölkerung populär zu machen, die ja aufgrund der bisherigen französischen Balkanpolitik diesem eher distanziert gegenüberstand. Die Popularitätswerte der UNMIK konnten von keinem anderen SRSG danach erreicht werden. Ein UN-Mitarbeiter führt diese Beliebtheit unter anderem darauf zurück, dass er am Ende des Krieges verhindert hat, dass zwischen den verschiedenen Fraktionen der Kosovo-Albanischen Machtstrukturen ein offener, bewaffneter Clan-Konflikt ausbricht. Jean-Arnaud Derens spezifiziert, dass Kouchner bei seiner Ankunft im Kosovo besonders mit dem Konflikt zwischen den LDK-Strukturen und den UCK-Strukturen konfrontiert war.<sup>90</sup> Das entscheidende Unterscheidungsmerkmal der beiden Gruppen ist, dass die UCK im Gegensatz zur LDK ihre strategischen Ziele durch die Anwendung von Gewalt und der Bereitschaft Verluste auf beiden Seiten zu riskieren zu erreichen versuchte.

Kouchner hat laut eigenen Angaben die beiden Fraktionen dazu gebracht, im Dezember 1999 ein Abkommen zu unterzeichnen. Genauere Inhalte des Abkommens werden leider nicht genannt. Er verbucht auch eine partielle Demilitarisierung und Demokratisierung als seine Erfolge.<sup>91</sup> Von Kramer und Dzihic werden ihm der Aufbau demokratischer Strukturen und die Einbindung lokaler Entscheidungsträger in den politischen Prozess positiv angerechnet, jedoch kritisieren sie, dass der provisorischen kosovarischen Übergangsregierung, besonders in Minderheitenfragen zu wenige Auflagen erteilt wurden.<sup>92</sup> Kouchner gesteht in seinem Schlusswort über die Lektionen, die er in seiner Funktion im Kosovo gelernt hat, ein, oft fälschlicherweise einseitig vereinnahmten Personen zu viel Verantwortung übertragen zu haben.<sup>93</sup>

---

<sup>89</sup> DZIHIC, Vedran/KRAMER, Helmut: Die Kosovo-Bilanz – Scheitert die internationale Gemeinschaft, LIT Verlag, Wien, 2005, s. 246f

<sup>90</sup> DERENS/GESLIN, 2007, s. 184

<sup>91</sup> KOUCHNER, Bernard: A First-Hand Perspective from Kosovo, in: SPILLMANN/ WENGER (Hrsg.): Peace support operations: lessons learned and future perspectives, Peter Lang, Bern, 2001, s. 142f

<sup>92</sup> DZIHIC /KRAMER, 2005, s. 247ff

<sup>93</sup> KOUCHNER, 2001, s. 145f

Die von ihm geleitete UNMIK-Struktur selbst ist ebenfalls Gegenstand von Kritik. Dzihic und Kramer betrachten das „westliche Interventionsmodell“, welches darauf abzielt, dass westliche Institutionen und deren Mitarbeiter als Vorbilder in Bezug auf Demokratie auf die neuen kosovarischen Institutionen wirken, als erfolglose Strategie, die im Grunde bereits von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.<sup>94</sup>

Jean-Arnaud Derens kritisiert die Vorgehensweise der UNMIK ebenfalls scharf. „Missionstourismus“, die fehlende Bereitschaft sich mit dem Gastland auseinanderzusetzen, soziale Abgrenzung, eine Bezahlung, die in keinem Verhältnis zu den Lebensverhältnissen der lokalen Bevölkerung steht und zahlreiche Korruptionsskandale machen die Funktionäre und Funktionärinnen der internationalen Verwaltung zu unliebsamen Gästen, denen vornehmlich Misstrauen entgegengebracht wird. Die internationale Präsenz wirkt sich stark auf das gesellschaftliche Leben der Kosovaren aus, allerdings nicht immer positiv. Der Aufbau eines funktionierenden Justizsystems gelang Kouchner ebenso wenig wie die Herstellung der Grundversorgung durch Strom und Wasser.<sup>95</sup> Schwierig war für ihn mit Sicherheit auch der Umgang mit der Vertreibung und Verfolgung der nicht albanischen Bevölkerung im Kosovo. Das „Humanitarian law center“ in Belgrad, welches von der bekannten serbischen Menschenrechtsaktivistin Natascha Kadic geleitet wird, verfügt über eine ausführliche Dokumentation über die umfassenden Vertreibungen und Tötungen.<sup>96</sup> Kouchner, der ja sein Handeln immer im Zeichen der Humanität präsentiert hatte, war nun damit konfrontiert, dass schwerste Menschenrechtsverletzungen in seinem Verantwortungsbereich geschahen. Berard bezeichnet es als „selektive Humanität“<sup>97</sup>, Dzihic und Kramer zitieren Ignatieff, der meint:

*„Kouchners Anwesenheit im Kosovo steht (...) für die ganze schmerzliche Geschichte humanitärer Hilfe und ihrer Vernunftlosigkeit mit staatlicher und militärischer Macht.“<sup>98</sup>*

Kouchner selbst bedauert die Versäumnisse beim Schutz der Serben im Rahmen eines Artikels über seine Tätigkeit als SRSG. Er erklärt sogar, dass es unmöglich war Terroristen daran zu hindern Morde zu begehen, wenn diese das wollten und dass dieser

<sup>94</sup> DZIHIC /KRAMER, 2005, 247ff

<sup>95</sup> DERENS/GESLIN, 2007, s.184ff

<sup>96</sup> Humanitarian Law Center, <http://www.hlc-rdc.org/stranice/Linkovi-modula/Kosovo-Memory-Book.en.html>, 30.11.2009

<sup>97</sup> BERARD, Jean-Michel: Bernard Kouchner: La frimeur de la charité, Balkans Infos (B.I.), [http://www.b-i-infos.com/art2007\\_jean\\_michel\\_berard\\_kouchner\\_frimeur\\_charite.php](http://www.b-i-infos.com/art2007_jean_michel_berard_kouchner_frimeur_charite.php), 30.11.2009

<sup>98</sup> DZIHIC /KRAMER, 2005, s. 248

Umstand auch voraussehbar gewesen sei. Er beruft sich dennoch darauf, dass durch die Präsenz von KFOR und UNMIK die Mordrate schrittweise auf ein Zehntel des Standes, der bei ihrer Ankunft errechnet wurde, zurückging und dass bedacht werden müsse, dass die internationale Intervention immerhin einen Schlussstrich unter eine Jahrhunderte lange Kolonialherrschaft gezogen hätte.<sup>99</sup> Er stand vor dem Problem, dass er die albanische Bevölkerung nicht gegen sich aufbringen konnte, da die internationale Gemeinschaft ein Kräftemessen mit der Mehrheitsbevölkerung nicht riskieren wollte und konnte, wie auch die Unruhen des März 2004 in weiterer Folge zeigen sollten. Er lobt in seinem Bericht die KFOR, welche durch ihre Erfahrung und ihre Ausbildung am besten Wege sei eine „*international force for human rights*“ zu werden. So war es insbesondere die Soforthilfe, die dringende Notwendigkeiten abdeckte. Er kritisierte, dass die Vorbereitungen auf die Situation im Kosovo, nämlich, dass die gesamte Verwaltung neu aufgebaut werden musste, seitens der Nationalstaaten nicht im ausreichenden Maße erfolgt waren.<sup>100</sup>

Sein Verhältnis zu den anderen französischen Akteuren und Akteurinnen im Kosovo war in jedem Fall ein hervorragendes. Wie den kommenden Kapiteln zu entnehmen sein wird, war in seiner Amtszeit ein intensives französisches Engagement zu beobachten.

Innerhalb Frankreichs konnte Kouchner von seinem Ruf als Humanitär profitieren. Das langjährige Mitglied der „Sozialistischen Partei“ (PS) wird 2007 Außenminister in der Regierung des konservativen Präsidenten Sarkozy und des konservativen Premier Ministers Fillon. Wird in Frankreich die Außenpolitik traditionell vom Präsidenten der Republik dominiert, so kann Kouchner auch als Außenminister durch seine Erfahrung in der französischen Kosovo-Politik wesentliche Akzente setzen, was auch der stellvertretende Botschafter in Pristina, Richard, im Interview bekannt gibt.<sup>101</sup> Der dadurch entstandene Schwenk der Regierung Sarkozy wird wiederum von Christoph Pradier erkannt. Seinen Ausführungen zufolge war die Regierung Chirac nie an einem unabhängigen Kosovo interessiert. Diese orientierte sich immer an die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, welche einen Kosovo unter internationaler Verwaltung, jedoch weiterhin als Teil Serbiens vorsah. Diese Sichtweise änderte sich mit dem Amtsantritt von Sarkozy und seinem Außenminister Kouchner im Jahre 2007 schlagartig.<sup>102</sup>

---

<sup>99</sup> KOUCHNER, Bernard, 2001, s. 145; 140f

<sup>100</sup> KOUCHNER, Bernard, 2001, s. 137ff

<sup>101</sup> Interview mit Rodolphe RICHARD, 16. 05. 2008, in Pristina

<sup>102</sup> Interview mit Christophe PRADIER am 16.05.2008, in Pristina

So ist es auch als dessen Verdienst anzusehen, dass Nicolas Sarkozy wenige Tage vor der unilateralen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vor einer französischen Schulklasse den Kosovo als neuen Staat präsentierte.<sup>103</sup> Folglich war Frankreich auch einer der ersten Staaten der Welt die den Kosovo anerkannten. Gesten, die nicht überall wahrgenommen wurden, im Kosovo jedoch mit Sicherheit.

#### **4.2. Die Reaktion des französischen Staates auf die Krise**

Es gibt in Frankreich keine zentrale Stelle, die für die Koordination von verschiedenen Hilfsmaßnahmen in Krisengebieten zuständig ist. Dafür gibt es eine Vielzahl von staatlichen Institutionen mit unterschiedlichen rechtlichen Status und Aufgabengebieten, die teils selbst Maßnahmen umsetzen, die Umsetzung durch andere koordinieren und zur Vernetzung der verschiedenen involvierten Akteure beitragen sollten. Zu diesen zählen, neben anderen französischen staatlichen Akteuren, sowohl multilaterale Organisationen als auch NGOs und Unternehmen. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt ebenfalls nicht aus einem fix dafür vorgesehenen Topf, sondern aus verschiedenen Quellen.

Es ist allerdings anzumerken, dass das Außenministerium in den meisten dieser Institutionen in irgendeiner Art und Weise vertreten ist und dass die Botschaft eine zentrale Funktion vor Ort erfüllt, dass also die Fäden im Großen und Ganzen in den traditionell staatlich außenpolitischen Institutionen zusammenlaufen. Einen generellen Überblick über die Struktur, sowohl in finanzieller als auch in organisatorischer Hinsicht, zu schaffen, ist aufgrund der Varietät und Verflechtungen der Akteure schwierig. Die Bewertung der finanziellen Zuwendungen ist ebenfalls nur eingeschränkt möglich, da die Quellen häufig verschiedene Zeiträume darstellen und manchmal nur multilaterale oder bilaterale oder nur humanitäre oder wirtschaftliche Hilfsgelder darstellen. Zudem weichen die zugesagten Summen in vielen Fällen von den tatsächlich abgerechneten Beiträgen erheblich ab. So fällt es in vielen Bereichen schwer Tendenzen festzumachen oder Vergleiche zu ziehen. Der Bericht von Sebastien Bebaud aus dem Jahre 2005 für den HCCI (Haute Conseil de la Cooperation International) ist jedoch zumindest eine Hilfe.

Eine erste internationale Geberkonferenz fand unter der Ägide der europäischen Kommission und der Weltbank im Juli 1999 statt. 30 Organisationen aus allen

---

<sup>103</sup> Interview mit Elise DROUET, 13. 05. 2008, in Pristina

Bereichen, also privat und öffentlich, national und multilateral, nahmen daran teil. Finanzielle Leistungen für den Zeitraum von 1999 – 2001 wurden in der Höhe von 2,1 Milliarden € beschlossen. Ausgegeben wurden davon 73%, also 1,55 Milliarden €. Gefördert wurden die Bereiche Marktwirtschaft, Administration, demokratische Institutionen und Infrastruktur.

EU-Gelder und bilaterale Initiativen der Mitgliedsstaaten machten etwa 65% der Gesamthilfe aus. Eine bilaterale Kontribution Frankreichs von ca. 1%, der Gesamtsumme, also etwa 20 Millionen Euro wurde vereinbart.<sup>104</sup> Wie viel davon tatsächlich ausgegeben wurde, geht aus dem Dokument nicht hervor. Ein Bericht an den Assemblée Nationale veranschlagt für 1999 402 Millionen Francs [61,28 Millionen Euro] an bilateraler Hilfe und 2 588 Millionen Francs [394,54 Millionen Euro] inklusive multilaterale Zahlungen.<sup>105</sup> Es ist davon auszugehen, dass die erstgenannten Zahlen nur die Beiträge zu diesem speziellen Programm der Weltbank und der Kommission berücksichtigen. Für den Zeitraum 1999 – 2002 gibt Bebaud 92 Millionen an bilateraler und 1,2 Milliarden an multilateraler Hilfe an. Zwei Drittel der bilateralen Hilfe ist humanitären Zwecken gewidmet und der Rest wird zur Entwicklungshilfe gezahlt, wobei er diese Zahlen aus einer anderen Quelle schöpft.

Laut Außenministerium, zitiert von Bebaud, sollen 1999 insgesamt, multilateral und bilateral, 153,6 Millionen Euro in humanitäre Hilfe geflossen sein.<sup>106</sup>

Einen möglichen Anhaltspunkt bietet die Quelle, die im Gesamtbericht in dem sich der Artikel von Bebaud befindet, angegeben ist.<sup>107</sup>

Das gemeinsame Büro von Weltbank und Kommission verfasste 2001 einen Bericht, in welchem mit Ende Dezember 2000 eine bilaterale finanzielle Leistung seitens Frankreichs von 19,18 Millionen Euro vertraglich bereits vergeben war und davon 15,63 Millionen auch ausgegeben wurden.<sup>108</sup>

Wie eingangs befürchtet, erschweren die verschiedenen Quellen mit ihren unterschiedlichen Zeit- und Summenangaben die Schaffung eines Überblicks.

---

<sup>104</sup> BEBAUD, Sébastien: La mobilisation inédite de la France dans la reconstruction du Kosovo, HCCI, Paris, 2005, s. 5f

<sup>105</sup> ROUDY/ANDRÉ/MANGIN (députés): Assemblée Nationale, Rapport N° 2452 sur une mission, effectué par la commission au Kosovo, 2000, s. 29

<sup>106</sup> BEBAUD, 2005, s. 6

<sup>107</sup> HCCI: Les acteurs français dans le "post conflit", 2005, s. 37

<sup>108</sup> Office for South East Europe, European Commission/World Bank, 2001, s. 5

Was die multilaterale Hilfe betrifft, ist bemerkenswert, dass zwei Drittel dieser an die Sicherheit und damit an die KFOR gehen, starke 17,5% erhält weiters die europäische Kommission, 10,3% die OSZE und 7,9% die UNMIK.<sup>109</sup>

Da die Aufteilung der bilateralen Hilfe sehr aufschlussreich für die Beurteilung der französischen Aktivitäten und Schwerpunkte im Kosovo ist, befindet sich eine Übersichtstabelle im Anhang. Vor einer genaueren Beschreibung dieser sehr gut dokumentierten bilateralen Hilfe sind zwei Schlüsse aus den bisherigen Informationen zu ziehen. Die Hilfsaktionen werden vornehmlich über multilaterale Wege geleistet. Die Relation zwischen bi- und multilateraler Hilfe beträgt im Falle Frankreichs immerhin 1:12, wenn auch zu berücksichtigen ist, dass ein großer Teil der multilateralen Hilfe an die KFOR geht. Die Leiterin des SCAC (Service de Cooperation et d'Action Culturelle), der französischen Botschaft in Pristina meint, dass diese Vorgangsweise eine strategische Wahl der französischen Außenpolitik gewesen sei und dass im weiteren Verlaufe der französischen Präsenz im Kosovo eine noch stärkere Hinwendung zu dieser Strategie erfolgte.<sup>110</sup>

Die zweite Erkenntnis ist, dass, wie die Konferenz der Weltbank zeigt, ab der ersten Stunde zumindest ein Informationsaustausch zwischen den verschiedenen außenpolitischen Akteuren stattfand. Das Gewicht der „privaten“ Akteure ist also derart gewachsen, dass ihre Stimme bereits bei den primären Vorbereitungen gehört werden muss.

Was nun die bilaterale Hilfe betrifft, ist anzumerken, dass die Installation von Flüchtlingslagern sowie die Aufnahme von Flüchtlingen in Frankreich darin inbegriffen sind.

Verschiedene Ministerien und öffentliche Fonds wurden zur Finanzierung der mannigfaltigen Maßnahmen herangezogen. Eine auffallend große Zahl an Aktivitäten betrifft Gebiete in der französischen Besatzungszone. Die wichtigsten Fonds und Maßnahmen aus der Tabelle werden innerhalb des Kapitels erklärt und erläutert.

Darunter fällt die medial und symbolisch sehr bedeutungsvolle Wiedererrichtung der Brücke von Mitrovica, die nun den albanischen mit dem serbischen Teil der Stadt verbindet. Unweit davon wurden die Trepca-Minen teilweise wieder in Stand gesetzt. Diese gelten als traditionell bedeutende wirtschaftliche Einrichtung des Kosovo und

---

<sup>109</sup> HCCI, 2005, s. 38

<sup>110</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

auch wenn ihre große Zeit wohl schon vorbei ist, ist davon auszugehen, dass diese einer der Gründe sind, warum Serbien bis heute die Kontrolle über den nördlichen Kosovo jenseits des Ibar nicht abgeben möchte.

Des Weiteren wurde die Verkehrsanbindung zwischen Pristina und Mitrovica errichtet, lokale Einrichtungen wie Schulen und Spitäler sowie Einrichtungen der UN-Administration.

Ebenfalls erwähnenswert ist die Unterstützung von Wirtschaftsbetrieben und NGOs. Ersteren sollte erleichtert werden in den neuen Märkten im Kosovo Fuß zu fassen und letztere wurden subventioniert, um ihre Arbeit vor Ort durchführen zu können. Die Zusammenarbeit mit dem Militär wird in Form von „zivil-militärischen Aktionen“ unterstützt, auch die dezentrale Zusammenarbeit fällt in die angegebene Liste.

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass auch die bilaterale Hilfe nicht abgekoppelt von jeglichem Kontext zu begreifen ist. So ist allein die Koordinierung mit anderen Geldgebern und Förderern in technischen Fragen notwendig, um zumindest annähernd ein Gesamtstrategie des Wiederaufbaus und der humanitären und wirtschaftlichen Maßnahmen zu entwickeln und nicht mehrere Konzepte parallel umzusetzen.

Besonders was die Positionierung von französischen Unternehmern und NGOs im Kosovo betrifft, ist eine ganzheitlich orientierte Koordination unerlässlich.

Der direkte Außenposten von Paris vor Ort, ist die französische Botschaft im Kosovo. Hier laufen die Fäden der staatlichen Außenpolitik zusammen. Zur Zusammenarbeit mit NGOs, Unternehmen und anderen staatlichen Akteuren, wurden verschiedene Einrichtungen ins Leben gerufen, die über eigene Strukturen verfügen, jedoch eng mit dem Außenministerium vernetzt sind. Die Strukturen des Militärs sind mit jenen des Außenministeriums sehr stark informell verknüpft. Da es im Kosovo keinen Militärattaché gibt, der im Normalfall erster Ansprechpartner für die Diplomaten und Diplomatinen ist, bedeutet das, dass Informationen eher informell mit Militärs vor Ort ausgetauscht werden. Das Militär wiederum verfügt selbst über Programme, die eine Zusammenarbeit mit NGOs und Unternehmen koordinieren. Das Spinnennetz ist an dieser Stelle also sehr dicht gewebt. Kompetenzbereiche neigen dazu, sich bei dieser Akteursdichte zu überschneiden. Beim Versuch einen Überblick zu schaffen, werden zuerst die zivilen Akteure vorgestellt und ihre Rolle beschrieben.

#### 4.2.1 Die französische Botschaft im Kosovo

Frankreich sieht das System seiner Botschaften als das Resultat einer historischen Entwicklung, die in der Antike ihren Ursprung hat. Es besitzt heute 149 Botschaften, 17 Vertretungen und 113 konsularische Posten und damit das zweitgrößte diplomatische Netz weltweit nach den Vereinigten Staaten. Die neuen Kommunikationstechnologien haben die Bedeutung der Botschaften zwar verändert, jedoch nicht geschmälert, da ein Team vor Ort wichtig ist, um Besuche vorzubereiten und die ansteigende Häufigkeit der persönlichen Interaktionen der Vertreter und Vertreterinnen unterschiedlicher Staaten zu bewältigen sowie die Motive des Gastlands herauszufiltern, wie es das französische Außenministerium beschreibt.<sup>111</sup>

Mit dieser Definition wird der Umstand berücksichtigt, dass sich Außenbeziehungen auf mehrere Ebenen verlagert haben und das Monopol darüber nicht mehr bei der jeweiligen Regierung liegt, was für die Mitarbeiter der Botschaften im Grunde bedeutet, dass sie sich einen Überblick über die Akteure machen müssen und diese nach Kompetenzbereichen und dem Grad ihrer Relevanz einstufen müssen.

Der Botschafter oder die Botschafterin wird vom Ministerrat ernannt, zeremoniell vom Staatspräsidenten angelobt und kann nachdem das Gastland seine Zustimmung oder „Akkreditierung“, wie es auch heißt, gegeben hat, den Dienst antreten. Offiziell wird betont, dass Erfahrung eines der wichtigsten Kriterien bei der Ernennung ist. Eine Kurzfassung der Tätigkeiten liefert ebenfalls das Außenministerium:

*„Der Botschafter vertritt alle Vollmachten des Staates an seinem Posten. Er ist zuständig für alles, was in dem Land, in dem er sich befindet, für Frankreich von Interesse ist. Das Ministerium bemüht sich, ihn in der Ausübung dieser Verantwortung zu leiten.“<sup>112</sup>*

Die engsten Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen, die auch als „Diplomaten“ bezeichnet werden, stellen die „Kanzlei“. Diese setzt sich aus der „Numero deux“, dem stellvertretenden Botschafter oder der stellvertretenden Botschafterin sowie einer verschieden großen Anzahl von Attachés zusammen, die sich in den verschiedenen

---

<sup>111</sup> Ministère des Affaires Étrangères: «Die bilateralen Botschaften», 10. 06. 2008

<sup>112</sup> Ministère des Affaires Étrangères: «Der Botschafter», 10. 06. 2008

Bereichen spezialisieren und sich regelmäßig treffen, um sich anfallende Arbeiten aufzuteilen, Entscheidungen zu treffen und das Budget zu verwalten.<sup>113</sup>

Diese Beschreibung lässt auf eine sehr autonome Position des Botschafters und eine gewisse Richtlinienkompetenz des Quai d'Orsay in Paris schließen.

Die französische Botschaft im Kosovo, welche vor der unilateralen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo noch den Status eines Verbindungsbüros hatte, befindet sich im Dragodan Viertel, einer leichten Anhöhe in der Vorstadt Pristinas, wo auch die meisten anderen Länder ihre Botschaften und Verbindungsbüros eröffnet haben und in deren unmittelbarer Nähe auch ein großes Militärareal mit zahlreichen Kameras errichtet wurde.

Das Gebäude der französischen Botschaft ist mit umfassenden Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet. Dazu gehören hohe, massive Stahlgitter, ein Posten der lokalen Polizei sowie ein botschaftsinterner Sicherheitsdienst. Die dadurch vermittelte Verschlussenheit der Botschaft gegenüber der lokalen Bevölkerung sei ein Resultat der Sicherheitsbestimmungen aus Paris und nicht der Beschäftigten in der Botschaft, meint Elise Drouet, die als Leiterin einer französischen NGO im Kosovo im ständigen Kontakt mit der Botschaft steht.<sup>114</sup>

Die „Kanzlei“ der Botschaft ist räumlich vom SCAC (Service de Cooperation et d'Action Culturelle) getrennt. Der SCAC hat die Aufgabe, die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen des Gastlandes mit Frankreich zu koordinieren.<sup>115</sup>

Botschaftsleiterin ist Delphine Borione, „Numero deux“ ist Rudolph Richard, der SCAC wird von Pascale Delpeche geleitet.

Richard erklärte, dass der Kontakt mit dem Mutterland sowohl über das Außenministerium als auch über das Büro des Präsidenten der Republik geführt wird, da der Präsident bekanntlich in der Gestaltung der Außenpolitik mit umfassenden Entscheidungskompetenzen ausgestattet ist. Im Falle des Kosovo wird, wie bereits erwähnt, die Vorgangsweise jedoch vornehmlich mit dem Ministerium abgesprochen, da der zuständige Minister Bernard Kouchner über erhebliche Erfahrung mit dem Kosovo verfügt und daher, so Richard, einen großen Teil der Entscheidungen den Kosovo betreffend fällt und trägt. Er hebt außerdem die hervorragende Zusammenarbeit der Botschaft mit der FCI (France Cooperation International) hervor, deren Funktion im Anschluss erläutert wird.

<sup>113</sup> Ministère des Affaires Étrangères: «Die Kanzlei», 10. 06. 2008

<sup>114</sup> Interview mit Elise DROUET, 13. 05. 2008, in Pristina

<sup>115</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

Die Botschaft hat auch die wesentliche Aufgabe, die Interessen Frankreichs innerhalb der internationalen Organisationen im Kosovo zu vertreten und sich auf formelle, in den meisten Fällen aber auf informelle Weise an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Was das Personal der Missionen der OSZE und der UNO betrifft, haben bei ersterer die Staaten das Recht „ihre“ Teilnehmer und Teilnehmerinnen vorzuschlagen und bezüglich letzterer werden personelle Entscheidungen durch Verhandlungen getroffen.<sup>116</sup>

Über die relativ umfangreichen Aktivitäten des SCAC wird von Mme Delpeche ein aussagekräftiger und aktueller Überblick vermittelt. Ein SCAC befindet sich in jeder französischen Botschaft der Welt. Er ist im Gegensatz zur Kanzlei nicht für politische Angelegenheiten zuständig, wie von Delpeche betont wird.<sup>117</sup> Hierbei muss natürlich angefügt werden, dass diese Ansicht einen sehr eng gefassten Politikbegriff voraussetzt. Alleine die Unterbringung innerhalb der Botschaft und auch die Anmerkung von Drouet, dass die Kulturpolitik im Ausland und die Außenpolitik Frankreichs nicht voneinander zu trennen sind<sup>118</sup>, relativieren diese strikte Unterscheidung zwischen kultureller und politischer Arbeit.

Im SCAC arbeiten neben zwei Praktikanten nur zwei hauptamtliche Kräfte. Einer davon ist für die multilateralen Projekte und die Verbreitung der französischen Sprache zuständig. Er nimmt also an den Versammlungen teil, in denen sich die involvierten Mitgliedsstaaten treffen, um die Implementierung der verschiedenen Projekte zu besprechen.

In Pristina und in Nord-Mitrovica, dem serbischen Teil der de facto geteilten Stadt, befindet sich jeweils ein von der Botschaft finanzierter „espace culturelle francais“. Diese Institutionen bieten umfangreiche Mediatheken und Veranstaltungen zu Themen mit Bezug zu Frankreich, Sprachkurse sowie Informationen zu Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten in Frankreich an. Die Einrichtung in Mitrovica wird von einem Serben geleitet. Feindseligkeiten, die nach der überraschend schnellen und entschlossenen Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch Frankreich befürchtet wurden, blieben aus.<sup>119</sup>

Insgesamt ist die bilaterale Kooperation rückgängig. Die französische Entwicklungsagentur AfD (Agence française de Développement) wurde bereits 2002 abgezogen. Das Budget des SCAC ist ebenfalls von Kürzungen betroffen. Frankreich

---

<sup>116</sup> Interview mit Rodolphe RICHARD, 16. 05. 2008, in Pristina

<sup>117</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

<sup>118</sup> Interview mit Elise DROUET, 13. 05. 2008, in Pristina

<sup>119</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

hat sich entschieden seine Projekte auf multilateralem Wege und dabei besonders über das EU-Programm IPA (Instrument for Pre-Accession Assistance) abzuwickeln.<sup>120</sup> Auch in diesem Fall werden die französischen Interessen zumindest zum Teil von der Botschaft vertreten. Das IPA-Programm wurde durch eine Richtlinie des EU-Rates 2006, für den Zeitraum von 2007-2013 ins Leben gerufen.

Die Aufgabe des Programms liegt darin, den Prozess einer Annäherung an die Europäische Union durch Beitrittskandidaten sowie potentielle Beitrittskandidaten, darunter fällt neben Serbien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und Montenegro auch der Kosovo, wie er in der UN-Resolution 1244 definiert ist, finanziell zu unterstützen. Ein weiteres Motiv ist die Vereinheitlichung der finanziellen Beihilfen für die potentiellen EU-Mitglieder, da zuvor verschiedene Programme parallel nebeneinander existierten.

Die Implementierung der Richtlinie wird der Kommission überantwortet.

Als geförderte Bereiche werden *„institution-building and the rule of law, human rights, including the fundamental freedoms, minority rights, gender equality and non-discrimination, both administrative and economic reforms, economic and social development, reconciliation and reconstruction, and regional and cross-border cooperation”*<sup>121</sup> deklariert.

Von 2007-2009 wurden für den Kosovo 199,1 Millionen Euro, also jährlich etwa 65 Millionen Euro vorgesehen. Im selben Dokument, einem „Entscheid der Kommission vom 1.6.2007“, wird angemerkt, dass Frankreich im Bereich der „Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit“ in diesem Zeitraum auch bilaterale Maßnahmen setzt, in anderen Bereichen wird es nicht erwähnt.<sup>122</sup>

Für das Jahr 2010 sind ebenfalls 67,3 Millionen Euro geplant.<sup>123</sup> Der Vorgänger der IPA, die EAR (European Reconstruction Agency) vergab im Jahre 2006 etwas mehr als 50 Millionen Euro. Eine Quelle vom 6.11.2007 gibt eine spontane Erhöhung auf 121 Millionen Euro für das Jahr 2008 bekannt, Bezug nehmend auf einen Abänderungsentscheid der Kommission bei der Erstellung des Budgets.<sup>124</sup> Es ist nicht

---

<sup>120</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

<sup>121</sup> Instrument for Pre-Accession Assistance, <http://europa.eu/scadplus/leg/en/lvb/e50020.htm>, 12. 06. 2008

<sup>122</sup> COMMISSION DECISION C(2007)2271 of 01/06/2007 on a Multi-annual Indicative Planning Document (MIPD) 2007-2009 for Kosovo under UNSCR 1244,

<sup>123</sup> Communication from the Commission to the Council and the European Parliament - Instrument for pre-accession assistance (IPA) multi-annual indicative financial framework for 2008- 2010 /\* COM/2006/0672 final \*/

<sup>124</sup> Communication from the Commission to the Council and the European Parliament - Instrument for pre-accession assistance (IPA) - Multi-annual indicative financial framework for 2009-2011 /\* COM/2007/0689 final \*/

auszuschließen, dass diese im Hinblick auf die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo erfolgte, die schließlich im Februar 2008 ausgerufen wurde.

Es ist durchaus die Absicht Frankreichs über diese europäischen Programme Kooperationen aufzubauen und Kontakte zu knüpfen, indem versucht wird, französische Experten in diesen Programmen zu platzieren oder französische Unternehmen und Verwaltungen mit der Durchführung zu betrauen, so wie es auch von den anderen, beteiligten Mitgliedsstaaten praktiziert wird, so die Worte von Delpeche.<sup>125</sup>

Die Botschaft stellt auch institutionelle und technische Kooperationen her. Die administrativen Institutionen befinden sich schließlich noch im Aufbau und so wird versucht bei der Schulung der Eliten anzusetzen. Die frischgebackenen Beamten, Beamtinnen, Minister und Ministerinnen des Kosovo werden also unter anderem nach Frankreich geschickt, um einen Einblick in die Abläufe und Funktionsweisen der dortigen Institutionen zu bekommen. Umgekehrt werden französische Experten und Expertinnen in den Kosovo geschickt, um ihre kosovarischen Kollegen und Kolleginnen zu beraten und Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung aufzuzeigen. Im Rahmen eines EU-Projekts zur Installierung eines funktionierenden Nationalrates, blieben die Experten und Expertinnen aus verschiedenen Ländern der EU zwischen drei und vier Jahre, um die lokalen Funktionäre auszubilden.<sup>126</sup>

Um die Verschiedenartigkeit der Akteurskonstellationen, die im Kosovo aktiv sind noch einmal zu betonen, sei an dieser Stelle auf eine trilaterale Kooperation hingewiesen, welche unter anderem die Ausbildung der zukünftigen Diplomaten und Diplomatinen des jungen Staates betrifft. Diese universitäre Zusammenarbeit geht auf die Initiative von Prof. Michel Cullin zurück, welcher die Arbeitsstelle für österreichisch-französische Zusammenarbeit an der DA (Diplomatische Akademie) Wien leitet. Der Franzose lebt in Österreich und ist an der Diplomatischen Akademie auch für den Kosovo zuständig.

Seit 2005 existiert ein Studiengang, in „International Relations and Diplomacy“ den die Studierenden abwechselnd in Pristina, Nizza und Wien absolvieren. Beteiligt sind neben der DA, die private, kosovarische UBT (University for Business and Technology) und die staatliche Universität Nizza. Seit 2006 ist auch die ENA (Ecole Normale d'Administration), jene Bildungsanstalt in der die Eliten der französischen Politik und Verwaltung ausgebildet werden, einbezogen. Die Kooperationen äußern sich zum

---

<sup>125</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

<sup>126</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

großen Teil durch den regen Austausch von Professoren und Studierenden, Studienreisen und Diskussionsveranstaltungen. Zielsetzung ist es, eine kosovarische Bildungselite im Bereich der Politik zu schaffen, die dazu beitragen kann die Stabilität des Kosovos und der Region zu festigen.

Es existieren zudem bereits konkrete Pläne die Außenpolitik Österreichs und Frankreichs am Balkan im kulturellen Sektor generell stärker zu koordinieren.<sup>127</sup>

Eine solche gemeinsame Vorgehensweise ist für alle Beteiligten von Vorteil. Österreich hat traditionell gute Kontakte und ein überproportionales Engagement am Balkan, Frankreich hingegen besitzt weit mehr außenpolitisches Gewicht. Die Intervention der französischen Außenpolitik kann also auch im staatlichen Bereich in Kooperation mit Strukturen eines anderen Staates erfolgen.

Technische Kooperation passiert in praktischen Bereichen wie Landwirtschaft und Medizin und äußert sich durch die Bereitstellung von Ausrüstungen oder Lehrmittel für technische Schulen. Dieser Bereich ist ein wesentlicher Teil der „dezentralen Kooperation“. Diese Form der Zusammenarbeit läuft über kommunale und regionale Institutionen, die häufig höhere Budgets für internationale Arbeit aufweisen, als so manches Ministerium. Neben technischen Belangen, sind auch die lokale Administration und der lokale Tourismus Schwerpunkte. Diese Art der Zusammenarbeit wird von der Botschaft als sehr wichtig eingestuft, weil sie einen direkten Austausch zwischen lokalen Strukturen ermöglicht. Da die Investitionen kurzfristig weder ökonomischen noch kulturellen Gewinn bringen, ist es schwierig Projektpartner zu finden.<sup>128</sup>

Investitionen von französischen Unternehmen im Kosovo gelten als „cooperation“ und fallen somit ebenfalls in die Kompetenz des SCAC.

In der Botschaft in Pristina gibt es keinen Beauftragten für Wirtschaft, dieser Bereich wird von Sofia aus geleitet. Aus diesem und anderen Gründen wird verstärkt die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsrat der KFOR gesucht, um einen Experten vor Ort konsultieren zu können. Dieser untersteht jedoch dem Verteidigungsministerium und ist daher nicht direkt auf institutioneller Ebene mit der Botschaft verknüpft. Insgesamt werden die Aktivitäten französischer Unternehmen im und das wirtschaftliche Interesse Frankreichs am Kosovo sowohl von Delpeche als auch von Richard<sup>129</sup> als minimal bezeichnet. Zwei oder drei Unternehmen seien präsent. Die instabile ökonomische

<sup>127</sup> Interview mit Michel CULLIN, 24. 10. 2008 in Wien

<sup>128</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

<sup>129</sup> Interview mit Rudolph RICHARD, 16. 05. 2008, in Pristina

Situation sowie die mangelnde Tradition von wirtschaftlichen Kontakten in dieser Region des Balkans, verglichen mit anderen Ländern wie etwa Deutschland, werden als Gründe angegeben.

NGOs werden ebenfalls vom SCAC betreut. Durch die gemeinsame Interessenslage ergeben sich manchmal Kooperationen. Weil sich Wirtschaft und Institutionen erst im Aufbau befinden und die vielschichtigen Aufgaben, die den verhältnismäßig wenigen Bediensteten zugeteilt sind, von diesen verlangen auch in Bereichen Entscheidungen zu treffen in denen sie keine Expertise vorweisen können, unterscheidet sich die Arbeit der DiplomatenInnen im Kosovo deutlich von jener in anderen Botschaften.<sup>130</sup>

Insgesamt präsentiert sich die französische Botschaft als Zentrale der französischen Aktivität im Kosovo mit begrenzten Mitteln. Sie besitzt jedoch durch ihre vielschichtigen Kompetenzen maßgeblichen Einfluss auf personelle Entscheidungen, inhaltliche Prioritäten und die Verwendung der Finanzmittel. Sie gestaltet daher die Abläufe der bilateralen und der multilateralen Politik mit, wenn sie auch als integraler Bestandteil des Ministeriums die Anordnungen aus dem Quai d'Orsay befolgen muss.

Die Verlagerung der Kooperation auf die EU-Ebene bringt den Vorteil Projekte in größerem Rahmen mitgestalten zu können, erfordert aber natürlich Verhandlungen mit den europäischen Partnern, was den Handlungsspielraum in gewisser Weise begrenzt. Die Darstellung dieser Verlagerung als bewusste strategische Entscheidung<sup>131</sup> bedeutet wohl auch, dass diese nicht getroffen wurde, um Frankreich einen Nachteil bezüglich seines Einflusses im Kosovo zu bescheren. Vielmehr liegt es nahe, dass mit verstärktem Engagement in EU-Initiativen der Anspruch Frankreichs auf die Führungsrolle in der EU-Außenpolitik manifestiert werden soll.

Was die vielschichtigen Aufgaben der Botschaft betrifft, so ist sie damit zumindest nicht alleine. Einige quasi-staatliche Institutionen sind mit ähnlichen Aufgaben ausgestattet und als Akteure im Kosovo aktiv. Sie werden im Folgenden kurz vorgestellt.

---

<sup>130</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

<sup>131</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

#### 4.2.2. Staatliche Organisationen mit dem Ziel der Vernetzung der Akteure

*Die MIESE (Mission interministerielle pour l'Europe du sud-est)*

Die MIESE wurde im Juli 1999 auf Initiative des Büros des Premier Ministers gegründet, um eine zentrale Koordination der verschiedenen Aktivitäten und Institutionen bezüglich der Wiederaufbauhilfe zu ermöglichen. Der ehemalige Minister für Industrie und Außenhandel, Roger Fauroux, wurde mit der Leitung betraut und ab September 1999 begann die Arbeit.

Außer ihm waren nur fünf Personen integriert, ein Generalsekretär, Vertreter von Verteidigungs-, Finanz- und Außenministerium sowie ein Repräsentant vor Ort.

Dieses doch eher kleine Team war vor einen Berg an Aufgaben gestellt:

- *coordonner l'action des administrations intervenant pour la reconstruction,*  
[Koordination der am Wiederaufbau beteiligten Verwaltungsstellen]
- *assurer la liaison entre les bailleurs de fonds bilatéraux et multilatéraux,*  
[Den Kontakt zwischen bilateralen und multilateralen Hilfsfonds erhalten]
- *organiser et assurer la représentation de l'État lors des réunions concernant la reconstruction des Balkans,*  
[Garantieren, dass der Staat bei Zusammenkünften die den Wiederaufbau des Balkans betreffen, vertreten ist]
- *assurer la liaison avec les acteurs publics non étatiques (collectivités locales<sup>132</sup>, établissements publics, etc.) et les intervenants privés (ONG, entreprises, etc.),*  
[Die Verbindung zwischen nicht-staatlichen öffentlichen Akteuren (Gemeinden, Regionen und öffentliche Einrichtungen) und privaten Investoren (NGOs, Unternehmen, etc)]
- *promouvoir notamment l'offre française en assistance technique, en équipement et en services,*  
[Das französische Angebot an technischer Assistenz fördern, was Ausrüstung und Dienstleistungen betrifft]

---

<sup>132</sup> Als *collectivités locales* werden in Frankreich Kommunen, Regionen, Departements und überseeische Gebiete mit speziellem Statut bezeichnet. Diese sind, wenn auch mit Abstrichen, mit den österreichischen Ländern, Bezirken und Gemeinden zu vergleichen. Sie werden laut französischer Verfassung nicht als Teil des Staates, jedoch als öffentliche Institution angesehen. Die Methodik dieser Arbeit geht jedoch sehr wohl davon aus, dass diese territorialen Entitäten, als „staatliche Akteure“ bezeichnet werden können, daher umfasst der Begriff staatliche Akteure im gesamten Text auch die *collectivités locales*.

- *assurer une liaison avec les responsables de la MINUK et de la KFOR.*<sup>133</sup>

[Den Austausch der Verantwortlichen der KFOR und der UNMIK garantieren]

Zusätzlich wurde ihr die Aufgabe übertragen die Koordination und den Informationsaustausch der großen außenpolitischen Ebenen untereinander zu regeln:

- *entre les acteurs français, publics ou privés, civils ou militaires, sur le terrain ou à Paris,*

[zwischen den öffentlichen, privaten, zivilen und militärischen Akteuren aus Frankreich, vor Ort und in Paris]

- *entre les acteurs français et les structures internationales,*

[zwischen französischen Akteuren und internationalen Strukturen]

- *entre les acteurs de "terrain" et les administrations parisiennes.*<sup>134</sup>

[zwischen lokalen (kosovarischen) Akteuren und der Pariser Verwaltung]

Ein Aufgabengebiet, welches nicht prinzipiell von jenem der Botschaft abwich, welches jedoch im Gegensatz zu diesem eine mehr wirtschaftliche und weniger politische Note hatte. Die MIESE sollte einerseits primärer französischer Ansprechpartner für die internationalen Institutionen sein und andererseits interessierten Unternehmen und NGOs den Einstieg in den Markt erleichtern. Letzteres sollte vor allem durch die Bereitstellung von Informationen und Kontakten geschehen. Darunter fällt die Kenntnis der ökonomischen Bedürfnisse vor Ort, Wissen über die verschiedenen Fonds und Fördertöpfe, die angezapft werden können, die Unterstützung der lokalen Verantwortlichen und der Vertreter und Vertreterinnen der internationalen Institutionen, die für den entsprechenden Sektor zuständig sind. Wichtig ist auch die Sicherung der Hilfe des Militärs, welches eine hervorragende logistische Ausrüstung besitzt und über Kenntnis der Lage vor Ort verfügt.

Die Aufgabe der MIESE war auch insgesamt nicht die direkte Finanzierung von diversen Vorhaben, sondern deren Koordinierung und Vernetzung. Sie selbst fiel unter die bilaterale Hilfe mit einem Budget von 35 Millionen Francs [5,34 Millionen Euro]. Durch eine Kooperation mit der französischen Entwicklungsagentur AfD [Agence française de Developement] konnten 35 Millionen Francs und weitere 10 Millionen

---

<sup>133</sup> HCCI, 2005, s. 42

<sup>134</sup> HCCI, 2005, s. 42

Francs [Millionen Euro] für die Sanierung der Trepca Minen, die über die AfD aus einem Spezialfonds des Premierministers stammten, akquiriert werden.

Die AfD untersteht den Ministerien für Äußeres, Finanzen und Überseegebiete, ihr jährliches Budget beträgt 400 Millionen Euro<sup>135</sup>. Sie verabschiedete sich jedoch, wie schon erwähnt, 2002 aus dem Kosovo. Frankreich war danach eines der wenigen größeren Geberländer ohne Entwicklungshilfeorganisation im Kosovo.

Die MIESE wird des Weiteren häufig aufgrund ihrer Pionierrolle im Zusammenhang mit den

ACM (Actions Civilo-Militaires) [zivil-militärische Aktionen] erwähnt. Kritisiert wird sie von Bebaud für die mangelnde Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, wie der „Cellur“ des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit.<sup>136</sup> Ihr Abzug erfolgte Ende 2002 ebenfalls sehr früh. Im Sommer 2000 wurde Frankreich als jenes Land bezeichnet, welches sich am stärksten am Aufbau beteiligt hatte.<sup>137</sup>

#### *CELLUR und DAH, humanitäre Instrumente des Staates*

Die beiden Körperschaften sind als Teil einer historischen Entwicklung eines „administrativen Humanismus“ zu begreifen. Die erste Einrichtung dieser Art trug den Namen "Mission de Liaison des Organisations Non-Gouvernementales" (MILONG) [Mission zur Vernetzung von und mit NGOs]. Sie wurde 1968 vom Außenministerium gegründet. Unmittelbarer Anlass dafür war der Biafra Krieg von 1967, in welchem erstmals eine starke Mediatisierung menschlichen Leids stattfand. Die CELLUR (Cellule interministerielle d'Urgence) als interministerielle Kooperation zwischen Außen- und Entwicklungsministerium wurde 1985 ins Leben gerufen. Sie wurde schließlich 2003 die „Delegation à l'Action Humanitaire“ (DAH). Ein Jahr später wurde mit dem „Comité de l'action humanitaire d'urgence“ ein weiteres Gremium geschaffen, welches die humanitäre Arbeit von insgesamt sechs Ministerien koordinieren sollte.<sup>138</sup> Dieses hat jedoch lediglich die Aufgabe der Regierung Vorschläge für Hilfsmaßnahmen vorzulegen. Zusätzlich ist für jede Botschaft ein „correspondant humanitaire“ vorgesehen. Die vom Ministerium präsentierte Liste weist jedoch nicht für jede Botschaft einen solchen aus. Der Kosovo ist nicht zu finden. Ein Beauftragter für

---

<sup>135</sup> Agence Française de Développement: The AFD Organisation, <http://www.afd.fr/jahia/Jahia/home/Qui-Sommes-Nous/Organisation>, 16.07.2008

<sup>136</sup> BEBAUD, 2005, s. 10f

<sup>137</sup> BEBAUD, 2005, s. 9f

<sup>138</sup> Ministère des Affaires étrangères: L'évolution des structures politico-administratives

„Serbien und Montenegro“ scheint auf.<sup>139</sup> Es ist davon auszugehen, dass diese Liste bereits seit einigen Jahren nicht mehr aktualisiert wurde.

Die finanziellen Mittel, des „Fonds d’Urgence Humanitaire“ (FUH) wird von der DAH verwaltet. Die Mittel sind vorgesehen für direkte Hilfslieferungen, Unterstützung von Programmen internationaler staatlicher und nichtstaatlicher Hilfsorganisationen sowie akuter Maßnahmen französischer Vertretungsbehörden. Seit 2005 gibt es mit Sicherheit keine Förderungen aus dem FUH für den Kosovo.<sup>140</sup> Für das Jahr 1999 erhielt der Kosovo jedoch den Löwenanteil. Eine logische Entwicklung. Schließlich sind die Gelder für Hilfe im Notfall da, während für weitere Entwicklungen langfristige Projekte geplant sind.

### *Die FCI*

Die FCI (France Cooperation International) ist ein „*groupement d’interet public*“, die auf Initiative des Außenministeriums und des Ministeriums für Verwaltungsangelegenheiten (*Ministère de la Fonction Publique*) 2002 ins Leben gerufen wurde. Weitere Gründungsmitglieder waren EGIDE (Zentrum für internationalen Austausch), die französische Entwicklungsagentur, und die ENA (*École Normale d’Administration*).<sup>141</sup>

Das „*Ministère de la fonction publique*“ heißt eigentlich „*Ministère du Budget, des comptes publics et de la fonction publique*“. Es ist also auch für das Budget und den Staatshaushalt zuständig.<sup>142</sup>

Die Form des „*groupement d’interet public*“ ist ein rechtliches Statut, welches bevorzugt bei Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, die Aktivitäten „im öffentlichen Interesse“ unternehmen, verwendet wird.

Im Falle der FCI beinhalten diese Aktivitäten, laut Statut, technische Assistenz, Beratung, Schulung und Forschung in allen Bereichen der internationalen Kooperation. Ihre Aufgabe ist die Bereitstellung von Experten und Expertinnen aus dem öffentlichen und privaten Sektor für bilaterale und multilaterale Missionen, die Unterstützung von französischen Akteuren, die in der internationalen Kooperation tätig sind und die direkte

---

<sup>139</sup> Ministère des Affaires étrangères: Liste des correspondantes humanitaires

<sup>140</sup> Ministère des Affaires étrangères: Le Fonds d’urgence humanitaire

<sup>141</sup> France Cooperation International, <http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Extraits-convention-FCI.pdf>, 24. 06. 2008

<sup>142</sup> Ministère du Budget, des comptes publics et de la fonction publique, <http://www.fonction-publique.gouv.fr/>, 25. 06. 2008

Durchführung und das Management von Missionen auf Anfrage von französischen und internationalen Behörden.

Vorrangiges Ziel ist dabei, die internationale französische Präsenz zu stärken und Synergien zwischen den verschiedenen privaten und öffentlichen Akteuren zu nutzen. Der Präsident der FCI wird vom Premierminister auf Vorschlag vom Außenminister und vom Minister für Entwicklungszusammenarbeit ernannt.<sup>143</sup> Letzterer ist derzeit auch für Migration, nationale Identität und Integration zuständig.<sup>144</sup> Im Jahr 2007 hat sich das Budget der FCI im Vergleich zu 2006 von 9,3 Millionen Euro auf 17,4 Millionen Euro gesteigert. Der stärkste Sektor ist dabei die Bereitstellung und Koordinierung von Experten und Expertinnen für Auslandseinsätze mit 13,4 Millionen Euro.<sup>145</sup>

Im Jahresbericht für 2007 wird der Kosovo im Zusammenhang mit Expertenmissionen erwähnt. Das Aufgabengebiet der FCI im Kosovo wird mit „*Gouvernance et développement de l'influence française*“ betitelt. Darunter fällt eine Langzeitmission, die bis Juni 2009 lief, Sicherheits- und Politikberatung im ICO und eine kurze Mission im Juni 2007 zur Unterstützung des SCAC. Beide sind vom Außenministerium finanziert.<sup>146</sup> Das Programm, welches die FCI für SCACs anbietet, beschäftigt sich mit multilateraler Finanzierung von Projekten und der Stärkung der französischen Präsenz auf multilateraler und europäischer Ebene. Die FCI präsentiert sich als „*acteur de l'influence française*“. Im Vordergrund steht Schnelligkeit und Flexibilität bei der Besetzung von Stellen in verschiedenen „*instances politiques*“, also politisch relevanten Positionen in internationalen Organisationen und der Europäischen Union. Es geht dabei darum, bei Bedarf rasch qualifizierte Franzosen und Französinen zu finden, die mit unterschiedlicher Vertragsdauer und unter unvorhersehbaren Umständen zum Einsatz kommen sollen. Der erste praktische Anwendungsfall dieser Doktrin war die Bereitstellung eines französischen Experten, um an der Ausarbeitung eines neuen Statuts für den Kosovo teilzunehmen.<sup>147</sup>

Es zeigt sich also, dass die Botschaft in Ausübung ihrer Tätigkeit als zentrale Koordinationsstelle der französischen Akteure im Kosovo nicht ganz alleine dasteht.

---

<sup>143</sup> France Cooperation International, <http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Extraits-convention-FCI.pdf>, 24. 06. 2008

<sup>144</sup> France Cooperation International, [http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Plaqueette\\_FCI.pdf](http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Plaqueette_FCI.pdf), 25. 06. 2008

<sup>145</sup> France Cooperation International: Rapport d'activité, <http://www.fci.gouv.fr/spip.php?article3>, 25. 06. 2008

<sup>146</sup> France Cooperation International: Rapport annuel d'activité 2007, s.13

<sup>147</sup> FCI, acteur de l'influence française, <http://www.fci.gouv.fr/spip.php?article72>, 25. 06. 2008

Andere Organisationen haben sich auf Bereiche wie humanitäre Hilfe, den wirtschaftlichen Wiederaufbau oder die Bereitstellung von Expertise spezialisiert und übernehmen in ihren Bereichen Aufgaben. Eine mangelnde Kontinuität und eine unzureichende Strukturierung sind jedoch festzustellen, wenn man bedenkt, dass die MIESE nach einem Jahr aufgehört hat zu existieren und zur Koordination, Kooperation und Implementierung herangezogen wurde.

Interessant ist das Statut des *groupement d'intéret public*, welches die FCI trägt. Dieses bietet nun die Möglichkeit mit staatlichen und privaten Akteuren zusammenzuarbeiten, es bewirkt aber auch eine Schwächung der parlamentarischen Kontrollmechanismen da ein *groupement d'intéret public* nicht Teil der Exekutive ist. Besondere Auswirkungen sind bei den Arbeitsverträgen spürbar. Kollektive Richtlinien, die für den Dienst im öffentlichen Bereich bestimmt sind, gelten in einem Arbeitsverhältnis mit dem FCI natürlich nicht, was wiederum die Voraussetzung für die hohe Flexibilität und Spontaneität bei der Beschaffung von Arbeitskräften ist, die von öffentlichen Institutionen nicht in diesem Ausmaß gewährleistet werden. Eine Art Auslagerung staatlicher Aufgaben an private Dienstleister findet anscheinend statt. Die gesteigerte Flexibilität und die hohe Spezialisierung lassen sich andererseits natürlich hervorragend für die Rekrutierung zu multilateralen Programmen und Maßnahmen nutzen. So gesehen ist diese Entwicklung als Anpassung an die Herausforderungen, wie die Nutzung des Potentials von privaten Akteuren und der Möglichkeiten multilateraler Intervention zu werten. Die massiven inhaltlichen und prozessualen Unterschiede können auch als Adaptierung an eine völlig neue Situation mit neuen Anforderungen gesehen werden.

Der Umfang der Aktivität und der Einsatz der Mittel seitens der FCI im Kosovo sind dennoch gering. Schließlich ist der Kosovo ja auch nicht der einzige Schauplatz an dem die FCI arbeitet. Überdies zählt er auch längst nicht mehr zu den Prioritäten des Quai d'Orsay.<sup>148</sup>

Neue wirtschaftliche Wiederaufbaumärkte haben sich erschlossen, zahlreiche humanitäre Katastrophen sind passiert. Afghanistan und diverse Schauplätze in Afrika binden die Mittel und die Aufmerksamkeit der Akteure der französischen Außenpolitik.

---

<sup>148</sup> Interview mit Christophe PRADIER am 16.05.2008, in Pristina

### 4.2.3. Die Streitkräfte der französischen Republik im Kosovo

Nach der verhältnismäßig starken Beteiligung Frankreichs am Luftkrieg gegen Jugoslawien, marschierte seine Armee im Sommer 1999 als wesentlicher Teil der KFOR in den Kosovo ein. 7000 der 50000 Soldaten und Soldatinnen waren von der Pariser Regierung geschickt worden. Bis 2008 wurde die Gesamtzahl auf 17.500 reduziert, 2000 davon Männer und Frauen, die in der französischen Armee dienen. Frankreich stellt der KFOR zusätzlich etwa 150 Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung.<sup>149</sup> Die rechtliche Grundlage der Mission ist die UN-Resolution 1244. Sie stellt den Kosovo als integralen Bestandteil Serbiens unter internationale Verwaltung und sieht zur Absicherung und Implementierung dieser Präsenz eine militärische Schutztruppe vor. Im Gegensatz zur internationalen zivilen Verwaltung (UNMIK), sind die internationalen Streitkräfte bei der Bevölkerung des Kosovo sehr beliebt. Ihre Präsenz wird als notwendig erachtet, um eine stabile Sicherheitslage zu gewährleisten. Gemeinsam mit Deutschland, Italien und den USA, gehört Frankreich also zu den militärisch am intensivsten engagierten Nationen. Großbritannien hat so gut wie alle seine Soldaten abgezogen. Ein Artikel der BBC lässt den Schluss zu, dass das Engagement des Inselreiches in Afghanistan und im Irak die vorhandenen Streitkräfte an die Grenzen ihrer Kapazitäten gebracht hat. Zumindest argumentierten Verantwortliche der Verteidigungspolitik so ihre Ablehnung einer Aufstockung des bereits kleinen britischen Kontingentes in der brisanten Phase des Prozesses der Unabhängigkeitserklärung 2008.<sup>150</sup> Die russischen Truppen verließen den Kosovo im Juli 2003. Die russische Armee hatte nach dem Ende des NATO-Bombardements und der Unterzeichnung einer Waffenruhe, überraschend seine Friedenstruppen von Bosnien nach Pristina verlegt und dort den Flughafen besetzt. US-General Wesley Clark erteilte daraufhin seinen Truppen vor Ort den Schießbefehl. Der betroffene lokale Kommandant, der Brite Michael Jackson, verweigerte geistesgegenwärtig die Ausführung dieser Anordnung. Zu Beginn der Mission unterhielt Russland etwa 3500 Soldaten im Kosovo. Grund für den frühen Rückzug der Russen war laut Kramer und Dzihic jener, dass sie von vorne herein nur über mangelnde Ausrüstung verfügten und kaum in der Lage waren sich selbst zu versorgen.<sup>151</sup> Der „Nationalkongress“ der

---

<sup>149</sup> Ministère de la Defense, Etat Major des Armées: Les forces francaies au Kosovo, 29.08.08

<sup>150</sup> BBC News: Can UK troops deal with Kosovo?, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/7252913.stm>, 27.08.2008

<sup>151</sup> DZIHIC/KRAMER, 2005, s. 244

Kosovo-Serben rief im Februar 2008 zur Rückkehr der russischen Friedenstruppe auf.<sup>152</sup>

Sie erwarteten sich von ihrer traditionellen Schutzmacht mehr Unterstützung.

Die aktivsten Mächte teilten den Kosovo in Verantwortungsbereiche auf.

Im Juni 1999 ergab sich diesbezüglich folgendes Bild:



ESRI, 2000,

<http://gis.esri.com/library/userconf/proc00/professional/papers/PAP929/p929.htm>

Die russischen Zonen wurden in Folge des Abzugs der Russen an die deutsche, die französische und die amerikanische Zone angegliedert.

### *Die Stellung Frankreichs in der KFOR*

In der französischen Zone befinden sich auch Truppen anderer Länder, die sich an der Mission im Kosovo beteiligen. Diese Länder sind Griechenland, Marokko, Dänemark, Belgien, Estland und die Mongolei. Von den etwa 3000 Soldaten und Soldatinnen in der Nordzone sind etwa zwei Drittel Teil der französischen Armee. Die Restlichen werden von den anderen nationalen Armeen entsandt.<sup>153</sup> Griechen und Serben verbindet eine Jahrhunderte alte Tradition der Völkerfreundschaft. Dies äußerte sich durch eine weitgehende Ablehnung der NATO-Aggression durch die griechische Bevölkerung im

<sup>152</sup> Kosovo Compromise Staff: Kosovo Serbs call for return of Russian troops to KFOR, Thursday, February 28, 2008

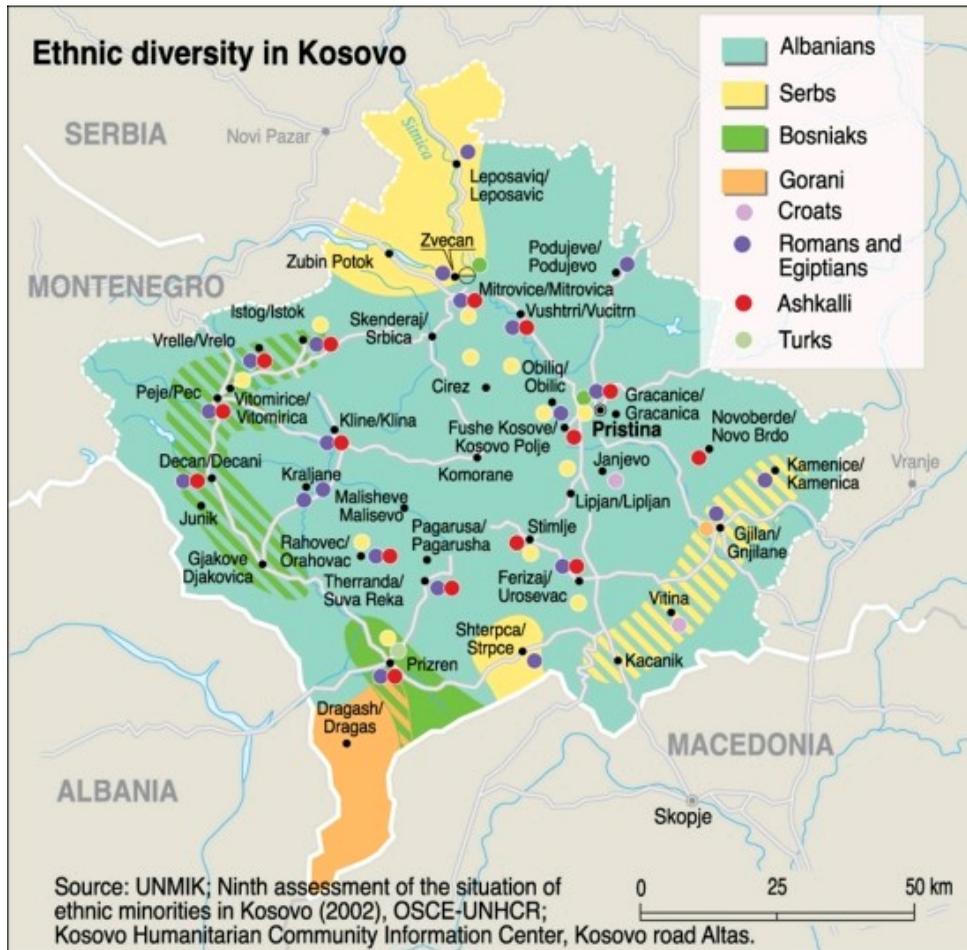
<sup>153</sup> Ministère de la Défense, État Major des Armées: Les forces français au Kosovo, 29.08.08

April 1999<sup>154</sup> und zahlreiche Demonstrationen. Der griechische Einsatz nördlich von Mitrovica ist also mit Sicherheit aus diesem Hintergrund heraus zu verstehen. Wie auf der Karte über die ethnische Zusammensetzung des Kosovo ersichtlich, befindet sich das größte geschlossene serbische Siedlungsgebiet unmittelbar angrenzend an das Mutterland im Nord-Westen der französischen Zone. Etwa die Hälfte der im Kosovo lebenden Serben hat dort ihren Wohnsitz. Die Bevölkerungsmehrheit in diesen drei Kommunen Zubin Potok, Zvecari und Lopusavic ist serbisch. Zum Vergleich, zwei Karten, welche die ethnischen Verhältnisse einmal entlang der Provinzen und einmal entlang der Siedlungsräume skizzieren



Quelle: OSZE, 2005

<sup>154</sup> GOSE, Stefan: Kriegsdiplomatie im Kosovo, die Betroffenen wurden nicht gefragt, 1999, [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak428/40.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak428/40.htm), 28.08.2008



Die Frage warum Frankreich für dieses Gebiet zuständig ist wird meist nur spärlich beantwortet. Die historische Bindung zwischen Frankreich und Serbien wird von den befragten Vertretern Frankreichs im Kosovo als Erklärung zurückgewiesen. Der stellvertretende Botschafter Richard meinte die Zonen seien eher zufällig aufgeteilt worden. Pradier vom ICO erzählte, dass ursprünglich ein Rotationssystem geplant gewesen sei, welches sich aber nicht durchgesetzt habe. Beide betuerten, dass es keinesfalls der Wunsch Frankreichs gewesen sei die Zone zu übernehmen, da die zu erwartenden Spannungen dort am größten seien. Der Wunsch wäre, so Pradier, vielmehr gewesen die jetzige US-Zone um Gjilan/Gnjilane im Süd-Osten des Landes zu verwalten. Trotz gemischter Bevölkerung ist die Lage dort eher ruhig einzuschätzen. Zudem liegt sie, gemeinsam mit der britischen Zone, auf der strategisch interessanten Achse Belgrad – Skopje – Thessaloniki. Die Bereitschaft sich schließlich der Nordzone anzunehmen, wurde von der „International Crisis Group“ (ICG) mit Lob und

Anerkennung versehen, obwohl diese Einrichtung der französischen Außenpolitik eher kritisch gegenübersteht.<sup>155</sup>

De Plinval bezeichnet die französisch-serbische Freundschaft als symbolische Angelegenheit. Schließlich ist 1914 schon lange vorbei und die weltpolitische Situation ist heute eine andere. Die Armee denke auch nicht politisch, sondern mache ihren Job. Außerdem vergessen die meisten Armeeingehörigen die Waffenbrüderschaft mit den einstigen Verbündeten recht schnell, wenn so wie in Bosnien, serbische Granaten auf sie niederprasseln.<sup>156</sup>

Benoit Goffin, der eine Arbeit über die nördliche Zone und ihre militärische Verwaltung schrieb, bezeichnete die traditionellen Bande sehr wohl als Grund, aber auch nur deshalb, weil die anderen Nationen überhaupt keinen positiven Anknüpfungspunkt mit den Serben haben, wenn man von den Griechen absieht, die ebenfalls in der nördlichen Zone stationiert sind. Als weiterer Grund wird genannt, dass die anderen Staaten bereits legitime Gründe für die Wahl ihrer Zonen haben und dass Frankreich aufgrund seiner Erfahrung im Bosnien-Krieg am Besten dafür geeignet ist, schwierige Situationen zu lösen. Über die ökonomischen Aspekte wird vorerst nichts geschrieben.<sup>157</sup>

Funktionierende Kooperationen zwischen Frankreich und Serbien, wie eine gemeinsame Patrouille mit angehörigern beider Armeen, existieren.<sup>158</sup> Doch auch in diesen Fällen dient die Kooperation eher dem Interesse an einer prinzipiellen Stabilität der Region und der Darstellung des Erfolgs der eigenen Politik. Französisch-serbische Kontakte mögen also funktionieren, Gründe dafür sind jedoch vielmehr pragmatisch. Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang, dass das ehemalige Jugoslawien aufgrund seiner Geschichte als französische Konstruktion bezeichnet werden kann, wie der österreichische Politologe Ernst-Florian Winter es ausdrückt. Das Schulsystem bot damals seinen Schülern und Schülerinnen an, als erste Fremdsprache entweder französisch oder russisch zu wählen, also ist davon auszugehen, dass ein beträchtlicher Anteil der Serben und Serbinnen, Grundkenntnisse des Französischen besitzt. Zweifellos erleichtert dies Kooperationen auf allen Ebenen. Unbestritten ist jedoch, dass die Lehrpläne Jugoslawiens auch für die Albaner im Kosovo ihre Gültigkeit hatten, abgesehen von der Periode zu Beginn der 90er Jahre, als Kosovo-albanische

---

<sup>155</sup> Interview mit Christophe PRADIER am 16.05.2008

<sup>156</sup> Interview mit Guillaume DE PLINVAL, 18.05.2008

<sup>157</sup> GOFFIN, Benoit: L'action des militaires de la task force multinationale nord, UFR Geographie, Université Paris I, 2008, s.40ff

<sup>158</sup> Ministère de la Defense, Etat Major des Armées:  
[6 December 2007: Joint patrol in the North of Kosovo](#)

Parallelinstitutionen die staatlichen Einrichtungen Belgrads unterwanderten. Jedoch hat Frankreich, zumindest zum Zeitpunkt seiner Ankunft im Kosovo, bei den Albanern noch nicht gewonnen, was es bei den Serben bereits verloren hatte. Trotz der prominenten Beteiligung Frankreichs an der NATO-Intervention 1999, waren die Soldaten und Soldatinnen aus Frankreich mit dem Misstrauen der albanischen Bevölkerung konfrontiert. Ihnen wurde immer noch eine serbenfreundliche Grundhaltung nachgesagt. Besonders die abwartende Haltung vor der Intervention, welche diese ja auch hinausgezögert hat und das Setzen auf Verhandlungen, während andere Staaten bereits nach militärischer Gewalt riefen, blieb vielen Albanern und Albanerinnen negativ in Erinnerung. Die Politik Kouchners als Repräsentant des UN-Generalsekretärs im Kosovo und sein humanitäres Engagement konnten in dieser Hinsicht einiges bewirken. Im Vergleich sind andere am Krieg beteiligten Nationen aber dennoch beliebter.

Die USA etwa sind die einzige ausländische Nation, die im Kosovo einen Fahnenkult etablieren konnte. Dieser reicht mitunter bis in die Repräsentationsräumlichkeiten der Institutionen der Republik Kosovo, wo die Stars and Stripes der Amerikaner häufig dem Emblem der NATO und seit März 2008 auch der Flagge der Republik Kosovo Gesellschaft leisten. Ein riesiges Bild von Bill Clinton ist am Rande einer der zentralsten Durchzugsstraßen von Pristina zu bewundern. Der Boulevard ist nach dem ehemaligen US-Präsidenten benannt. Die entschlossene Parteinahme der Amerikaner zugunsten der UCK in einer entscheidenden Phase des Konfliktes mit Serbien, machte die Amerikaner sympathisch.

Die Deutschen halfen der UCK in einer früheren Aufbauphase. Zu ihnen existieren auch historische Bände. Die Gründe für das französische Engagement im nördlichen Sektor sind also vielfältig, was den Ausschlag gab, kann jedoch nicht festgelegt werden.

Die Klassifikation des französischen militärischen Engagements im Sinne der Spinnennetztheorie, kann auch in diesem Fall nicht eindeutig erfolgen. Wie die Agenden der Diplomatie, fällt die Verteidigungspolitik in Frankreich unter die „domaine réservé“ des Staatspräsidenten, der in allen Punkten befugt ist Entscheidungen zu treffen. Die Umsetzung obliegt, wie in den meisten anderen Ländern jedoch zwei verschiedenen Ministerien. Militärische Agenden laufen also über eine andere Verwaltungsstruktur, zählen aber natürlich trotzdem zur staatlichen Außenpolitik. Im Kosovo operiert innerhalb dieser Struktur auch der französische

Geheimdienst DGSE (Direction Générale de Sécurité Étrangère), dessen genauere Aktivitäten jedoch unbekannt sind. Auch die anderen involvierten Staaten unterhalten Delegationen ihrer Geheimdienste im Kosovo. Guillaume de Plinval, der selbst für das französische Verteidigungsministerium arbeitet meint, diese würden sich hauptsächlich der organisierten Kriminalität sowie dem illegalen Handel mit Drogen oder Waffen, widmen.<sup>159</sup> Janes Defence Week schreibt, dass die DGSE bei der Markierung von Zielen der Luftkriegsoffensive gegen Jugoslawien 1999 und bereits davor gegen die bosnischen Serben 1995 gemeinsam mit anderen französischen Spezialeinheiten und Geheimdiensten anderer Länder eine Rolle gespielt haben soll.<sup>160</sup>

Im Rahmen der KFOR sind die französischen Militärs jedoch wieder in eine multilaterale Struktur eingebunden, deren Regeln nicht in aller Klarheit festgelegt sind und deren Praktiken sich nicht immer nach diesen Regeln richten, sodass der konkrete französische Einfluss nicht direkt messbar ist. Jedenfalls handelt es sich um das staatliche außenpolitische Engagement in einer multinationalen Einrichtung.

In den 5 Zonen erhielt jeweils eines der nationalen Kontingente, Leitungsfunktion. In manchen Zonen wechselten sich die teilnehmenden Nationen bezüglich der Leitung ab. So hat in der südlichen Zone, in welcher Deutschland die meisten Einheiten unterhält, im Sommer 2008, Österreich das Kommando, welches es kurz davor von der Türkei übernommen hat. In den Zonen von Frankreich und den USA ist dieser Vorgang nicht zu beobachten.<sup>161</sup> In der französischen Zone bekommen andere teilnehmende Nationen die Verantwortung über bestimmte kleinere Territorien innerhalb der Zone zuerkannt. So gibt es in der nördlichen Zone ein französisches Bataillon, welches alle Einheiten französischer Sprache umfasst ein dänisches Bataillon, in welches auch die Esten integriert sind und ein griechisches Bataillon.

Der Generalstab der TFMN-N (Task Force Multinational Nord) setzt sich aus Vertretern der teilnehmenden Nationen zusammen.<sup>162</sup>

Folgendes Aufgabengebiet ist laut NATO-Homepage für die militärische Leitung der Nord-Zone vorgesehen:

- *Establish and maintain a secure environment.*
- *Monitor, verify the Military Technical Agreement (MTA).*

---

<sup>159</sup> Interview mit Guillaume DE PLINVAL, 18.05.2008

<sup>160</sup> SEIGLE, Greg: Kosovo: Special forces involvement confirmed, Jane's Defence Weekly, [http://www.janes.com/defence/news/kosovo/jdw990420\\_01\\_n.shtml](http://www.janes.com/defence/news/kosovo/jdw990420_01_n.shtml), 09.09.2008

<sup>161</sup> Biographies of KFOR Commanders, <http://www.nato.int/kfor/structur/whoswho/index.html>, 22. 07. 2008

<sup>162</sup> GOFFIN, 2008, s. 49

- *Provide assistance to UNMIK, in order to facilitate peace and stability in Kosovo*
- *Concerning the security, the brigade provides patrols, checkpoints, escorts and intelligence by an efficient layout of troops that permits a permanent contact with the population in order to anticipate or to react with determination.*
- *On the civilian-military cooperation side, the task force acts in close cooperation with international and non-governmental organizations through is CIMIC (Civil Military Co-operation). The CIMIC notably provides to the population goods and food to isolated villages. It also takes part in the rebuilding of infrastructures by providing supplies and expertise.<sup>163</sup>*

Bemerkenswert ist, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit, die im weiteren Verlauf des Kapitels noch Gegenstand der Betrachtungen sein wird, als wichtige Komponente angegeben wird. Die Aufteilung des Gebietes der französischen Zone in kleinere Verantwortungsbereiche, ist einer Grafik zu entnehmen.



Quelle: EMA (Etat Major des Armées)

Dazu ist zu bemerken, dass sich die Grenzen je nach den Notwendigkeiten der Situation in der Zone verschieben. Generell ist zu sagen, dass die französisch und dänisch kontrollierten Gebiete, jeweils albanischen und serbischen Siedlungsraum umfassen.

<sup>163</sup> «Multinational Task Force North»,  
[http://www.nato.int/KFOR/structur/units/mnb\\_northeast.html](http://www.nato.int/KFOR/structur/units/mnb_northeast.html), 22. 07. 2008

Der griechische Sektor ist ausschließlich serbisch bewohnt. Prinzipiell herrscht jedoch das Dispositiv, dass alle Soldaten mehrmals zwischen den ethnischen Zonen wechseln müssen, um eine Identifikation mit der jeweiligen Bevölkerungsgruppe zu vermeiden und dass in Krisenfällen mit Einheiten gemischter Nationalitäten interveniert wird, um zu verhindern, dass das Verhalten der Sicherheitskräfte einer Nation angelastet wird.<sup>164</sup>

Die TFMN-N ist natürlich nicht als isolierte Struktur zu betrachten. Schließlich ist sie in eine gesamtheitliche Struktur der KFOR eingebunden, welche eine komplexe Kommandokette besitzt. Ihr obliegt jedoch die wichtige Aufgabe der Implementierung der politischen Entscheidungen vor Ort. Formal stehen die Truppen im Kosovo unter NATO-Kommando. Der Generalstab der KFOR befindet sich in „Filmcity“, einem Gelände, welches früher als Filmstudio genutzt wurde, welches sich in der Nähe von Pristina befindet. Seit 2003, wechseln sich dort Deutschland, Italien und Frankreich bei der Leitung der KFOR jährlich ab. Diese nimmt Weisungen von der NATO Außenstelle für den Balkan in Neapel entgegen und die Entscheidungen über die generelle politische Vorgehensweise der NATO werden in den „Botschafterkonferenzen“ der NATO in Mons getroffen. Das Gewicht der einzelnen Staaten bei dieser Konferenz hängt einfach davon ab, wie viele Mittel sie für den Einsatz zur Verfügung stellen. Die USA sind in diesem Gremium sehr präsent, wie De Plinval berichtet.<sup>165</sup>

Goffin geht noch etwas detaillierter auf diese Kommandokette, wie er sie nennt, ein. Ein Rahmen für das Mandat der KFOR wird schließlich von der UN-Resolution 1244 gegeben, welche die völkerrechtliche Grundlage für deren Einsatz bildet. Sie wurde 1999 nach dem Ende des Luftkrieges der NATO beschlossen. Ein weiterer wesentlicher Punkt sind die Vertreter und Vertreterinnen der Staaten vor Ort. So gibt es eine französische Delegation in Filmcity, welche die Interessen des Nationalstaats im Generalstab vertritt und Zuständigkeiten ausübt, welche nicht unter die Ägide der NATO fallen. Ein kleiner Teil der französischen KFOR-Einheiten bleibt auch immer im Hauptquartier stationiert. Es sind also nicht alle französischen KFOR-Einheiten in der nördlichen Zone. Der Einfluss Frankreichs in der KFOR passiert und passierte also auf mehreren Ebenen. Bereits in der Ausarbeitung der rahmengebenden Resolution 1244, konnte es als Mitglied im UN-Sicherheitsrat ein Wörtchen mitreden. In der

---

<sup>164</sup> GOFFIN, Benoit, 2008, s. 89f

<sup>165</sup> Interview mit Guillaume DE PLINVAL, 18.05.2008

Ausformulierung der NATO-Politik bestimmt es in Mons mit und ein erheblicher Einfluss entsteht durch die Präsenz im KFOR-Hauptquartier sowie durch den Umstand, dass es eines der größten Kontingente an Militärs stellt. Ein indirekter, formal nicht geregelter Einfluss auf die Streitkräfte der eigenen Nation ist natürlich ebenfalls vorhanden.

*Nördlich des Ibar, wo hört der Kosovo auf und wo fängt Serbien an?*

Die große Besonderheit der französischen Zone ist, dass sich in ihr das einzige größere, fast geschlossene Siedlungsgebiet von Kosovo-serbischer Bevölkerung mit direkter Grenze zur Republik Serbien befindet. Die Situation ist in diesem Gebiet folglich eine völlig andere als jene in den serbisch dominierten Enklaven im Rest des Kosovo. Es sei vorweggenommen, dass diese Unterschiede durch die massive Vertreibung von Serben von Süd nach Nord und der Vertreibung einiger weniger verbliebener Albaner von Nord nach Süd, noch einmal markanter wurden.

Im Norden ist der ethnisch serbische Teil noch immer praktisch unter serbischer Verwaltung. Einzig die KFOR erinnert an die internationale Präsenz in der Region. Die lokale Verwaltung in Pristina hat keinen ungehinderten Zugriff auf das dortige Geschehen. Mehrere Berichte bestätigen, dass der Aufenthalt in diesem Gebiet, besonders was die staatliche Symbolik betrifft, von dem Gefühl geprägt ist, eigentlich in Serbien zu sein. Dies äußert sich besonders dadurch, dass der serbische Dinar weitgehend als einziges Zahlungsmittel anerkannt ist und auch Briefmarken der Republik Serbien verwendet werden, wie ein Artikel der BBC feststellt.<sup>166</sup>

Auch in anderen Enklaven, wie Gracanica, in der Nähe von Pristina wählen die Bewohner ihre Vertreter in die serbischen Institutionen und die serbische Flagge mit dem weißen Doppelkopfadler weht von der örtlichen Schule, in welcher die Schüler kein Wort albanisch lernen. Die Lage der im „Süden“ des Kosovo verstreuten Serben unterscheidet sich jedoch beträchtlich von jener der, die im Norden ihr Zuhause haben.

Besonders im Bereich der staatlichen Symbolik kam es auch immer wieder zu Vorfällen, welche den Konflikt zwischen Serbien und Kosovo/UNMIK um diese Einrichtungen deutlich machten. So übernahm die serbische Eisenbahngesellschaft im Februar 2008 für kurze Zeit die Kontrolle über den Streckenabschnitt von der serbischen Grenze bis Mitrovica. Die Bahnangestellten serbischer Nationalität

---

<sup>166</sup> JACKSON, Patrick: Kosovo Serbs feel heat from all sides, 14.07.2008, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/in\\_depth/americas/2008/vote\\_usa\\_2008/7503737.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/in_depth/americas/2008/vote_usa_2008/7503737.stm), 30.08.2008

kündigten der kosovarischen Eisenbahn den Dienst auf und erklärten nun für das serbische Pendant zu arbeiten. Sie leisteten der UNMIK jedoch keinen Widerstand, als diese die Aktion wieder rückgängig machte.<sup>167</sup>

Ähnliches passierte sogar des Öfteren bei der Polizei. Serbische Beamter quittierten mehrere Male den Dienst bei der Kosovo Police und erklärten, ihre Befehle nur noch aus Belgrad oder wie in einem anderen Fall, nur noch von der UNMIK und nicht von den albanischen Behörden entgegen zu nehmen. Die Protestaktionen wurden jedoch in den meisten Fällen mit der Reintegration in das KPS (Kosovo Police Service) oder der Suspendierung der Beamten friedlich beendet.<sup>168,169</sup> Sogar ein Gerichtsgebäude der UNO wurde im Zuge der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 von Serben besetzt. Die ehemaligen Mitarbeiter des Gerichtes, welches früher als regionale Einrichtung diente, verlangten wieder ihre frühere Tätigkeit aufnehmen zu können. Das Haus konnte nur unter Einsatz von Gewalt in die Kontrolle der Interimsverwaltung zurückgebracht werden.<sup>170</sup>

Die Kosovo-Serben, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, bekommen üblicherweise das Gehalt, welches sie aus Pristina beziehen noch ein zweites Mal in der selben Höhe aus Belgrad ausbezahlt. Der serbische Staat sichert sich so einen gewissen Einfluss bei diesen Menschen. Die oben beschriebenen Protestaktionen konnten also von den beteiligten Beamten in der Sicherheit durchgeführt werden, zumindest von Serbien weiterhin finanzielle Transfers zu erhalten.

Oft wurden solcherlei Maßnahmen auch von zivilen Demonstrationen begleitet, bei denen es mitunter auch zu blutigen Ausschreitungen kam. Erwähnenswert sind auch gewaltsame Angriffe auf Grenzposten der Kosovo-Verwaltung, welche zwischen dem serbischen Teil des Nord-Kosovos und der Republik Serbien installiert worden waren. Diese Ereignisse sind in den Rahmen des Widerstandes serbischer Gruppen gegen die einseitige Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovo zu sehen. Die Botschaft ist ganz klar jene, dass diese Grenzen die sie von jenem Staat zu dem sie sich zugehörig fühlen, trennen, unerwünscht sind.<sup>171</sup>

---

<sup>167</sup> „Serbien entzog UNMIK Kontrolle über Eisenbahn im Norden Kosovos“, Meldung Nr. 351 APA AA vom 03 03 2008 13:39

<sup>168</sup> „Serbische Polizisten möchten zurück in die Kosovo-Polizei“, Meldung Nr. 666 APA AA vom 07 03 2008 17:15

<sup>169</sup> „Serbien droht mit Einführung eigener Polizeitruppe im Norden Kosovos“, Meldung Nr. 728 APA AA vom 27 02 2008 18:18

<sup>170</sup> Nouvelle observateur: Vingt soldats français blessés lors des heurts à Mitrovica, 23.06.2008

<sup>171</sup> LA Times: Serbian militants attack border posts in Kosovo, 20.02.2008

Die Anwesenheit von serbischen Paramilitärs in den serbisch besiedelten Gebieten wird von mehreren lokalen Quellen im Kosovo bestätigt. Ein hoher österreichischer Diplomat teilte die serbische Bevölkerung in 3 Gruppen ein, wobei seiner Ansicht nach die erste im Kosovo verbleibt, um zu beweisen, dass der Kosovo Serbien ist, die zweite sich in den neuen Kosovo-Staat integrieren möchte und eine dritte ist aus Serbien zugewandert, ohne vorher im Kosovo gelebt zu haben. Dieser Gruppe werden enge Bindungen zur Belgrader Regierung nachgesagt, von der sie geschickt worden wäre, um die ansässigen Serben und Serbinnen zu unterstützen.

Dass sich eine beträchtliche Anzahl dieser und deren politische Vertreter, über welche sich diese Einstellung auch äußert, zwischen den konkurrierenden Blöcken in diesem Konflikt alleine gelassen fühlt, ohne eine eigene Stimme zuerkannt zu bekommen, wird bei dieser Kategorisierung nicht bedacht. So besteht natürlich weiterhin die Angst, unter der Kosovo-Regierung zu wenig Schutz vor gewaltbereiten albanischen Banden garantiert zu bekommen. Die institutionellen Rechte, die ihnen in Form einer Überrepräsentation im Parlament sowie einzelnen Mitgliedern der höheren Verwaltung mit serbischer Abstammung zugestanden werden, können das Gefühl tatsächlich erwünscht und integriert zu sein nicht vermitteln und werden eher als Farce betrachtet.

Was aber die Situation im Norden betrifft, so ist die Lage der Region, zu der weder die kosovarische noch die serbische Regierung direkten Zugriff besitzt, natürlich ein perfekter Standort für die Ausübung organisierter Kriminalität.

Der französische Balkanexperte Jean-Arnaud Derens stellt fest, dass Kriminalität und Korruption die einzigen Domänen darstellen, in der die Kooperation der verschiedenen Volksgruppen Ex-Jugoslawiens tatsächlich funktioniert. Der Norden des Kosovo sei jener Ort an dem serbische und albanische Kriminelle verkehren, Kontakte knüpfen und ihre Geschäfte abwickeln.<sup>172</sup>

Derens beschreibt auch Unterschiede zwischen den im Norden, im geschlossenen Siedlungsgebiet lebenden Serben und jenen, die im Süden über mehrere Enklaven verteilt sind. So haben jene die ohne so direktem Zugang zum „Mutterland“ verfügen einen stärkeren Willen sich in die Strukturen des Kosovo zu integrieren, was besonders durch die Beteiligung an Wahlen zum Ausdruck gebracht wird die im „Süden“ bei fast 100%, im „Norden“ hingegen bei etwa 8% liegt. Die spezielle Situation des Nordens wird auch durch die wiederholt geführte Diskussionen über eine Teilung des Kosovo und die Abtretung der drei serbischen Distrikte an die Republik Serbien unterstrichen.

---

<sup>172</sup> DERENS/GESLIN, 2007, s. 306

Derens greift dieses Szenario auf, weist jedoch auf die verschiedenen Nachteile und Risiken eines solchen Unterfangens hin.<sup>173</sup>

Die serbische Seite versuchte immer wieder diese Möglichkeit in die Debatte auf internationaler Ebene einzubringen, stieß jedoch bei den Vertretern des Kosovo und den „westlichen“ Staaten der Kontaktgruppe auf vehemente Ablehnung.

Die Rolle des französischen Militärs im Zuge der Auseinandersetzungen in der Nordzone und in der Frage einer Spaltung des Kosovo, ist im Detail nicht bekannt. Sie dürfte jedoch von wesentlicher Bedeutung gewesen sein. Sogar das Faktum, dass überhaupt noch eine serbische Präsenz im Norden existiert wird von einem Interviewpartner Goffins auf die französische Präsenz und Präsident Chirac zurückgeführt. Die Amerikaner, so seine Ansicht, hätten die UCK durchgelassen. Fest steht nämlich, dass die TFMN-N die Brücken von Mitrovica hartnäckig verteidigten, was von Goffin als entscheidend gewertet wird. Inwiefern man auch über andere Wege in das serbische Siedlungsgebiet gelangen kann, wird nirgends erwähnt. Es scheint also so zu sein, dass es sehr viel ausmacht, welche Truppen im jeweiligen Gebiet stehen und welche Präferenzen die Entscheidungsträger in den Hauptstädten haben. Eine massive Wanderungsbewegung der Albaner nach Süden und der Serben nach Norden konnte dennoch nicht verhindert werden. In kritischen Situationen wurde nicht versucht, die von Minderheiten bewohnten Gebiete zu verteidigen, man versuchte lediglich die betroffene Bevölkerung so gut wie möglich zu evakuieren. Im Zuge der Unruhen des März 2004 wurden die Einheiten der TFMN-N scharf für ihre Untätigkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen und Verwüstungen, die durch Augenzeugenberichte dokumentiert sind, kritisiert. Die Befürchtung, es könnte zu einem Blutvergießen kommen, war eine der Erklärungen. Italienische und ukrainische KFOR-Truppen konnten jedoch in ihren Sektoren serbische Kulturgüter vor der Vernichtung bewahren, ohne Tote in Kauf zu nehmen.<sup>174</sup>

Eine wichtige Komponente bei den Entscheidungen der Militärs war es, das Leben und die Gesundheit der eigenen Soldaten zu schützen. Das Verteidigungsministerium, welches in diesen Angelegenheiten die Außenpolitik bestimmt, zeigte sich also in jeglicher Hinsicht vorsichtig. So reagierte Paris im Falle der 35 teils schwer verletzten

---

<sup>173</sup> DERENS/GESLIN, 2007, s. 190ff

<sup>174</sup> GOFFIN, Benoit, 2008, s. 105ff

Franzosen im Rahmen der Ausschreitungen, die anlässlich der Unabhängigkeitserklärung 2008 stattfanden, sehr sensibel.<sup>175</sup>

Die Rolle des französischen Militärs im Kosovo ist also durchaus facettenreich. Das Militär ist jene Komponente, mit der Frankreich im Kosovo stark vertreten ist. Politisch und kulturell hinkt der französische Einfluss auf jeden Fall dem von Deutschland und den USA hinterher. Primär hat das Militär natürlich seine Aufgaben in der Erfüllung der Resolution 1244. Doch über das starke Engagement in der KFOR, sichert sich Frankreich durchaus einen ernst zu nehmenden Einfluss in der militärischen Verwaltung des Kosovo, was sich in gewissem Rahmen auch ökonomisch verwerten lässt, wie die Analyse der ACM zeigen wird, die auch den humanitären Bereich und die repräsentative Arbeit für die Medien im Heimatland und in der Welt umfassen. Die starke militärische Komponente des französischen Engagements im Kosovo, lässt Christophe Pradier den logischen Schluss ziehen, dass die Außenpolitik Frankreichs im Kosovo in vielerlei Hinsicht vom Verteidigungsministerium mitgestaltet und gelenkt wird.<sup>176</sup>

#### *Die ACM (Actions Civilo-Militaires) [Zivil-Militärische Aktionen]*

So wie die zivilen französischen Behörden über Organisationseinheiten verfügen, die eine Koordinierung der eigenen Aktionen mit jenen nicht-staatlicher Akteure zum Ziel haben, hat auch das Militär ein Programm, das diesen Zweck verfolgt, die ACM. Ihre jetzige Form geht auf eine Direktive der Armeeführung vom Juli 1997 zurück. Eine interministerielle Ausrichtung und drei sehr simple Zielsetzungen wurden damals formuliert: Der Nutzen der Streitkräfte, der Nutzen des zivilen Umfeldes und humanitäre Aktion. Robert Gaia, der für die „*commission de la defense nationale et des forces armées*“ (Ausschuss für Verteidigung und Streitkräfte) einen Evaluationsbericht diesbezüglich erstellte, fasst dies als „Integration der Streitkräfte in das Umfeld, in dem sie operieren und die Herstellung von politischer, ökonomischer und sozialer Stabilität in ihrer direkten Umgebung“, zusammen.<sup>177</sup>

Das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit ist jedoch älter. Bereits im Golfkrieg wurde es von den USA als klassisches Kooperationsmodell zwischen Privatwirtschaft und Militär umgesetzt. Frankreich zog im Bosnien-Krieg nach. Der

---

<sup>175</sup> Interview mit Christophe PRADIER am 16.05.2008

<sup>176</sup> Interview mit Christophe PRADIER am 16.05.2008

<sup>177</sup> Assemblée Nationale, rapport, N° 3167, 2001, s 11ff

größte französische Unternehmensverband MEDEF<sup>178</sup> war von Anfang an eingebunden. Zur Leitung der Missionen wurden, wie später auch im Kosovo, Reserveoffiziere eingesetzt, die aus großen französischen Firmen entsandt wurden.<sup>179</sup>

Die MEDEF fiel während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes mit der offenen Unterstützung des konservativen Kandidaten und jetzt amtierenden Präsidenten, Nicolas Sarkozy auf.

Ein Angebot zur Teilnahme an den ACM befindet sich auch in einem Magazin für Reservisten der Armee. Zu den bereits angegebenen Zielen wird hier sehr deutlich ein weiteres Ziel der Aktionen formuliert.

*“Préserver les intérêts nationaux en garantissant la prise en compte légitime de nos intérêts et en préparant l’action des acteurs civils français”*<sup>180</sup>

[Nationale Interessen schützen, indem garantiert wird, dass die Legitimität unserer Interessen berücksichtigt wird und indem das Handeln der zivilen französischen Akteure vorbereitet wird]

Die Kooperation mit der MEDEF wird ebenfalls bekräftigt. Eine offene Einstellung zur Welt des Unternehmertums wird im Editorial bekannt gegeben und der Chef von „MEDEF International“ lobt die Zusammenarbeit im Rahmen eines gemeinsamen Abendessens.<sup>181</sup>

Daten bezüglich der praktischen Umsetzung der ACM im Kosovo sind im Bericht von Gaia zu lesen. Im Jahre 2001 beteiligten sich 120 Personen an den Aktionen. Das Budget für dieses Jahr wurde mit 1,5 Millionen Francs, jenes für 2000 mit 1,1 Millionen angegeben, wobei 48 Millionen Francs (7,23 Millionen Euro) an Folgekosten hinzuzurechnen seien, für welche jedoch kein Zeitrahmen festgemacht wird.<sup>182</sup> Leider wurde weder angegeben ob dieser Betrag für alle ACM weltweit gilt oder ob er nur für die Aktivitäten im Kosovo gedacht ist noch wurde näher erläutert aus welcher Quelle diese und die Folgekosten bezahlt werden, es ist jedoch davon auszugehen, dass das KFOR-Budget dafür aufkommt. Laut der Tabelle über die bilaterale Hilfe im Appendix

---

<sup>178</sup> MEDEF: Au cœur du 20ème siècle, <http://www.medef.fr/main/core.php>, 17.08.2008

<sup>179</sup> BEBAUD, 2005, s. 7f

<sup>180</sup> DAMAISIN d’ARES: Le stage du Groupement des Actions-Civilo Militaires (GIACM), 2007

<sup>181</sup> TER.RES – Bulletin de liaison des Réserves de l’armée de Terre - décembre 2007, s. 1f

<sup>182</sup> Assemblée Nationale, rapport, N° 3167, 2001, s. 39

A bekamen die ACM vom Außenministerium zusätzlich für die Jahre 1999 und 2000 einen Betrag von 2,5 Millionen Euro zugeschossen.

Eine spontane Herausforderung für die ACM ergab sich durch das frühere Eintreffen der Armee und das langsame Anlaufen der Aktionen der Interimsadministration, welches rein technisch die Übernahme mancher Aufgaben der Bereiche Infrastruktur und öffentliche Sicherheit notwendig machte.<sup>183</sup>

Die strukturelle Einbettung des französischen ACM-Kontingents in das institutionelle Gefüge erweist sich als sehr vielschichtig:

Nationale Beschlüsse werden über den französischen Repräsentanten bei der KFOR empfangen und sind innerhalb der französischen Zone, wenn möglich in Kooperation mit den Partnerstaaten umzusetzen. Die Umsetzung von Direktiven der NATO erfolgen eingebettet in die Struktur der ACM auf Ebene der KFOR.<sup>184</sup>

Demnach hat also ein und dieselbe Organisationseinheit die Aufgabe französische Interessen in multilateralen Rahmen einzubringen und zu vertreten, die resultierenden Ergebnisse dann umzusetzen und zusätzlich nationale Programme zu implementieren. Die Aufteilung der Ressourcen zwischen national und multilateral bleibt unklar. Es ist davon auszugehen, dass die einzelnen Staaten ihre ACM-Programme selber finanzieren. Unter „Aktionen zum Nutzen des Umfeldes der Streitkräfte“ wird die Installation von „centres de cooperation civilo-militaire“ (Zentren der zivil-militärischen Kooperation) angeführt. Diese sind als Kommunikationszentren für lokale Verwaltungen, humanitäre Organisationen und die lokale Bevölkerung gedacht. Ihre Aufgabe ist es auch die Einstellung gegenüber politischen Ereignissen und Vorgängen durch die eben genannten Gruppen zu beobachten. Weiters führen sie Mikroprojekte durch, die aber nur 1999 genehmigt wurden. Der Nutzen für das zivile Umfeld soll durch die Vorbereitung und Begleitung des Einsatzes der internationalen Administration erfolgen. Darunter fällt aber auch der Beitrag zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Als Beispiel wird die Rekonstruktion des landwirtschaftlichen Gymnasiums in Pristina genannt. Hauptgebäude, Heizung und Sanitäreanlagen wurden von den Militärs in Kooperation mit der „Region“ Ile de France und Vertretern der Privatwirtschaft wiederhergestellt. Danach wurde es anderen Institutionen überlassen, für weitere Schritte zu sorgen.

---

<sup>183</sup> Assemblée Nationale, rapport, N° 3167, 2001, s. 39

<sup>184</sup> Assemblée Nationale, rapport, N° 3167, 2001, s. 39f

Die humanitäre Dimension beinhaltet, neben den bereits erwähnten Komponenten, die Regelung von größeren Bevölkerungsströmen und die generelle Beobachtung der humanitären Situation. Dies geschah in Abstimmung mit der Cellur des Außenministeriums.<sup>185</sup>

Die Bilanz über die Zusammenarbeit verschiedener französischer Akteure im Rahmen der ACM enthält folgende Kritikpunkte:

- schwache Reaktionsfähigkeit, also Spontaneität, besonders zu Beginn der Mission
- schlechte Ausrüstung und Ausbildung
- schlechte Anpassung von UNO, NATO und französischer Armeeführung an die Strukturen der ACM
- notorischer Geldmangel
- häufiges „Abschweifen“ zu Aktionen, die weder die Streitkräfte noch die anderen französischen Akteure interessieren.

Der Leiter des damaligen Vertretungsbüros lobt jedoch dennoch die ACM als wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau.<sup>186</sup> Die Aktionen haben neben dem formulierten strategischen Ziel ein positives Klima innerhalb der örtlichen Bevölkerung zu schaffen, noch zwei weitere Effekte. Die enge Zusammenarbeit mit der Welt des Unternehmertums, erlaubt dieser einfacher in die Märkte des Wiederaufbaus einzusteigen und Aufträge an Land zu ziehen. Das humanitäre Engagement unter Einbindung französischer NGOs, vermittelt den französischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die den Krieg und die Friedenstruppe finanzieren, dass es hier um die gute Sache geht. Die empirischen Studien von Natalie La Balme bestätigen diese Überlegungen. Sie konstatiert ein gesteigertes Ansehen der Militärs bei der französischen Bevölkerung, die ihre Armee gerne bei der Bewältigung humanitärer Aufgaben und dem Schutz anderer Bevölkerungen sieht.<sup>187</sup>

Gervais kritisiert in diesem Zusammenhang die Vermischung zweier Bereiche, die getrennt gehalten werden sollten. Er beschreibt eine begriffliche Trennung in „Affaires“ und „Actions civilo-militaires“. Die „Affaires“ (Angelegenheiten) behandeln dabei die ökonomischen Angelegenheiten des Wiederaufbaus. Als Beispiele werden die Kooperationen mit der MEDEF und verschiedenen NGOs genannt. Seine Schätzungen gehen davon aus, dass sich Frankreich satte 30% Marktanteil an den Wiederaufbauprojekten sichern konnte und die ACM dazu entscheidend beitrugen. Die

---

<sup>185</sup> Assemblée Nationale, rapport, N° 3167, 2001, s. 40f

<sup>186</sup> Assemblée Nationale, rapport, N° 3167, 2001, s. 42

<sup>187</sup> LA BALME, 2002, s. 42

„Actions“ beziehen sich hingegen auf die Vermittlung eines positiven Frankreichbildes und die Sicherung eines friedlichen Umfeldes. Darunter fällt aber auch die Verbreitung von Werten im Sinne eines „Nation-building process“. Eine Zusammenführung dieser in ihrer Natur doch unterschiedlichen Aufgabenfelder, führt seiner Ansicht nach zwangsläufig zu einem Verlust der Legitimität der handelnden Akteure.<sup>188</sup>

Die im Kosovo stationierten Truppen verfügen also ebenfalls über Andockstellen zu allen außenpolitischen Akteuren ihres Herkunftslandes. Sie haben zudem sowohl in der Gestaltung der Außenpolitik desselben als auch in den Entscheidungen die Politik der multilateralen KFOR betreffend, erheblichen Einfluss, wobei auch ein Spielraum bei der Implementierung dieser besteht.

### **4.3. Nicht – staatliche französische Akteure und deren Auftreten im Kosovo**

Die Betrachtungen im Kapitel über die staatliche Außenpolitik Frankreichs haben gezeigt, dass die Aktionen von NGOs und Unternehmen im Kosovo nicht abgeschottet von den restlichen Akteuren aus Frankreich passieren. Die Spinnennetztheorie benennt speziell diesen Umstand, nämlich dass nichtstaatliche Akteure, vernetzt mit staatlichen Akteuren, Außenpolitik betreiben, als eine ihrer zentralen Thesen. Welche Rolle diese im Zuge der Intervention einnehmen werden auf den nächsten Seiten erläutert. Häufig ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Engagement die Zusammenarbeit mit den Strukturen des Staates.

#### **4.3.1. Das Engagement französischer NGOs im Kosovo**

NGOs sind Teil der nichtstaatlichen, außenpolitischen Akteure. Ihre Bedeutung ist, geht es nach dem Weltgesellschaftsmodell, im Zunehmen begriffen. Die Legitimation der Intervention im Kosovo durch humanitäre Motive lässt ihnen eine besondere Rolle zukommen. Schließlich handelt es sich dabei um eine ihrer wichtigsten Domänen. Historisch gesehen befindet sich der Balkan nicht im traditionellen Einsatzgebiet französischer NGOs, allerdings beteiligten sich einige im Bosnien-Krieg an humanitärer Hilfe in Enklaven und belagerten Gebieten. Die erste NGO, „*Médicins sans Frontières*“, also Ärzte ohne Grenzen, kam 1992 in den Kosovo. 1994 folgte „*Handicap International*“. In diesem Zeitraum existierten im Kosovo, von den Albanern

---

<sup>188</sup> GERVAIS, Victor: *Pratiques et ambiguïtés de la coopération civilo-militaire française*, 2004, s. 1f

aufgebaute, staatliche „Parallelstrukturen“, die mit den offiziellen serbischen Strukturen in Konkurrenz standen. Beide NGOs unterstützten die Parallelstrukturen jeweils in ihrem Bereich.

Erst 1998 kommt eine weitere Welle an Organisationen in den Kosovo. Durch dieses frühe Engagement konnte bei den Geldgebern von UN (HCR) und EU (ECHO) bereits viel Glaubwürdigkeit erreicht werden. Gewinnt eine NGO einmal das Vertrauen einer Behörde, werden dieser oft verantwortungsvolle Aufgaben in dem Bereich, in dem sie spezialisiert ist, übertragen, meint Bebaud.<sup>189</sup>

Die Mediatisierung und Politisierung der Ereignisse in der Region erhöhte die Zahl der Geldgeber und NGOs. In der Phase direkt nach den Angriffen der NATO auf das Gebiet, ging es darum die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Dazu zählten primär Unterkünfte sowie Hilfe in der Landwirtschaft und in medizinischen Einrichtungen. Jene, die in den serbischen Enklaven unter massiven Einschränkungen und existenziellen Problemen zu leiden hatten, wurden von den Helfern und Helferinnen offensichtlich zu wenig berücksichtigt.<sup>190</sup> Insgesamt kamen in dieser Phase etwa 350-400 NGOs mit verschiedensten Spezialisierungen in den Kosovo, *Médicins sans Frontières* sprach sogar von einem „*cirque humanitaire*“, einem „humanitären Zirkus“, der sich im Kosovo etabliert hätte. Eine hohe Fluktuation setzte ein und eine Gesamtkoordination gestaltete sich in diesem Kommen und Gehen als schwierig. Die NGOs waren mit einigen Unsicherheiten konfrontiert. Die Unklarheit über zukünftige Finanzierungen, das Statut des Kosovo, darüber wer ihre Ansprechpartner sind und ob überhaupt Bedarf für ihr Engagement besteht. Bis auf einige etablierte Organisationen, räumten alle schnell wieder das Terrain. Ein Verantwortlicher der ECHO stellte fest, dass trotz der Unregelmäßigkeiten die Menschen zumindest erfolgreich vor dem Erfrieren und Verhungern gerettet wurden.<sup>191</sup> Klar ist natürlich auch, dass nach einer gewissen Zeit der Punkt erreicht war, an dem die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zumindest in annähernd ausreichendem, wenn auch nicht in zufriedenstellendem, Maße gedeckt waren. Gemeinsam mit dem Faktor Zeit ging dann jedoch das Interesse der Medien zurück. Den Zuständen im Kosovo wurde weniger Öffentlichkeit geboten und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel wurden knapper, wie auch die Zahlen über das Budget der Cellur beweisen.

---

<sup>189</sup> BEBAUD, 2005, s. 20f

<sup>190</sup> BEBAUD, 2005, s. 18f

<sup>191</sup> BEBAUD, 2005, s. 19

Fünf Jahre nach dem Krieg räumten bis auf einige Organisationen, die Entwicklungsarbeit betrieben und die lokalen Akteure einbezogen, so wie Atlas Logistique, Handicap International oder Caritas France, alle das Feld.<sup>192</sup>

### *NGOs und zivile staatliche Strukturen*

Das Verhältnis von NGOs zu den staatlichen Akteuren muss generell als schwierig bezeichnet werden. Einer der Reibungspunkte ist die offensichtliche Inkompatibilität letzterer mit Situationen, die akuten Handlungsbedarf hervorrufen. Die Flüchtlingswelle, die knapp nach dem Beginn des Angriffs der NATO auf Restjugoslawien, die Anrainerstaaten des Kosovo vor eine große Herausforderung stellte, war eine dieser Situationen. Die Regierung reagierte eigentlich schnell und beschloss bereits Ende März 1999, eine Woche nach Beginn der Bombardements, 11,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Der Großteil davon war für die Etablierung von Hilfsstrukturen in Albanien gedacht. Der Rest ging an den HCR und an die Transportlogistik, die das Verteidigungsministerium finanzierte.

Ende Mai wurden weitere zwei Millionen Euro für den HCR frei gemacht und weitere zwei Millionen Euro flossen direkt an die NGOs. Für die oben genannte Mission nach Tirana wurde die „CELLUR“ (*cellule interministerielle d'urgence*) [interministerielle Zelle für Notfälle] eingesetzt. Ihr Leiter, Michel Bonnot, war der ehemalige Vorsitzende von „*pharmaciens sans frontières*“ [Apotheker ohne Grenzen]. Immerhin wurde unter ihrer Aufsicht die größte humanitäre Aktion in der französischen Geschichte gestartet.<sup>193</sup> Jedoch wurde die Zusammenarbeit mit der CELLUR, die zuerst in Tirana und später im Kosovo Koordinationsfunktionen wahrzunehmen hatte, von vielen NGOs als nicht zufriedenstellend bezeichnet. Laut Sebbag unterstützte die Regierung grundsätzlich nur NGOs die über genügend Finanzmittel verfügten, um die Einsatzkosten über sechs Monate hinweg vorzufinanzieren. So lange dauerte nämlich die formale Prozedur, die einer Auszahlung an die durchführende Organisation vorausging. Natürlich konnten nur ein Dutzend NGOs diese Rücklagen vorweisen. Vor Ort waren die Hilfsorganisationen durch bürokratische Hürden in ihrer Arbeit eingeschränkt. Sebbag konstatiert also:

---

<sup>192</sup> HCCI, 2005, s. 57

<sup>193</sup> SEBBAG, Robert: Les moyens de nature à améliorer l'efficacité des ONG françaises dans les interventions d'urgence, conduites avec ou en dehors des services de l'État, Rapport de mission établi à la demande de M. Renaud Muselier, Secrétaire d'État aux Affaires étrangères; 2003; Paris, s.23

*«Les modalités de fonctionnement d'une structure sur le terrain, en situation de crise, sont incompatibles avec les règles administratives habituelles et avec la formation et les usages des agents de l'État»<sup>194</sup>*

[Die Vorgehensweisen einer Struktur vor Ort in einer Krisensituation sind mit den gewohnten Regeln der Verwaltung, der Ausbildung und den Bräuchen der Beamten inkompatibel]

Diese Erkenntnisse sind eine Erklärung des „*retard française*“ [französische Verspätung], die Sebbag aus einem anderen Bericht zitiert. Demnach ist Frankreich, was die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit NGOs in Krisensituationen betrifft, im Vergleich mit anderen Staaten aus Nordamerika und Europa im Rückstand.

Bebaud meint sogar, dass die bilateralen außenpolitischen Institutionen Frankreichs generell keine große Hilfe für die Installation der NGOs aus Frankreich darstellten. Einige NGOs verweigerten sogar eine Intervention in der französischen Zone, da sie befürchteten durch die starke Präsenz französischer staatlicher Strukturen in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt zu werden. Das Ausbleiben ausreichender finanzieller Mittel und die starren Strukturen der französischen Verwaltung verhinderten vielfach Kooperationen.<sup>195</sup>

Die Gründe für diese Probleme liegen wohl einerseits darin, dass die bürokratischen Strukturen gar nicht darauf ausgerichtet waren um angemessene Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen und andererseits darin, dass es möglicherweise vorrangig darum ging einer kritischen Öffentlichkeit ein umfassendes Maßnahmenpaket zu präsentieren und der Umsetzung, die dann zum größten Teil ohne die Aufmerksamkeit der Medien von statten ging, weniger Relevanz einzuräumen. Die NATO-Luftkriegskampagne gegen Jugoslawien war schließlich als humanitäre Intervention tituliert, also musste im Inland auch die humanitäre Komponente der Operationen vorgeführt werden. Eine hohe Frequenz an Berichten seitens der Massenmedien wurde von Sebbag festgestellt.<sup>196</sup> Das Interesse der Regierung kann sich dennoch nicht auf einen Show-Effekt im Inland begrenzen. Die real existierenden Bedürfnisse der Betroffenen und die Furcht vor einer ins Chaos absinkenden Gesellschaft im Kosovo mussten zusätzliche Beweggründe für das intensive Engagement direkt nach dem Krieg darstellen. Dazu gehörte es eine minimale Stabilität der Lebensqualität zu gewährleisten

---

<sup>194</sup> SEBBAG, 2003, s. 24

<sup>195</sup> SEBBAG, 2003, s. 22

<sup>196</sup> SEBBAG, 2003, s. 23

und ein positives Bild des eigenen Landes in dem besetzten Gebiet zu projizieren. Schließlich ging und geht es auch darum das internationale Engagement insgesamt als Erfolg darzustellen, was bisher ohnehin nur sehr begrenzt gelang.

Der *Secrétaire d'État aux Affaires étrangères* (Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten), Renaud Muselier schrieb über die außenpolitische Rolle der NGOs aus Sicht der Regierung folgendes:

« (...) *les ONG françaises, porteuses d'un appui matériel aux populations en difficultés, mais également de valeurs et d'idées universalistes, contribuent à façonner, qu'on le veuille ou non, l'image de la France à l'étranger*»<sup>197</sup>

[Die französischen NGOs, die Menschen in Schwierigkeiten nicht nur materielle Hilfe bringen, sondern auch Werte und universalistische Ideen verbreiten, tragen dazu bei, das Bild Frankreichs im Ausland zu formen, ob wir das wollen oder nicht]

Diese Definition des Staatssekretärs betrachtet die NGOs eindeutig als Teil der französischen Außenpolitik und weist auch darauf hin, dass der Einfluss der Regierung auf diese außenpolitischen Akteure begrenzt ist. Er fügt hinzu, dass deren finanzielle Unabhängigkeit im Steigen begriffen ist, da internationale Organisationen und private Financiers viele ihrer Projekte unterstützen, warnt jedoch auch vor dem internationalen Konkurrenzkampf, dem die französischen Organisationen ausgesetzt sind. Er plädiert daher für eine effizientere Arbeit mit den humanitären NGOs.<sup>198</sup> Die Gelder vornehmlich internationaler Organisationen sind zwischen den NGOs ja durchaus umkämpft, ein Erfolg französischer Akteure auf dieser Ebene liegt logischerweise auch im Interesse der Regierung. Die Förderungen bedeuten für die NGOs ja auch Arbeitsplätze und Renommee für das Herkunftsland. Ein besonderer Vorteil ist, dass Positionen, Empfehlungen und Berichte von NGOs sehr gut zur Untermauerung und Legitimierung der Regierungspolitik herangezogen werden können. Krieg führende Staaten nutzen dies gerne im Kampf um die öffentliche Meinung. NGOs stehen nicht so sehr im Verdacht interessengeleitete Aussagen zu treffen und vermitteln stärker den Eindruck von Unabhängigkeit. Natürlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle NGOs die Politik ihres Mutterlandes unterstützen. Der Grad der Unabhängigkeit von NGOs ist mit Sicherheit einer der Knackpunkte des äußerst komplexen

---

<sup>197</sup> SEBBAG, 2003, s.4

<sup>198</sup> SEBBAG, 2003, s.5

Verhältnisses zwischen NGOs und den öffentlichen Stellen. In dieses Konfliktfeld fällt auch die Arbeitsteilung. Die humanitären Hilfsorganisationen beanspruchen das Monopol in ihrem Geschäft und wollen auf jeden Fall verhindern, dass der Staat humanitäre Aufgaben übernimmt. Staatliche bzw. vom Staat kontrollierte oder beeinflusste Stellen zählen neben internationalen Institutionen und privaten Sponsoren sowie Spendenaufkommen aber zu den wichtigsten Geldquellen für die Arbeit der NGOs. Was die Zusammenarbeit zwischen den NGOs und diesen Geldgebern betrifft, beanspruchen erstere zwar eine gewisse Unabhängigkeit, dennoch liegt es in ihrem Interesse ein gutes Verhältnis zu den Behörden und Institutionen herzustellen. Manche NGOs verweigerten die Übernahme einer Aufgabe aufgrund ihrer politischen Position.<sup>199</sup> In Bereichen, die sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren abgedeckt werden, drängen sich Kooperationen jedoch geradezu auf, da erstere häufig eher das Budget, letztere eher die Strukturen besitzen um eine Maßnahme zu implementieren. Im Detail sind diese Strukturen meist eine lokale Infrastruktur, gut ausgebildetes Personal und eine gewisse Erfahrung und Expertise in ihrem Bereich sowie höhere Flexibilität und die Fähigkeit spontan zu handeln. Da nun aber nicht immer eine formalisierte Art der Kommunikation existiert, werden solche Kooperationen auf mehr oder minder informellen Zusammentreffen vereinbart, bzw. im Zuge von bereits laufenden Projekten vertieft.

#### *Militärs und NGOs, ein unüberwindbarer Gegensatz?*

Die Zusammenarbeit der NGOs mit dem Militär passierte vornehmlich im Rahmen der ACM. Erste Kooperationen entstanden in den vom Militär errichteten Auffanglagern für Flüchtlinge während der Bombardierung Jugoslawiens.

Das Verhältnis zwischen den beiden Akteuren wird von Victor Gervais in folgende Worte gefasst:

*„Les rapports ONG-ACM sont fortement individualisés. Caractérisées par le volontarisme des acteurs, ces relations sont en effet dépendantes des rapports interpersonnels (...). Informelles, ces relations sociales sont par conséquent conditionnées par une série de facteurs hautement subjectifs : confiance réciproque, affinités personnelles et linguistiques, contacts privilégiés”<sup>200</sup>*

---

<sup>199</sup> BEBAUD, 2005, 20f

<sup>200</sup> GERVAIS, Victor: Pratiques et ambiguïtés de la coopération civilo-militaire française 2004, s. 3f

(Die Beziehungen zwischen NGOs und ACMs sind stark individualisiert. Gekennzeichnet durch die Freiwilligkeit der Akteure, sind diese Verhältnisse de facto abhängig von persönlichen, informellen Beziehungen. Diese sind folglich durch eine Reihe von hoch subjektiven Faktoren geprägt: Vertrauen, Reziprozität, persönliche und sprachliche Vorlieben, bevorzugte Kontakte)

Dies lässt darauf schließen, dass keine formalisierten Standards und Kriterien für eine Zusammenarbeit bestehen und dass diese von der persönlichen Bereitschaft der involvierten Individuen abhängt. Martin Magali konstatierte Misstrauen und Unverständnis für die Strukturen und Arbeitsweisen der jeweils anderen Institution.<sup>201</sup> Beide können aber durchaus voneinander profitieren. Sebbag zu Folge können NGOs besonders die Kontribution von Mitteln zum Zivilschutz in extremen Notfällen sowie logistische Ressourcen aus Beständen der Armee zum Transport von notwendigen Gütern, die Sicherung der Umgebung humanitärer Einsätze und den Austausch von Informationen gut brauchen.<sup>202</sup> Die Militärs können wiederum ihr humanitäres Profil schärfen. Für den Fall dass sie wirklich an nachhaltiger Stabilität in ihrem Einsatzgebiet interessiert sind, können sie die Kapazitäten der NGOs, die aus Expertise, Personalressourcen Erfahrung und Methodenkenntnissen bestehen, sehr gut brauchen.<sup>203</sup> Megali sieht die Zusammenarbeit von Militärs und NGOs als ein beidseitiges Muss an und deutet die Intervention der beiden Akteure in den Krieg im Kosovo als eine Phase der „Befriedung“ des als schwierig geltenden Verhältnisses.<sup>204</sup>

Eines der größten Probleme ist jedoch dennoch der Wunsch nach Unabhängigkeit seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure. Oftmals sind die NGOs auf die Unterstützung der Armee angewiesen, weswegen auch nur wenige eine Zusammenarbeit dezidiert ablehnten.<sup>205</sup> Megali schreibt über Befürchtungen einiger NGOs, Instrument eines politischen Humanismus zu werden, welcher nicht den Bedürfnissen der Menschen in betroffenen Regionen, sondern den geostrategischen Ambitionen seiner Regierung verpflichtet ist.<sup>206</sup> Bebaud warnt ebenfalls vor einem „*humanitaire instrumentalisé*“ (instrumentalisierte Humanität), welche ausschließlich der Erreichung politischer und militärischer Ziele dient und wünscht sich eine klare

---

<sup>201</sup> MAGALI, Martin: Les relations armées – ong, 2007, s.1

<sup>202</sup> SEBBAG, 2003, s. 7

<sup>203</sup> GERVAIS, Victor: Pratiques et ambiguïtés de la coopération civilo-militaire française, 2004, s. 3f

<sup>204</sup> MAGALI, 2007, s. 3ff

<sup>205</sup> BEBAUD, 2005, s. 21f

<sup>206</sup> MAGALI, 2007, s. 3ff

Aufgabenteilung zwischen den Akteuren, da besonders Außenstehende die NGOs unabhängig vom Militär wahrnehmen sollten.<sup>207</sup> Sebbag schließt sich dieser Meinung weitgehend an. Er kritisiert die aktive Rolle der NATO im humanitären Bereich, befürchtet ein Sicherheits- und Effizienzproblem und macht diese „*confusion humanitaire*“ teilweise für das Versagen der internationalen Missionen in Bosnien und Herzegowina verantwortlich. Das Versickern vieler Hilfslieferungen in „Mafiastaaten“ wird im Kapitel über Kouchner bereits erwähnt. Seine Empfehlung an den Staatssekretär:

*« Reconnaître l'indépendance des ONG, en évitant par exemple de les placer sous le contrôle des forces armées en situation de conflit, facilitera l'action humanitaire, renforçant ainsi indirectement un volet de l'action diplomatique du pays. »*<sup>208</sup>

[Die Unabhängigkeit der NGOs anzuerkennen, sie also zum Beispiel in Konfliktsituationen nicht unter die Kontrolle der Streitkräfte zu stellen, wird die Durchführung von Hilfsaktionen erleichtern und stärkt indirekt das außenpolitische Wirken des Landes.]

Eine klare und auch für Außenstehende nachvollziehbare Trennung der staatlichen Strukturen und der NGOs in deren Kompetenzen wäre für Sebbag also die ideale Lösung. Damit würde auch dem Anspruch der NGOs genüge getan das Monopol auf humanitäre Hilfsleistungen zu besetzen. Die Unabhängigkeitsdiskussion ist dadurch jedoch nicht beendet. Nur weil die Unabhängigkeit nach außen hin demonstriert wird, ist sie noch lange nicht Realität. Die Nutzung der Kapazitäten der Armee, die finanzielle Unterstützung durch staatlich kontrollierte Fördertöpfe oder Budgets multilateraler Institutionen in denen Frankreich allesamt stark repräsentiert ist, sind für NGOs von großer Bedeutung. Eine vollständige Unabhängigkeit ist also ohnehin schwer zu gewährleisten. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich um eine sehr hohe Anzahl von Organisationen mit unterschiedlichen Arbeitsweisen, Hintergründen, Themen und Zielsetzungen handelt. Eine veritable Kontrolle der Arbeit all dieser Akteure ist sehr aufwändig und in lückenloser Form kaum durchzuführen. Bebaud schreibt über Probleme bei der Evaluation und Kontrolle der Arbeit bei Aufträgen an NGOs.<sup>209</sup> Eine gewisse Unabhängigkeit bei der Implementierung ihrer Vorhaben scheint also durchaus

<sup>207</sup> BEBAUD, 2005 21f

<sup>208</sup> SEBBAG, 2003, s.9

<sup>209</sup> BEBAUD, 2005 20f

zu existieren, wenn auch in begrenzten Rahmen. Inwieweit die Qualität der Arbeit davon beeinträchtigt wird, ist natürlich schwer nachvollziehbar, es ist jedoch davon auszugehen, dass dies von Fall zu Fall verschieden ist.

Was eine ganzheitliche Strategie für die Aktivitäten der unterschiedlichen NGOs betrifft, so sind die Strukturen wohl noch eher im Aufbau begriffen. Im Falle des Kosovos scheint die Pluralität und Fluktuation die Umsetzung einer ganzheitlichen Strategie verhindert zu haben. Viele NGOs dürften auch gar kein Interesse daran haben in eine solche eingebettet zu sein.

Für die NGOs gilt also, dass sie durchaus eine gewisse Unabhängigkeit, besonders in der Wahl ihrer Prioritäten und in der Form der Implementierung ihrer Vorhaben haben, dass es ihnen jedoch so gut wie unmöglich ist, ohne Kooperation mit staatlichen und multilateralen Strukturen zu intervenieren.

#### **4.3.2. Französische Unternehmen im Kosovo**

Die ökonomische Komponente des französischen Einsatzes am Balkan, ist, wie die vorhergegangenen Kapitel gezeigt haben, eine wesentliche. Die konkrete Rolle französischer Unternehmen, die als private Akteure in die Netzwerke der ACM und der MIESE eingebunden waren und sind, wurde jedoch noch nicht erörtert.

Ein wirtschaftliches Interesse am Kosovo wird von Seiten Frankreichs formal dementiert, wie De Plinval<sup>210</sup> und Richard<sup>211</sup> bekräftigen, Delpeche<sup>212</sup> spricht von ganz wenigen (zwei oder drei) französischen Unternehmen, die im Kosovo investieren. Wenn man jedoch die Dimensionen der, für den Kosovo aufgewendeten Gelder betrachtet, gibt es natürlich auch für französische Unternehmen ein Interesse sich zu beteiligen. Neben dieser ökonomischen, soll auch eine emotionale Komponente, dem vom Krieg zerstörten Land Hilfe leisten zu können, Motivation für viele Unternehmen gewesen sein, zu investieren. Bebaud widmet sich diesem unternehmerischen Interesse und stellt eine jüngere Tendenz der französischen Außenpolitik, jene der „*retour sur investissements*“ [Rückflüsse aus Investitionen] fest. Eine Formulierung, die aller Logik nach darauf abzielt, dass die für den Krieg getätigten Ausgaben zu einem größtmöglichen Teil wieder in die heimische Volkswirtschaft zurückgeholt werden. Die „Verbündeten“ Frankreichs, allen voran die Amerikaner, ließen diese Logik bereits in

<sup>210</sup> Interview mit Guillaume DE PLINVAL, 18.05.2008 in Film City

<sup>211</sup> Interview mit Rodolphe RICHARD, 16. 05. 2008, in Pristina

<sup>212</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

den Missionen in Kuwait und Bosnien in ihre Konzepte einfließen, was für Frankreich besonders in Bosnien frustrierend war, da es einen beträchtlichen Teil der Bodentruppen für den Einsatz stellte, jedoch wenige Aufträge des Aufbaumarktes an Land ziehen konnte. Ein Artikel in „*l'Expansion*“, einem französischen Wirtschaftsmagazin berichtet über die Vorbereitungen der wirtschaftlichen Intervention Frankreichs im Juli 1999. Erwähnt wird die Bedeutung von Schnelligkeit. Wer zuerst da ist, kann seine Normen besser etablieren. Ein Konzept, welches sich auch in den Grundsätzen der FCI widerspiegelt. Auch der Aspekt der Wirtschaftlichkeit von humanitären Missionen wird von einem französischen Unternehmer deutlich gemacht. Das Motto „*Donner d'une main et reprendre de l'autre*“ [Mit der einen Hand geben und mit der anderen wieder nehmen], sollte im Kosovo eine bessere wirtschaftliche Bilanz, als in Bosnien einbringen.<sup>213</sup>

Schließlich konnte eine Reihe französischer Unternehmen sich zu Beginn der Wiederaufbauphase im Kosovo 30% des Marktes sichern. Pradier meinte, dass gerade die „Großen“ Profit aus den Geschäften mit dem Wiederaufbau machen konnten und dass kleine und mittlere Unternehmen kaum Perspektiven im Kosovo vorfinden würden. Die Errichtung eines Mobilfunknetzes durch Alcatel, Arbeiten am Stromnetz durch Alstom und die Ausrüstung der lokalen Polizei durch EADS werden erwähnt. Er weist auch darauf hin, dass schätzungsweise drei Viertel der Finanzmittel für die Hilfe und den Wiederaufbau an ausländische Firmen und internationale Institutionen gehen, was bedeutet, dass nur ein sehr geringer Teil der lokalen Bevölkerung zugute kommt.<sup>214</sup> Weitere Unternehmen, die am Wiederaufbau beteiligt waren, werden von Bebaud genannt. Freyssinet, ein weltweites agierendes Unternehmen baute mehrere Straßen und Brücken, unter diesen die Brücke von Mitrovica. EDF (Electricité de France) setzte das Stromnetz des Kosovo in Stand. Veolia stellte die kommunale Wasserversorgung in Mitrovica wieder her. Schneider arbeitete so wie Alstom an der Stromverteilung und auch Sagem und Renault erhielten einige Aufträge. In vielen Fällen wurden die Projekte von der ERA (European Reconstruction Agency) finanziert. Weiters kamen auch die Bretton-Woods Institutionen, die Entwicklungsorganisationen verschiedener Länder und kosovarische Behörden in den Nennungen vor.

Eine Internetplattform für den Frieden in Kosovo und Metohia, welche sich für den Verbleib des Kosovo bei Serbien ausspricht, sieht die Märkte des Wiederaufbaus als

---

<sup>213</sup> LE BILLON, Veronique: Balkans, l'entreprise française se lance dans le business de la paix, *l'expansion*, 1999

<sup>214</sup> Interview mit Christophe PRADIER am 16.05.2008

Konfliktfeld zwischen Amerikanern und Franzosen, wobei letztere die Strategie ersterer lediglich kopieren.

Jospin, der als Premierminister für den Aufbau der MIESE verantwortlich war, wird zitiert.

*«Ce sont les entreprises françaises qui reconstruiront le Kosovo. Et pour cela la France va employer les mêmes méthodes que ses concurrents: elle va infiltrer les instances de l'ONU. Militaires, fonctionnaires, experts, une centaine de Français sont envoyé au Kosovo pour travailler aux côtés de Bernard Kouchner.»<sup>215</sup>*

[Es sind die französischen Unternehmen, die den Kosovo aufbauen werden. Und dafür wird Frankreich die gleichen Methoden anwenden wie seine Konkurrenten: Es wird die Instanzen der UNO infiltrieren. Militärs, Beamter, Experten, etwa hundert Franzosen sind in den Kosovo geschickt worden, um an der Seite Bernard Kouchners zu arbeiten.]

Die Regierung zeigte also ein beträchtliches Interesse daran, die großen Konzerne des Landes zu positionieren. Sprecher der Unternehmen lieferten dazu verschiedenste Kommentare. Ein Vertreter von Vivendi beteuerte, dass seine Firma nur aus humanitären Motiven interveniere und keine geschäftlichen Hintergedanken hätte. Ein Mitarbeiter von Alcatel hingegen behauptete angeblich, dass es die Strategie von Militär und Wirtschaft sei, Aufträge für französische Unternehmen zu lukrieren. Die Kommentatoren der Plattform werfen den Regierungen der Staaten, die den Luftkrieg gegen Serbien geführt hatten vor, bei der Zerstörung von Verkehrswegen und Elektrizitätsversorgung bereits daran gedacht zu haben, Kapital aus den Verwüstungen schlagen zu können und dabei nicht nur den Kosovo, sondern auch das restliche Serbiens ins Visier genommen zu haben.<sup>216</sup>

Tatsächlich wurden viele Einrichtungen und Verbindungen zerstört, die danach auch wieder aufgebaut wurden. Es waren auch im Regelfall jene Unternehmen beteiligt, die ihren Hauptsitz in einem der beteiligten Staaten haben. Gerade von einer ökonomischen Perspektive aus, ist also die Frage angebracht inwiefern ein Krieg auch nur eine Investition ist. Die Rechnung geht jedoch nur bedingt auf. Die finanzielle Leistung, sowohl für die Zerstörung als auch für den Wiederaufbau, kam fast ausschließlich aus

---

<sup>215</sup> Guerre économique USA-France au Kosovo – l'Armée française au service d'Alcatel Schneider et Vivendi, [www.collectif-kosovo.com](http://www.collectif-kosovo.com), 2007

<sup>216</sup> Guerre économique USA-France au Kosovo – l'Armée française au service d'Alcatel Schneider et Vivendi, [www.collectif-kosovo.com](http://www.collectif-kosovo.com), 2007

den Ländern der EU und Nordamerika. Ein direkter „Gewinn“ für Frankreich ist daher nicht sichtbar. Was sehr wohl stattfindet, ist eine Umverteilung innerhalb der beteiligten Länder. Diese geht, von einem nüchternen Standpunkt aus betrachtet, vom Steuerzahler zur Rüstungsindustrie, in NGOs und zu den Unternehmen und Angestellten von internationalen Organisationen, die im Kosovo arbeiten.

Der Staat ist also offensichtlich auch was die Positionierung seiner Unternehmen betrifft, ein starker Akteur. Er schafft generell die Voraussetzungen, durch vernetzende Organisationen wie ACM und die MIESE sorgt er für die Koordinierung und Konkretisierung des unternehmerischen Engagements. Beide sollen bei der Vermittlung von Aufträgen auf dem Rekonstruktionsmarkt sehr hilfreich gewesen sein. Die Unterstützung in den Bereichen Logistik und Sicherheit seitens des Militärs im Rahmen der ACM, werden als essenziell für die Investoren betrachtet, die sich im Konkurrenzkampf mit anderen Bewerbern um die Mittel aus den Finanzierungstöpfen der multilateralen Organisationen befinden.

Die MIESE war hingegen stärker für die Bereitstellung von Informationen über das Terrain vor Ort und die Herstellung von Kontakten zu Entscheidungsträgern verantwortlich.

Sowohl MIESE als auch das Militär hatten die Funktion die ersten Schritte der französischen Unternehmen im Kosovo zu erleichtern. Einige Unternehmen schafften es schließlich sogar in die Position zu kommen, Bedürfnisse zu evaluieren und anzugeben welche Art von Arbeiten noch gebraucht wird. Die Definition dieser Kriterien konnte den Ausschlag geben, weiterhin an Projekten beteiligt zu sein. Eine weitere Strategie Aufträge zu lukrieren, war die der Allianzen, oder Konsortien. Verschiedenste, oft multinationale Konstellationen, bewarben sich gemeinsam. Unterschiedliche Stärken und Spezialisierungen konnten so kombiniert werden. Außerdem achtete die UNMIK immer darauf, keine Nationalität zu bevorzugen, was die Chancen multinationaler Bewerber erhöhte. Nachdem Kouchner den Kosovo verlassen hatte, schien die UNMIK den Franzosen ohnehin nicht mehr so gut gesinnt, auch die MIESE stellte ihre Tätigkeit bekanntlich bereits im Dezember 2000 ein. Das Verschwinden der Achse Kouchner – MIESE – ACM, war für die betroffenen Unternehmen sehr bedauerlich. Durch die mangelnde Koordination entstand ein Vakuum, welches rasch von der Konkurrenz gefüllt wurde. Bebaud schließt, dass die Etablierung von Unternehmen in den Märkten des Wiederaufbaus und die Integration in die Entwicklungen von UNO-Missionen nur

dann erfolgreich ablaufen kann, wenn Koordinierung sowie politische und militärische Unterstützung gewährleistet ist.<sup>217</sup>

Ein Bericht von Vitel bemerkt, dass Unternehmen im Bereich des humanitären Engagements häufig in Kooperation mit NGOs intervenieren. Die Motivation von Unternehmen sich humanitär zu engagieren wird folgendermaßen beschrieben: „*Souvent une démarche de communication et d'identité autour de valeurs éthiques*“ [Häufig eine Kommunikationsstrategie und Identitätsstiftung, verbunden mit ethischen Werten.].

Diese Strategie hat den internen Effekt, dass Mitarbeiter sich mehr als Teil einer ganzheitlich guten Sache sehen, auch Geschäftspartner werden scheinbar durch die humanitäre Komponente einer Firmenphilosophie überzeugt. Besonders Aktionäre, also potentielle Investoren und Investorinnen sollen durch eine soziale Politik zur Investition eingeladen werden. Insgesamt richtet sich die Verbreitung des Bildes des sozial verantwortlichen Unternehmers nicht primär an eine breitere Öffentlichkeit sondern an das unmittelbare Umfeld eines Betriebes. Nur manchmal sei das Engagement von rein kommerziellem Interesse geleitet und in nur ganz wenigen Fällen aus einem persönlichen Bedürfnis der Betriebsleitung.<sup>218</sup> Zum Verhältnis von NGOs und Konzernen schreibt Vitel, dass jenes hauptsächlich auf die Finanzierung letzterer abziele. Ähnlich wie bei den Beziehungen der NGOs zum Militär, prallen jedoch zwei Welten aufeinander. Die NGOs haben Angst von den Konzernen instrumentalisiert zu werden und schätzen diese als grundsätzlich rein profitorientiert ein.

Die Konzerne hingegen sehen in den NGOs eine Truppe von überzeugten Aktivisten und Aktivistinnen, die die Welt durch die rosarote Brille sehen und die oft als unprofessionell und wenig transparent betrachtet werden. Diese „Entfernung“ führt dazu, dass die Beziehungen meist nicht sehr lange andauern und von mäßigem Vertrauen zwischen den Partnern geprägt sind. Vitel empfiehlt durch eine bessere Vernetzung der beiden Akteure, stabile und langfristige Kooperationen zu ermöglichen, teils auch unter dem Einfluss eines übergeordneten Akteurs, welcher Koordinationsaufgaben übernehmen kann. Diese Aufgabe wird den staatlichen Strukturen zugeordnet.

---

<sup>217</sup> BEBAUD, 2005, s. 13ff

<sup>218</sup> VITEL, Philippe: Comment améliorer la relation entre les grandes entreprises françaises et les ONG dans la gestion des situations humanitaires d'urgence, Rapport au Premier Ministre Jean-Pierre Raffarin, Paris, 2003, s.15ff

Was die Probleme der Finanzierung betrifft ist festzuhalten, dass nur 2% der finanziellen Ressourcen von NGOs durch Unternehmen der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. NGOs haben grundsätzlich immer Probleme mit der Finanzierung, da ihre Fixkosten häufig nicht durch das Geld für Projekte gedeckt werden können. Sie sind also dazu angehalten auch Unternehmen anzusprechen. In den meisten Fällen werden diese Ansprechpartner nach dem Kriterium des humanitären Images ausgewählt.<sup>219</sup>

Die Rolle der Unternehmen ist also speziell für das äußere Erscheinungsbild eine kritische. Schließlich wurden der Öffentlichkeit rein humanitäre Motive für das westliche Eingreifen in den Kosovo-Konflikt genannt. Das vitale Interesse an den Wiederaufbaumärkten ist daher nicht sehr einfach zu verkaufen, auch wenn die Unternehmen selber eine humanitäre Motivation angeben, die möglicherweise in einigen Fällen auch zutrifft. Nachvollziehbar ist es dennoch. Bemerkenswert ist die starke Abhängigkeit des unternehmerischen Engagements und Erfolges von der Anwesenheit und der Agitation des derzeitigen französischen Außenministers Bernard Kouchner im Kosovo. Der starke Rückgang der Investitionen nach dem Abzug der MIESE und dem Rücktritt des französischen SRSR, zeigt auch die starke Abhängigkeit der privatwirtschaftlichen außenpolitischen Aktivitäten von staatlicher Unterstützung und Koordination.

#### **4.4. Die „*Communauté français*“ im Kosovo**

Es ist hinreichend bekannt, dass im Kosovo und dabei hauptsächlich in Pristina eine „*Communauté français*“ existiert. Wie die meisten anderen vertretenen Nationalitäten im Kosovo, treffen sich die Franzosen und Französinen gerne untereinander, um sich in ihrer Muttersprache zu unterhalten, traditionell zu speisen und sich auszutauschen. Natürlich handelt es sich dabei nicht um exklusive Treffen und manche nehmen daran gar nicht teil. Delpeche meint sogar, dass Angehörige der französischen Nation untereinander schwächer vernetzt seien, als andere Nationalitäten.<sup>220</sup>

Der Bericht von Sébastien Bebaud stellt fest, dass französische Teilnehmer und Teilnehmerinnen an internationalen Missionen insgesamt den Ruf haben ein „(...) *profil „orthodoxe“ dans des enceintes multilaterales ou européennes (...)*“ zu haben und

---

<sup>219</sup> VITEL, 2003, s.18ff

<sup>220</sup> Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

weniger in Kontakt mit ihren Landsleuten und auch den Administrationen ihres Herkunftslandes haben als Angehörige anderer Nationalitäten<sup>221</sup>, dass sie sich also primär zugehörig zur jeweiligen Organisation sehen, in der sie arbeiten. Er meint jedoch, dass die französischen bilateralen und multilateralen Initiativen eindeutig mit jenen anderer Länder in einem Konkurrenzverhältnis stehen, was bereits durch vorangegangene Erläuterungen belegt ist<sup>222</sup>. Die Zusammenkünfte bieten also auch einen informellen Rahmen um Vereinbarungen zu treffen und Ideen zu formulieren. Man darf Elise Drouet Glauben schenken, wenn sie meint, dass sich Auslandsmissionen für viele internationale Teilnehmer als sehr schwierig gestalten, da sie nie „privat“ sein können. Es ist nicht üblich seine Familie mitzunehmen, um genauer zu sein, werden die Einsätze als „non-family-mission“ bezeichnet, die Mitnahme von Familienmitgliedern würde also auf „eigene Verantwortung“ passieren, was genau damit gemeint ist bleibt unklar, es scheint aber so zu sein, dass die meisten Betroffenen tatsächlich darauf verzichten.

Außerdem sind sie immer mit der Thematik konfrontiert, mit der sie sich beruflich beschäftigen. Schließlich sind sie ja vor Ort, die Situation des Kosovo kann nicht so einfach ausgeblendet werden, weil sie ja rund um die Uhr miterlebt wird. Sie ist dadurch als Thema einfach sehr präsent, es fällt also schwer einen Ausgleich zu finden.

Zudem kommt noch, dass der soziale Umgang auch während der Freizeit häufig mit Kollegen aus derselben Abteilung oder aus demselben Herkunftsland gepflegt wird, meistens also mit Menschen, die sich natürlich auch mit dem Kosovo beschäftigen, in ihrer Organisation eine Position haben und in Kontakt mit Vertretern einer anderen oder auch der gleichen Organisation gewissermaßen in eine repräsentative Rolle gedrängt werden.<sup>223</sup> Stärker als in anderen Bereichen, verschmelzen also für internationale Funktionäre im Kosovo Berufs- und Privatleben.

Die im Kosovo stationierten Soldaten und Soldatinnen aus Frankreich sind einer Einschätzung von De Plinval, politischer Berater des Verteidigungsministeriums, an sozialen Aktivitäten beruflicher und nicht beruflicher Natur nicht beteiligt. Sie würden in Isolation ihren Dienst versehen und jederzeit in Bereitschaft stehen, falls die Sirene läutet und sie zu einem Einsatz müssen.<sup>224</sup> Die KFOR Kaserne in der die in Pristina stationierten Franzosen und Französinen leben trägt den Namen „Film City“ und

---

<sup>221</sup> BEBAUD, 2005, s. 23f

<sup>222</sup> BEBAUD, 2005, s. 23

<sup>223</sup> Interview mit Elise DROUET, 13. 05. 2008, in Pristina

<sup>224</sup> Interview mit Guillaume DE PLINVAL, 18.05.2008, in Pristina

befindet sich außerhalb der Stadt, etwas abgeschieden vom Zentrum des zivilen Lebens. Sie besitzt eine eigene Infrastruktur mit Cafés und Bars.

Die offensichtliche Existenz einer „communauté français“ sollte in diesem Zusammenhang keinesfalls überbewertet werden. Die Einflussnahme auf Entscheidungen in informellen Konstellationen stößt auch rasch an seine Grenzen. Zudem beschränkt sie sich mit Sicherheit nicht auf die Interaktionen von Personen mit gleicher Nationalität. Das bloße Vorhandensein von gemeinsamen Aktivitäten von Gruppen mit tendenziell homogener nationaler Zugehörigkeit und die Einbindung von Personen mit Interesse an Kultur und Sprache dieser Gruppe, sollte zumindest zur Kenntnis genommen werden.

## **5. Zusammenfassung/Ausblick**

Von den theoretischen Überlegungen am Beginn der Arbeit ausgehend, ist festzustellen, dass die Spinnennetztheorie die komplexe Struktur der außenpolitischen Aktion weitaus detaillierter wiedergibt, als die Staatenwelttheorie oder die Weltgesellschaftstheorie, deren zentrale Eigenschaften sie übernommen hat. Letztere begreift die verschiedenen zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteure als abgeschlossene Systeme, was natürlich auch bedingt so ist. Eigene Strukturen auf nationaler und internationaler Ebene sind diesen Organisationen so gut wie immer eigen. Eine Vielzahl der Prozesse bleibt, aller Wahrscheinlichkeit nach, tatsächlich innerhalb dieser so genannten Funktionssysteme. Dennoch sind diese nicht völlig nach außen hin abgeschlossen. Die Vernetzungen und Interdependenzen mit den anderen Akteuren sind dafür zu intensiv und wie das Beispiel der Intervention im Kosovo zeigt, zu notwendig, um als nach außen hin abgeschlossenes System agieren zu können. Zudem wird die Relevanz dieser Akteure überschätzt. Ihre Bedeutung ist zwar mit Sicherheit gestiegen, im Vergleich zu den staatlichen Akteuren ist sie jedoch deutlich geringer. Der Standpunkt der Staatenwelttheorie, dass ihr Auftreten gar keinen Einfluss hat, ist jedoch genauso wenig zutreffend. Sie nehmen in dem Netzwerk der außenpolitischen Akteure eine prägende Rolle ein und schaffen es durchaus sich einen gewissen Freiraum herauszuspielen.

Die Spinnennetztheorie schafft es hingegen durch die Anerkennung der Relevanz und der intensiven Vernetzung aller Akteure, einen Rahmen zu schaffen, der es zulässt mehrere Aspekte der Thematik zu erkennen. Was jedoch dabei massiv abgeht sind Parameter, wie die Analyse der Zielsetzung der einzelnen involvierten Akteure, welche

Mittel und Instrumentarien ihnen zur Verfügung stehen und woher sie ihre Legitimation beziehen. Auch wenn die Beachtung dieser Punkte bei der Betrachtung der Stellung der einzelnen Akteure im Spinnennetz eine gewisse Selbstverständlichkeit hat, gibt es keine klaren theoretischen Vorgaben dafür. Eine Analyse einzig und allein an den Schnittstellen der Akteure untereinander ist zu wenig, um aussagekräftige Ergebnisse zu produzieren. Deshalb wurde im Zuge der Arbeit besonders auf die Rollenteilung und auch die Machtverteilung zwischen den Akteuren geachtet. Es hat sich dabei herausgestellt, dass die staatlichen Strukturen, was die Gesamtkoordination betrifft, eindeutig die Oberhand besitzen. Sie entscheiden darüber wer wofür Förderungen erhält und ob das Militär kooperiert. Sie vertreten Frankreich in den internationalen, staatlichen Institutionen und sie stellen wiederum eigene Institutionen auf die Beine, welche die Aktionen der privaten Akteure koordinieren sollen. Weder NGOs noch Unternehmen können ohne die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen erfolgreich intervenieren. Dennoch stellen beide für den Staat wertvolle Partner dar. Die Unternehmen alleine wegen ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft, die NGOs weil sie Arbeitsplätze schaffen, jedoch besonders aus dem Grund, weil sie in ihren Bereichen jeweils spezialisiert sind und der staatlichen Intervention als „unabhängige“ Akteure mehr Glaubwürdigkeit vermitteln. Das Gewicht der NGOs in der innenpolitischen Diskussion ist jedoch genau so wenig zu unterschätzen, wie jenes der Medien. Jedoch ist auch in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass der Staat dieses Feld gut zu kontrollieren vermag. Besonders die Debatte um die Humanität zeigte die gespaltene Position der NGOs, die durch den „humanitären Krieg“ eine erhöhte Legitimationsbasis erhielten, deren Aktion aber teilweise nicht mehr von jener des Staates getrennt wahrnehmbar war, was einem eigenständigen Auftreten und Handeln gewisse Grenzen setzte.

Die staatliche Koordination ist natürlich eingebettet in eine ganzheitliche Strategie des Quai d'Orsay und des Elysées, welche die Politik Frankreichs am Balken generell festlegen. Auf dieser Ebene hat es einige spektakuläre Politikwechsel gegeben. Sicher ist jedoch, dass die viel zitierte serbisch-französische Waffenbrüderschaft mehr ein Mythos, als eine historische Begebenheit ist. Die Zusammenarbeit der beiden Staaten resultierte aus einem Kontext zufälliger gemeinsamer Interessen. Frankreich sah Serbien lange Zeit als Vertreter seiner Interessen auf dem Balkan. Ein Standpunkt den Mittelrand nie völlig aufgab.

Im Kosovo führte diese frühere gute Zusammenarbeit jedoch tatsächlich dazu, dass Frankreich den Sektor mit dem höchsten serbischen Bevölkerungsanteil übernahm, auch wenn die gemeinsame Basis durch die prominente Teilnahme Frankreichs am Luftkrieg gegen Serbien unterminiert wurde. Das Interesse Frankreichs sich verhältnismäßig stark an den Missionen am Balkan zu beteiligen, resultiert aller Wahrscheinlichkeit daraus, dass es einmal prinzipiell seine Position in der Welt und damit die Kapazität an internationalen Krisenherden präsent zu sein, demonstrieren möchte, besonders wenn diese in Europa liegen. Der Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur, welcher sich nun seit dem Beginn der Zerfallskriege im ehemaligen Jugoslawien langsam zu entwickeln beginnt, soll schließlich eine lesbare französische Handschrift tragen. Geostrategische und ökonomische Ursachen gibt es im Normalfall für jeden Krieg, jedoch kann dazu nicht mehr geschrieben werden, als dass der Kosovo über Bodenschätze verfügt und dass durch ihn die Nord-Süd-Achse des Balkans verläuft. Zumindest kann behauptet werden, dass Frankreich durch sein Engagement ein durchaus ernstzunehmendes Gewicht bei der Neugestaltung des Balkans entwickelt hat. Die Eliten aus Bosnien und dem Kosovo werden teils in Frankreich ausgebildet, Französische Unternehmen beteiligen sich am Wiederaufbau der Länder. Das Militär ist nach wie vor in beiden Staaten präsent, der Staat ist in allen internationalen Verwaltungskörpern gut vertreten. Historisch gesehen fielen wichtige Daten der Entwicklung des Balkans mit politischen Ereignissen in Frankreich zusammen. 1995 kam Jacques Chirac ins Amt und wenige Monate später konnte das Waffenstillstandsabkommen von Dayton unterzeichnet werden. Nicolas Sarkozy zog im Herbst 2007 ins Elysée ein, im Februar 2008 erklärte der Kosovo sich für Unabhängig. Die Dynamik der Ereignisse hängt mit Sicherheit von mehr ab, als von der Meinung des französischen Präsidenten, jedoch ist davon auszugehen, dass die jeweils neuen Regierungen, die ja in beiden Fällen auch die genannten Veränderungen befürworteten, einen erheblichen Einfluss darauf genommen haben.

Für die Menschen im Kosovo selber scheint die Zuerkennung der Unabhängigkeit nicht mehr als eine beschwichtigende Maßnahme zu sein. Die Freude der albanischen Bevölkerung darüber, kann nicht über die Unzufriedenheit über mangelnde Perspektiven und die gespürte Ineffizienz der internationalen Verwaltung hinwegtäuschen, die bereits durch die Unruhen im März 2004 zum Ausdruck gebracht wurde. Arbeitslosigkeit und Korruption enttäuschen im Kosovo besonders junge Menschen. Zumindest die Sicherheitslage konnte stabilisiert werden. Für die serbische

Bevölkerung bleibt die Lage weiterhin angespannt. Sie müssen sich zwischen dem Einfluss aus Belgrad und der Integration in den neuen, ungewollten Staat entscheiden. Jene, die in den Enklaven leben können nicht ausschließen wieder Opfer von ethnisch motivierten Verbrechen zu werden. Sie sind völlig marginalisiert. Im Norden herrschen weiterhin ungeklärte Verhältnisse. Der mehrheitlich serbisch bewohnte Teil der französischen Zone entzieht sich weiterhin der Kontrolle Pristinas, die KFOR verhindert jedoch einen Zugriff des serbischen Zentralstaates, bzw. serbischer Milizen aus dem Mutterland. Sowohl was die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung angeht als auch was die de facto Teilung des Landes betrifft, sind innerhalb der nächsten Jahre kaum Änderungen zu erwarten. Eine formelle Teilung ist genau so unrealistisch, wie eine völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo oder eine Rückkehr desselben zu Serbien. Die Geschichte der internationalen Politik zeigt jedoch, dass einzelne Ereignisse, auch wenn sie ursprünglich gar nicht mit einem Gebiet zu tun haben, eine Dynamik auslösen können, die plötzlich sehr schnelle Änderungen bewirkt.

Der Beseitigung der Korruption und der wirtschaftlichen Misere wird zur Zeit einfach nicht genug Aufmerksamkeit seitens der internationalen Gemeinschaft gewidmet. Einstweilen wird also die Selbstbestimmungsbewegung, die einen Abzug der UNMIK fordert, weiterhin wachsen.

*Literaturverzeichnis:*

Agence Française de Développement: The AFD Organisation,  
<http://www.afd.fr/jahia/Jahia/home/Qui-Sommes-Nous/Organisation>, 16.07.2008

ALBRECHT, Ulrich: Internationale Politik, Oldenburg Verlag, 1999, München

ANDRÉ, Réne/LAMY, Francois: Rapport d'information Nr 3413 sur les evenements de Srebrenica, Assemblée Nationale, 2001

ASSEMBLÉE NATIONALE, CONSTITUTION DU 4 OCTOBRE 1958, ONZIÈME LÉGISLATURE, Enregistré à la Présidence de l'Assemblée nationale le 31 mai 2000.

RAPPORT D'INFORMATION N° 2452, DÉPOSÉ en application de l'article 145 du Règlement PAR LA COMMISSION DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES sur la mission effectuée par une délégation de la Commission au Kosovo ET PRÉSENTÉ PAR Mme YVETTE ROUDY, MM. RENÉ ANDRÉ et RENÉ MANGIN, Députés

ASSEMBLÉE NATIONALE, CONSTITUTION DU 4 OCTOBRE 1958, ONZIÈME LÉGISLATURE, rapport, N° 3167, 2001

BBC News: Can UK troops deal with Kosovo?, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/7252913.stm>, 27.08.2008

BÉHAR, Pierre: Vestiges d'empires, Editions Desjonquères, 1999, Paris

BERARD, Jean-Michel: Bernard Kouchner: Le frimeur de la charité, Balkans Infos (B.I.),  
[http://www.b-i-infos.com/art2007\\_jean\\_michel\\_berard\\_kouchner\\_frimeur\\_charite.php](http://www.b-i-infos.com/art2007_jean_michel_berard_kouchner_frimeur_charite.php), 30.11.2009

BÉBAUD, Sébastien: La mobilisation inédite de la France dans la reconstruction du Kosovo, Haut Conseil de la Cooperation International (HCCI), 2006, Paris,

Biographies of KFOR Commanders, <http://www.nato.int/kfor/structur/whoswho/index.html>, 22. 07. 2008

BONACKER, Thorsten: Krieg und die Theorie der Weltgesellschaft. Zur makrosoziologischen Erklärung neuerer Ergebnisse der empirischen Kriegsforschung, in: Anna Geis (Hrsg.): Neuere Kriegstheorien, 2006, Baden-Baden

BURTON, John: World society, Cambridge, 1972, London

CANIVEZ, Patrice: Widersprüche und Defizite der französischen Jugoslawienpolitik, in: MAULL/MEIMETH/NESSHÖVER: Die verhinderte Großmacht, 1997,

Chemins de memoire: „Le front d’orient“, <http://www.cheminsdememoire.gouv.fr/page/affichepage.php?idLang=&idPage=12546>, 6.4.2009

CHICHIZOLA, Jean: Pierre-Henri Bunel, l’espion francais dans les Balkans, le figaro, 14.10.2007, [http://www.lefigaro.fr/actualite/2007/08/30/01001-20070830ARTFIG90330-pierre\\_henri\\_bunel\\_l\\_espion\\_francais\\_dans\\_les\\_balkans.php](http://www.lefigaro.fr/actualite/2007/08/30/01001-20070830ARTFIG90330-pierre_henri_bunel_l_espion_francais_dans_les_balkans.php)  
15.6.2009

COMMISSION DECISION C(2007)2271 of 01/06/2007 on a Multi-annual Indicative Planning Document (MIPD) 2007-2009 for Kosovo under UNSCR 1244, [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/mipd\\_kosovo\\_2007\\_2009\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/mipd_kosovo_2007_2009_en.pdf), 12. 06. 2008

Communication from the Commission to the Council and the European Parliament - Instrument for pre-accession assistance (IPA) multi-annual indicative financial framework for 2008-2010 /\* COM/2006/0672 final \*/, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52006DC0672:EN:HTML>, 12. 06. 2008

Communication from the Commission to the Council and the European Parliament - Instrument for pre-accession assistance (IPA) - Multi-annual indicative financial framework for 2009-2011 /\* COM/2007/0689 final \*/, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52007DC0689:EN:HTML>, 12. 06. 2008

DEBRAY, Régis: Une machine de guerre, Le Monde diplomatique, juni 1999, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/06/DEBRAY/12140.html>

DEBRAY, Régis: Lettre d’un voyageur au président de la république, Le Monde, 13. Mai 1999, Paris, <http://archives.vigile.net/99mai/debraykosovo.html>

„Del Ponte lieferte Indizien zum Handel mit Organen getöteter Serben“,  
Meldung Nr. 174 APA AA vom 13 04 2008 12:54

Department of public information, United Nations: United Nations Protection Force, 1996

DERENS, Jean Arnaud/GESLIN, Laurent: Comprendre les Balkans – Histoires, sociétés, perspectives, Editions Non Lieu, Paris, 2007

Deutsches Historisches Museum: „Balkanfeldzug“, <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/balkan/index.html>, 30.11.2009

DRUWE/HAHLBORN/SINGER: Internationale Politik, ars una, Neuried, 1995

DUBOIS/STUART: Französischer Offizier wegen Kollaboration mit Milosevic-Regierung angeklagt, world socialist web site, 2001, [http://www.wsws.org/de/2001/dez2001/buned13\\_prn.html](http://www.wsws.org/de/2001/dez2001/buned13_prn.html), 15.6.2009

DUNN, David: John Burton and the study of international relations: An assessment, The international journal for peace studies, spring 2001

DZIHIC, Vedran/KRAMER, Helmut: Die Kosovo-Bilanz – Scheitert die internationale Gemeinschaft, LIT Verlag, Wien, 2005

ELSÄSSER, Jürgen: Kriegslügen, Kai Homilius, Berlin, 2004

FCI, acteur de l'influence française, <http://www.fci.gouv.fr/spip.php?article72>, 25. 06. 2008

Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: Weltgesellschaft. Zur Identifizierung eines ‚Phantoms‘, in: Politische Vierteljahresschrift 37, S. 5-26, <http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/media/papers/fwg.pdf>, 14.2.2009

France Cooperation International, <http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Extraits-convention-FCI.pdf>, 24. 06. 2008

France Cooperation International, [http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Plaqueette\\_FCI.pdf](http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Plaqueette_FCI.pdf), 25. 06. 2008

France Cooperation International: Rapport annuel d'activité 2007, s.13 [http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Rapport\\_d\\_activite\\_2007.pdf](http://www.fci.gouv.fr/IMG/pdf/Rapport_d_activite_2007.pdf), 25. 06. 2008

France Cooperation International: Rapport d'activité, <http://www.fci.gouv.fr/spip.php?article3>, 25. 06. 2008

FRIEDRICH, Roland: Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.,2005.

GERVAIS Victor: Pratiques et ambiguïtés de la coopération civilo-militaire française, Les Synthèses du C2SD (CENTRE D'ETUDES EN SCIENCES SOCIALES DE LA DEFENSE), ministere de la defense, 2004

GOFFIN, Benoit: L'action des militaires de la task force multinationale nord, UFR Geographie, Université Paris I, 2008

GOSE, Stefan: Kriegsdiplomatie im Kosovo, die Betroffenen wurden nicht gefragt, Analyse & Kritik, Nr 428, 08.07.1999, [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak428/40.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak428/40.htm), 28.08.2008

GRUMEL-JACQUIGNON, François: La Yougoslavie dans la stratégie française de l'Entre-deux-Guerres (1918 - 1935): aux origines du mythe serbe en France, Bern:Lang, 1999

Guerre economique USA-France au Kosovo – l'Armée française au service d'Alcatel Schneider et Vivendi, [www.collectif-kosovo.com](http://www.collectif-kosovo.com), 2007, <http://www.collectif-kosovo.com/spip.php?article144>, 25.09.2008

HATTO, Roland, Les relations franco-américaines à l'épreuve de la guerre en ex-Yougoslavie, Dalloz, 2006, Paris

HOFBAUER, Hannes: Balkankrieg – Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens, Promedia, Wien, 2001

Humanitarian Law Center, <http://www.hlc-rdc.org/stranice/Linkovi-modula/Kosovo-Memory-Book.en.html>, 30.11.2009

Instrument for Pre-Accession Assistance, <http://europa.eu/scadplus/leg/en/lvb/e50020.htm>, 12. 06. 2008

JACKSON, Patrick: Kosovo Serbs feel heat from all sides, 14.07.2008, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/in\\_depth/americas/2008/vote\\_usa\\_2008/7503737.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/in_depth/americas/2008/vote_usa_2008/7503737.stm), 30.08.2008

JÄGER/MATTENSCHLAGER/MEDER: Dokumentation der Datenbasis der „Bosnien-Studie“ im „Journalism in the new world order“ Projekt [http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/1999/331/pdf/331\\_1.pdf](http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/1999/331/pdf/331_1.pdf)

JOHNSTONE, Diana: Bernard Kouchner: Media Doc of "Humanitarian Intervention", Sarko and the Ghosts of May 1968, Counterpunch, 2007, <http://www.counterpunch.org/johnstone06042007.html>, 01.07.2008

KERN, Barbara: Frankreichs Beziehungen zu Serbien: eine Gegenüberstellung der französischen Literatur und Realpolitik, 1999 (Diplomarbeit)

KOSLOWSKI, Gerd: Die NATO und der Krieg in Bosnien-Herzegowina, Sh-Verlag, 1995, Vierov

KosovoCompromise Staff: Kosovo Serbs call for return of Russian troops to Kfor, Thursday, February 28, 2008, <http://www.kosovocompromise.com/cms/item/topic/en.html?view=story&id=628&sectionId=1>, 29.08.2008

Kosovo; Context: Programming Documents, European Agency for Reconstruction, 2001-2008, <http://www.ear.europa.eu/kosovo/kosovo.htm>, 07.10.2008

„Kosovo – UNO-Chefankläger: Keine Hinweise auf illegalen Organhandel“, Meldung Nr. 578 APA AA vom 16.04.2008 16:01

KOSTELNIK, Frank: Möglichkeiten der Analyse der internationalen Politik mit Hilfe der Clausewitzschen Methodologie, Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, Heft 4 Dresden, 1990,

KOUCHNER, Bernard: A First-Hand Perspective from Kosovo, in: SPILLMANN/ WENGER (Hrsg.): Peace support operations: lessons learned and future perspectives, Peter Lang, Bern, 2001

LA BALME, Natalie: Partir en guerre - Décideurs et politiques face à l'opinion publique, autrement frontières, Paris 2002,

LA Times: Serbian militants attack border posts in Kosovo, 20.02.2008, <http://articles.latimes.com/2008/feb/20/world/fg-kosovo20>, 03.09.2008

LE BILLON, Veronique: Balkans, l'entreprise française se lance dans le business de la paix, l'expansion 1999, [http://www.lexpansion.com/economie/balkans-l-entreprise-france-se-lance-dans-le-business-de-la-paix\\_12926.html](http://www.lexpansion.com/economie/balkans-l-entreprise-france-se-lance-dans-le-business-de-la-paix_12926.html)

LEYMARIE, Philippe: De N'Djamena à Kaboul, opérations françaises secrètes, Le monde diplomatique, mars 2008

LTN (R) J-C. DAMAISIN d'ARES, Le stage du Groupement des Actions-Civilo Militaires (GIACM) in: TER.RES – Bulletin de liaison des Réserves de l'armée de Terre - décembre 2007

MAGALI, Martin: Les relations armees – ong, les fichiers de C2SD, N° 12/2007

MAULL, Hanns W.: Die verhinderte Großmacht: Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Leverkusen, Leske + Budrich, 1997

Ministère de la Defense, Etat Major des Armées: 6 December 2007: Joint patrol in the North of Kosovo,

[http://www.defense.gouv.fr/ema\\_uk/overseas/kosovo/breaking\\_news/\(offset\)/15](http://www.defense.gouv.fr/ema_uk/overseas/kosovo/breaking_news/(offset)/15), 07.09.2008

Ministère de la Defense, Etat Major des Armées: Les forces francais au Kosovo, 29.08.08,

[http://www.defense.gouv.fr/ema/enjeux\\_defense/operations\\_exterieures/kosovo/dossier\\_de\\_referenc/e/29\\_08\\_08\\_les\\_forces\\_francaises\\_au\\_kosovo](http://www.defense.gouv.fr/ema/enjeux_defense/operations_exterieures/kosovo/dossier_de_referenc/e/29_08_08_les_forces_francaises_au_kosovo), 04.09.2008

Ministère des Affaires Étrangères: «Der Botschafter», [http://www.diplomatie.gouv.fr/de/das-aubenministerium\\_2/botschaften-und-konsulate\\_315/der-botschafter\\_249.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/de/das-aubenministerium_2/botschaften-und-konsulate_315/der-botschafter_249.html), 10. 06. 2008

Ministère des Affaires Étrangères: «Die bilateralen Botschaften», [http://www.diplomatie.gouv.fr/de/das-aubenministerium\\_2/botschaften-und-konsulate\\_315/die-bilateralen-botschaften\\_253.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/de/das-aubenministerium_2/botschaften-und-konsulate_315/die-bilateralen-botschaften_253.html), 10. 06. 2008

Ministère des Affaires Étrangères: «Die Kanzlei», [http://www.diplomatie.gouv.fr/de/das-aubenministerium\\_2/botschaften-und-konsulate\\_315/die-kanzlei\\_250.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/de/das-aubenministerium_2/botschaften-und-konsulate_315/die-kanzlei_250.html), 10. 06. 2008

Ministère des Affaires étrangères: L'évolution des structures politico-administratives, [http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france\\_830/action-humanitaire\\_1039/acteurs-francais\\_2379/etat\\_2389/evolution\\_4235.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france_830/action-humanitaire_1039/acteurs-francais_2379/etat_2389/evolution_4235.html), 10.09.2008

Ministère des Affaires étrangères: Le Fonds d'urgence humanitaire [http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france\\_830/action-humanitaire\\_1039](http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france_830/action-humanitaire_1039), 10.09.2008

Ministère des Affaires étrangères: Liste des correspondantes humanitaires

[http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france\\_830/action-humanitaire\\_1039](http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france_830/action-humanitaire_1039), 10.09.2008

Ministère du Budget, des comptes publics et de la fonction publique, <http://www.fonction-publique.gouv.fr/>, 25. 06. 2008

Multinational Task Force North», [http://www.nato.int/KFOR/structur/units/mnb\\_northeast.html](http://www.nato.int/KFOR/structur/units/mnb_northeast.html), 22. 07. 2008

MÜLLER, Carsten: Die Rolle der Bundesregierung bei der Anerkennung Jugoslawiens und anderer Teilstaaten, <http://www.exil-club.de/groups/jugoslawien/cm.htm>, 03.11.2008

Nouvelle observateur: Vingt soldats français blessés lors des heurts à Mitrovica, 23.06.2008, <http://tempsreel.nouvelobs.com/actualites/20080317.OBS5423/>, 03.09.2008

Office for South East Europe, European Commission/World Bank, REPORT ON PROGRESS MADE IN COMMITTING, CONTRACTING AND SPENDING DONOR PLEDGES TO KOSOVO, March 2001,

[http://www.seerecon.org/kosovo/documents/kosovo\\_report\\_march\\_2001.pdf](http://www.seerecon.org/kosovo/documents/kosovo_report_march_2001.pdf), 16.07.2008

OLSCHEWSKI, Malte: Von den Karawanken bis zum Kosovo: die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien, Braumüller, Wien, 2000

PELISIER, Nicolas: L'information en guerre: Les médias français et le conflit du Kosovo in: Annuaire Français des Relations Internationales I, 1 (2000) s. 206-225

Point de presse de M. Jacques Chirac à l'occasion de la fête nationale, Paris, 14 juillet 1995

[http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais\\_archives/interventions/conferences\\_et\\_points\\_de\\_presse/1995/juillet/point\\_de\\_presse\\_de\\_m\\_jacques\\_chirac\\_president\\_de\\_la\\_republique\\_a\\_l\\_occasion\\_de\\_la\\_fete\\_nationale.2621.html](http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais_archives/interventions/conferences_et_points_de_presse/1995/juillet/point_de_presse_de_m_jacques_chirac_president_de_la_republique_a_l_occasion_de_la_fete_nationale.2621.html), 21.01.2009

Politique du consensus et prise de décisions commun,

<http://www.nato.int/docu/manuel/2001/hb0702f.htm>, 10.11.2008

PREMIER MINISTRE; Haut Conseil de la Coopération Internationale (HCCI), Les acteurs français dans le "post conflit", rapport de la commission "crises, prévention des crises et reconstruction", présidée par Michel BRUGIERE, Directeur général de Médecins du monde, 2005,

ROGOWSKI, Ralf: Aufbruch in das Weltrecht. Thesen zu Recht und Politik in Luhmanns Weltgesellschaft, 2004, [http://www.iablis.de/iablis\\_t/2004/rogowski.htm](http://www.iablis.de/iablis_t/2004/rogowski.htm), 14.02.2009

ROUDY/ANDRÉ/MANGIN (députés): Assemblée Nationale, Rapport N° 2452 sur une mission, effectué par la commission [des affaires étrangères] au Kosovo, Paris, 2000

ROULEAU, Eric: French diplomacy adrift in Kosovo, le monde diplomatique, december 1999

SCHÜTZ, Cathrin: Die NATO-Intervention in Jugoslawien, Hintergründe, Nebenwirkungen und Folgen, Braumüller, Wien, 2003

SEBBAG, Robert: Les moyens de nature à améliorer l'efficacité des ONG françaises dans les interventions d'urgence, conduites avec ou en dehors des services de l'État, Rapport de mission établi à la demande de M. Renaud Muselier, Secrétaire d'État aux Affaires étrangères; 2003; Paris

SEIGLE, Greg: Kosovo: Special forces involvement confirmed, Jane's Defence Weekly, [http://www.janes.com/defence/news/kosovo/jdw990420\\_01\\_n.shtml](http://www.janes.com/defence/news/kosovo/jdw990420_01_n.shtml), 09.09.2008

„Serbien droht mit Einführung eigener Polizeitruppe im Norden Kosovos“, Meldung Nr. 728 APA AA vom 27 02 2008 18:18

„Serbien entzog UNMIK Kontrolle über Eisenbahn im Norden Kosovos“, Meldung Nr. 351 APA AA vom 03 03 2008 13:39

„Serbische Polizisten möchten zurück in die Kosovo-Polizei“, Meldung Nr. 666 APA AA vom 07 03 2008 17:15

STAHL, Bernhard: Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen, Nomos, Baden-Baden, 2006

STAHL, Bernhard: Wie nationale Geschichte(n) die europäische Außenpolitik begründen - der deutsche und französische Diskurs im Kosovo-Krieg und in der Irak-Krise, Paper für die Zweite Offene Sektionstagung Internationale Politik der DVPW in Darmstadt, 13.-14. Juli 2007

STANGL, Angelika: Der Kosovokrieg im Spiegel der französischen und serbischen Presse - eine historische Diskursanalyse der Berichterstattung in Le Monde, L'EXPRESS, Politika und NIN, vorgelegt von Angelika Stangl. Begutachter: Erich Prunč, 2002

TER.RES – Bulletin de liaison des Réserves de l'armée de Terre - décembre 2007

VATEVA, Sonja: Sur les aspects militaires de la politique français dans les Balkans pendant les années trentes du XXe siècle, Etudes Balkaniques, 1996, N°2

VITEL, Philippe: Comment améliorer la relation entre les grandes entreprises françaises et les ONG dans la gestion des situations humanitaires d'Urgence, Rapport au Premier Ministre Jean-Pierre Raffarin, Paris, 2003

## Interviews:

Interview mit Elise DROUET, 13. 05. 2008, in Pristina

Interview mit Rodolphe RICHARD, 16. 05. 2008, in Pristina

Interview mit Pascale DELPECHE, 15. 05. 2008, in Pristina

Interview mit Christophe PRADIER, 16.05.2008, in Pristina

Interview mit Guillaume DE PLINVAL, 18.05.2008, in Film City (KFOR-Hauptquartier)

Interview mit Michel CULLIN, 24. 10. 2008 in Wien

Interview mit Pierre BÉHAR, 12.2.2008 in Wien

## Appendices:

### Appendix A

Contributions bilatérales au programme de reconstruction et de réhabilitation pour le Kosovo 1999-2000

Origine des fonds	Montant (en M€)	Projet / Destination
FUH	9,1	12 projets dont : . <i>Trust Fund</i> (fonds d'affectation spéciale) - ONU . Reconstruction de logements - MINUK . Salaires des juges internationaux . Réinstallation des personnes déplacées . Subventions médias locaux . Hôpital de Mitrovica
Crédits délégués MINEFI > Agence française de Développement (Afd)	5	. Schéma directeur aéroport de Pristina . Projet micro-crédits ruraux . Développement d'une coopérative agricole . Route Pristina-Mitrovica . Pont de Mitrovica
Fonds spéciaux Premier ministre > Afd	1,5	Réhabilitation des mines de Trepca
MAE/ CDC/Collectivités locales > <i>Développement local Balkans</i>	6,57	37 projets dont le lycée agricole de Pristina (région Île-de-France) et le lycée de Vushtri (région Rhône- Alpes)
MAE/ Bureau de liaison français	0,48	SCAC
Fonds de solidarité prioritaire/FSP	0,27	Réhabilitation cour de justice de Vushtri et de Gilan
MAE/ COCOP	1,78	22 projets
MAE	2,5	Aide au financement des ACM
MAE/MCNG	0,49	Subventions aux ONG : Avocats sans Frontières, Enfants réfugiés du Monde, Handicap International).
MINEFI/ Fonds d'aide au secteur privé (FASEP)	5,29	. Reconstruction logements MINUK . Expertises pour favoriser l'implantation des entreprises françaises (EDF, Thomson)

Quelle: Bebaud, 2005, s.6, die Angaben betragen in Summe etwa 33 Mio. €

## Appendix B

### Übersicht der Zeiträume und Widmungen der Hilfgelder Frankreichs

<b>Zweck</b>	<b>bi-/ multilateral</b>	<b>Betrag</b>	<b>Quelle der Zahlen</b>	<b>Zeitraum</b>
Reconstruction, Réhabilitation	bilateral	~15 Mio €	EU-K/WB	1999-2001
Gesamtbetrag	bilateral	61,28 Mio €	AN	1999
Gesamtbetrag	beides	394,54 Mio €	AN	1999
Gesamtbetrag	bilateral	92 Mio €	MAE	1999-2002
Gesamtbetrag	multilateral	1200 Mio €	MAE	1999-2002
Humanitäres	bilateral	~60 Mio €	MAE	1999-2002
Humanitäres	beides	153,6 Mio €	MAE	1999

EU-K/WB = EU-Kommission und Weltbank

AN = Bericht an den Assemblée National

MAE = Ministère des Affaires Étrangères

## Appendix C

Le soutien à l'action militaire au Kosovo en fonction de l'appartenance politique en pourcent

	Approuve	Désapprouve	NSP
Parti communiste	50	49	1
Parti socialiste	80	17	3
Partis ecologistes	61	32	7
UDF	76	21	3
RPR	78	18	4
FN	44	56	0
Aucun parti	66	28	6
Ensemble	70	26	4

Quelle: L'opinion des Français à l'égard de la situation en Yougoslavie, IPSOS pour Le journal de dimanche, 17. 04. 1999



Abstract:

Die vorliegende Diplomarbeit umfasst im Wesentlichen eine Analyse der Beziehungen Frankreichs zum Balkanraum im Verlaufe der Geschichte und deren Auswirkungen auf dessen Politik während der Kosovo-Krise sowie eine Analyse der Akteure, die Einfluss auf die konkrete Außenpolitik im Kosovo nehmen und deren Vernetzungsstruktur.

Ausgangspunkt der Betrachtungen ist der „Mythos“ der serbisch-französischen Waffenbrüderschaft, der am Beginn des 20. Jahrhunderts seinen Ausgang nimmt. Seine Entwicklung, seine diskursive und realpolitische Bedeutung, die im Zuge der jugoslawischen Zerfallskriege in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts im Abnehmen begriffen ist, werden herausgearbeitet.

Die Struktur der außenpolitischen Aktion Frankreichs wird fußend auf der Spinnennetztheorie John Burtons erläutert, welche wiederum angelehnt an die Systemtheorie Luhmanns, den Staat als einen unter mehreren Akteuren begreift, die Außenpolitik betreiben. Medien, NGOs, transnationale Konzerne und internationale Institutionen üben wesentlichen Einfluss auf die Entwicklungen im internationalen System aus. Die Rollen dieser Akteure und ihr Verhältnis untereinander, während der französischen Intervention im Kosovo, sind ein Hauptaspekt der Arbeit. Hervorzuheben ist die Existenz, eigens eingerichteter Institutionen, die zur Koordination der Aktivitäten und der Aufrechterhaltung des staatlichen Einflusses dienen. Insgesamt wird versucht den französischen Beitrag zur Neugestaltung des Balkanraumes ganzheitlich zu erfassen.

## Lebenslauf:

<b>Persönliche Daten</b>	
Name	Jan SSKO
E-Mail	jan.sisko@gmx.at
Staatsangehörigkeit	Österreich
Geburtsdatum	16.09.1983
<b>Schul- und Berufsbildung</b>	
Oktober 2003 - Dezember 2009	Studium der Politikwissenschaft, Spezialgebiete: Internationale Politik, Internationale Entwicklung, Internationales öffentliches Recht, Europäische Politik, Französisch
September 2005 - Juni 2006	Studienjahr in Angers, Frankreich, Beschäftigung mit Geschichts-, Rechts-, Kultur- und Sprachwissenschaft im europäischen Kontext
September 1994 - Juni 2002	Bundesgymnasium/Bundesrealgymnasium Gleisdorf
<b>Forschungsreisen</b>	
2008, Mai	Exkursion der Diplomatischen Akademie Wien in den Balkanraum
2007, September	Internationales Jugendtreffen in Split
2007, Mai	Exkursion der Uni Wien nach Belgrad, Pristina und Prizren
2007, Februar	Forschungsreise der Uni Wien nach Kuba
<b>Berufserfahrung</b>	
September 2007 →	Referent im Europazentrum Wien
Jänner 2009 – August 2009	Koordinator der Jugendkampagne zu den Wahlen zum europäischen Parlament bei den Jungen Europäischen FöderalistInnen
Mai 2004– Juni 2004	Praktikant in der Bundesjugendvertretung
Oktober 2002 – September 2003	Zivildienst in der Chance B - Sozialbetriebs GmbH
<b>Persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen</b>	
Deutsch	Muttersprache
Englisch	Sehr gute Kenntnisse
Französisch	Sehr gute Kenntnisse
Spanisch	Grundkenntnisse
Soziale Fähigkeiten	Strukturierte Kommunikation; rasches Verständnis von sozialen Strukturen, Team- und Networking
Organisatorische Fähigkeiten	Projektmanagement inkl. Personal- und Budgetplanung
Technische Fähigkeiten	Gruppendynamikmethoden und Präsentationstechniken
IKT-Kenntnisse	Routinierter Umgang mit EDV Systemen und elektronisch gestützter Kommunikation

